D 20930 E

links

Sozialistische Zeitung

Offenbach/Main Nr. 115
Oktober '79 DM 2,–
11. Jahrgang

"Gorleben soll leben"

Stoppt das Atomprogramm!

Demonstration in Bonn am 14. Oktober 1979

links

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Aachen: SB-Gruppe, c/o Adalbert Evers, Elsaßstr. 55 a, 5100 Aachen
Augsburg: Arbeitskreis SB, Vorderer Lech 45, 8900 Augsburg
Bad Schussenried: SB-Initiativgruppe, c/o Angela Kresinsky, 7951 Ingoldingen-Hinterweiler
Berlin: SB-Berlin, c/o Lehrerzentrum, Hermannstr. 225 II, Hof, 1000 Berlin 44, Tel. 030/6236096
Bielefeld: SB-Bielefeld, c/o Buchladen Eulenspiegel, Niederwall 46, 4800 Bielefeld 1, Tel. 0521/175049
Bochum: Dieter Schweitzer, Hustadtring 41, 4630 Bochum, Tel. 0234/701656
Bonn: Hans-Hermann Nieters, Moselweg 38, 5300 Bonn 1, Tel. 02221/235602
Braunschweig: Angela Praetorius, Getrudenstr. 3, 3300 Braunschweig
Bremen: Arbeitsgruppe SB, Gruppe Bremen, Hollerallee 53, 2800 Bremen, Tel. 0421/347318
Darmstadt: Sigrid Geisen, Rüdesheimerstr. 81, 6100 Darmstadt
Delmenhorst: Arbeitskreis SB, c/o Kinny, Bürgerkampweg 36, 2870 Delmenhorst, Tel. 04221/51426
Dortmund: SB-Gruppe, c/o Bücherstube, Gr. Heimstr. 62, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/103306
Duisburg/Mülheim: SB-AG, c/o Wohngemeinschaft Düsseldorferstr. 128, 4330 Mülheim, Tel. 0208/481229
Elmshorn: SB-Initiative, c/o Plata-Hauschild, Holzweg 43, 2200 Elmshorn, Tel. 04121/74729
Erlangen: Sozialistisches Zentrum, Hindenburgstr. 17, 8520 Erlangen
Essen: Werner Hoffmann, Twingenbergplatz 7, 4300 Essen 1
Esslingen: SZ Esslingen, c/o Provinzbuch, Grabbrunnenstr. 8, 7300 Esslingen, Tel. 0711/352738
Frankfurt: SB Frankfurt, Kl. Hochstr. 5, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/285281
Freiburg: Roland Baumm, Moltkestr. 32, 7800 Freiburg
Fulda: SB-Gruppe, c/o Otto Hotzel, Postfach 1542, 6400 Fulda 1
Gelsenkirchen: Willi Scherer, Overwegstr. 16, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 02322/23806
Gießen: Kurt Walker, Alicenstr. 26, 6300 Gießen
Göttingen: Karl-Heinz Fränk, Albrecht Thaer Weg 8, 3400 Göttingen, Tel. 0551/36416
Hamburg: ISZ Hamburg, Altonaerstr. 28, 2000 Hamburg 6, Tel. 040/433289
Hannover: SB Hannover, c/o Offizin Druckerei, Stiftstr. 11, 3000 Hannover 1, Tel. 0511/17622
Heidelberg: ISZ, c/o Lehrerzentrum, Sophienstr. 7 a, 6900 Heidelberg, Tel. 06221/29775
Hunsrück/Pfalz: Willi Michel, Wolfsangel 42, 6750 Kaiserslautern
Karlsruhe: Wohngemeinschaft 118, Hirschstr. 118, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721/812532
Kassel: Ulrich Restat, Kirchweg 68, 3500 Kassel, Tel. 0561/18629
Kiel: SB Kiel, Königsweg 29, 2300 Kiel, Tel. 0431/16341
Köln: Sozialistisches Büro c/o Dieter Asselhoven, Postfach 1191, 5000 Köln 1, Tel. 0221/244450
Konstanz: Birgit Arnold, In der Abtswiese 22, 7752 Reichenau, Tel. 07534/7133
Lübeck: Initiativgruppe SB, c/o Bernd Möller, Krempelsdorfer Allee 57, 2400 Lübeck
Mannheim/Ludwigshafen: ISZ, c/o Dritte Welt Laden, C 3, 19, 6800 Mannheim
Marburg: Dieter Höhne, An der Schanze 7, 3550 Marburg 1, Tel. 06421/42334
München: SZ München, Heßstr. 80, 8000 München 40, Tel. 089/524996
Münster: SB Münster, c/o Jürgen Rose, Mecklenbeckerstr. 449, 4400 Münster
Nürnberg/Nordbayern: SB Nürnberg/Sozialistisches Zentrum, Dallinger Str. 16, 8500 Nürnberg
Oldenburg: Carl von Ossietzky Buchhandlung, Bergstr. 1, 2900 Oldenburg, Tel. 0441/13949
Osnabrück: Sozialistisches Büro Osnabrück, Postfach 1129, 4500 Osnabrück
Saarbrücken: Werner Schmitt, Blumenstr. 24, 6600 Saarbrücken
Siegerland: Buchhandlung Bücherkiste, Weidenauerstr. 224, 5900 Siegen 21, Tel. 0271/45135
Schweinfurt/Unterfranken: Buchladen am Fischerrain, Am Fischerrain 32, 8720 Schweinfurt, Tel. 09721/22763
Schwetzingen/Oftersheim/Plankstadt: Hilmar Hoppe, Richard Wagner Str. 5, 6830 Schwetzingen, Tel. 06202/5334
Stuttgart/Ludwigsburg: Sozialistisches Regionalbüro, Neckarstr. 178, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/264345
Tübingen: Sozialistisches Zentrum, Münzgasse 13, 1. Stock, 7400 Tübingen
Ulm: Klaus Grössler, Unterer Hasenkopfweg 27, 7900 Ulm, Tel. 0731/52940
Viernheim: Volker Bühn, Kaiserslauternerstr. 26, 6806 Viernheim
Wiesbaden/Mainz: Wolf-Günter Gerlach, Gneisenaustr. 15, 6200 Wiesbaden
Wolfsburg/Gifhorn: Otto Schütte, Reislingerstr. 12, 3180 Wolfsburg 1, Tel. 05361/52392
Würzburg: SB-Gruppe, Leutfresserweg 11, 8700 Würzburg, Tel. 0931/77223
Wuppertal: Harald Jakobeit, Liegnitzerstr. 51, 5600 Wuppertal 2, Tel. 0202/644312

Soweit Interessenten in Orten wohnen, die hier nicht angegeben sind, wenden sie sich bitte an die Kontaktadresse der am nächsten gelegenen lokalen Gruppe oder auch an das Sozialistisches Büro, Ludwigstr. 33 I, Postfach 591, 6050 Offenbach 4, Tel. 0611/82006.

Aufruf zur Großdemonstration in Bonn 14. Oktober 1979

Die Tiefbohrungen in Gorleben haben seit einigen Wochen begonnen. Offiziell soll damit nur erkundet werden, ob die Salzstöcke von Gorleben zur Endlagerung von Atommüll geeignet sind. In Wirklichkeit sollen die Bohrungen der Baubeginn sein.

Immer massiver drängt die AKW-Lobby die Bundesregierung, den nunmehr schon mehrere Jahre dauernden faktischen Baustopp für Atomkraftwerke zu durchbrechen und in Gorleben das Herzstück des westdeutschen Atomprogramms, Wiederaufbereitungsanlage und Endlager, durchzusetzen. Mit zynischer Offenheit hat die Industrie gefordert, daß dort, wo ihre Interessen auf dem Spiel stehen, die Interessen der Bevölkerung zurücktreten müssen. Im Klartext: Durchsetzung des Atomprogramms notfalls auch ohne jeden Anschein von demokratischer Legitimation.

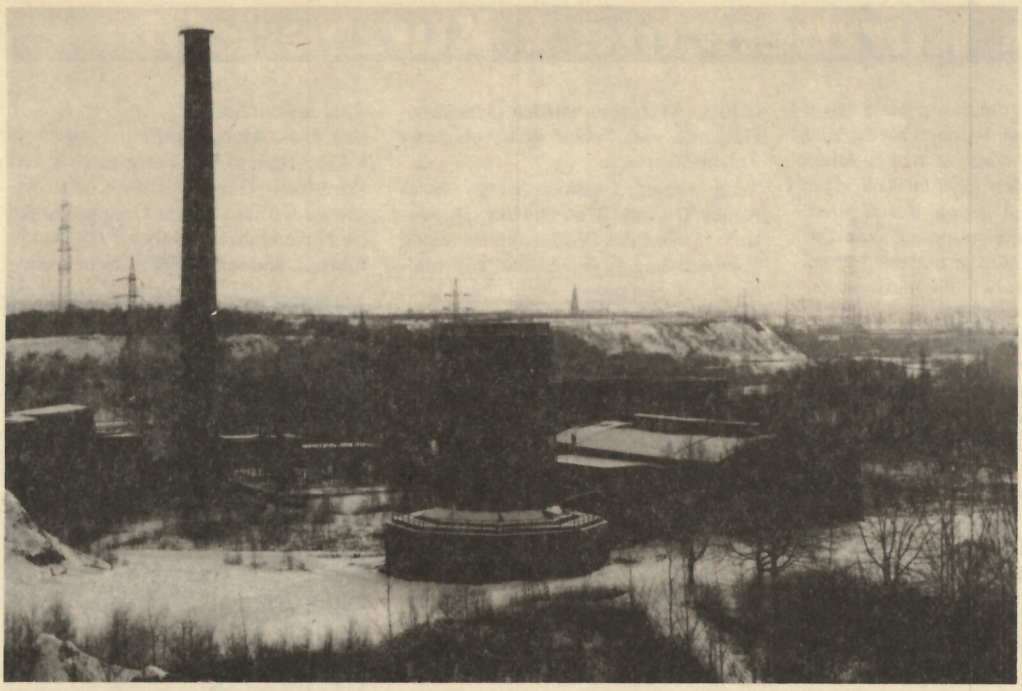
In Gorleben sind die Tiefbohrungen von Anfang an auf einen bis heute anhaltenden Widerstand gestoßen. Straßen- und Brückensperren sollten in Gorleben den Baustellenverkehr blokkieren. Demonstraten kletterten auf die Bäume, um das Fällen zu verhindern. Zu Solidaritätsaktionen kam es – wenn auch viel zu selten – in anderen Teilen der BRD. In Trier wurde die Porta Nigra von Demonstranten besetzt, in Oldenburg Bahngleise blockiert.

Die Demonstration in Bonn am 14. Oktober 1979 muß zu einem Höhepunkt des nun schon Jahre dauernden Widerstandes gegen das Atomprogramm werden. Die Durchsetzung des Atomprogramms konnte von uns bisher zwar behindert und verzögert werden. Vom Tisch ist es jedoch noch keineswegs. Im Gegenteil wächst die Gefahr einer großen Koalition von Regierung und CDU/CSU-Opposition in der Atompolitik. Deshalb heißt es für uns alle am 14. Oktober:

Auf nach Bonn!
Keine Tiefbohrungen in Gorleben!
Stoppt das Atomprogramm!

Ein undogmatischer Kreisvorstand

Foto: aus Hildesheimer Zeitung



Krise des Ruhrgebiets

Seite 10

Die breit propagierte Umstrukturierung des Ruhrgebiets wurde sang- und klanglos aufgegeben. Die bombastische Ruhrgebietskonferenz vom Mai dieses Jahres diente vor allem der Selbstdarstellung regionaler und lokaler Politiker. Inzwischen aber hat man ein neues Rezept gefunden, dessen Untauglichkeit schon vor Jahren sichtbar geworden war. Das Ruhrgebiet soll monokulturell zum bundesdeutschen Energiezentrum ausgebaut werden.

Kambodscha

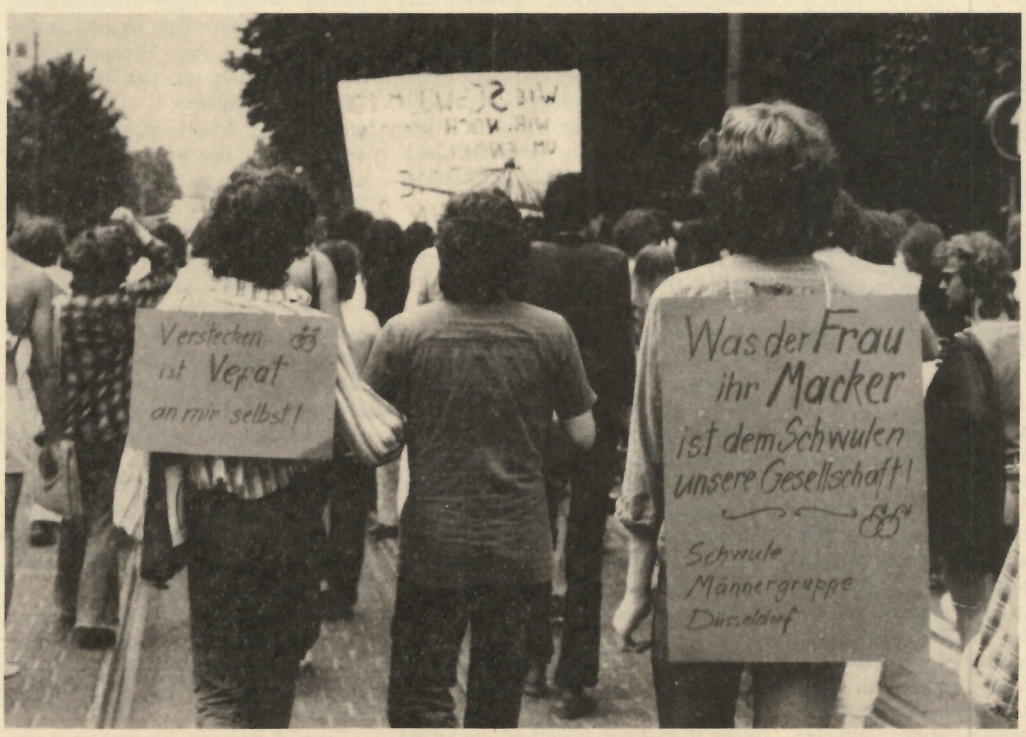
Seite 13

In allen Diskussionen über die jüngsten Ereignisse in Indochina ist eines sichtbar geworden: Die Kenntnisse über die Geschichte der dortigen Länder, über ihre sozialen Verhältnisse sind mehr als dürftig. Die Auswahl der Fakten wird den Argumenten angepaßt. Die Propagandaschlacht ist im Gange. In seinem Beitrag über Kambodscha versucht Robert Detobel die beträchtliche Informationslücke über dieses Land ein wenig zu schließen. Wir setzen damit, die in der letzten Nummer begonnene Diskussion fort.

Netzwerk

Seite 18

In diesem Herbst entstehen in vielen Regionen eigene Netzwerke. Man erwartet von "Netzwerk" ein deutlicheres politisches Profil. Der Beitrag von Josef Huber schildert einige Probleme von "Netzwerk" und versucht die Perspektive des Projekts näher zu bestimmen.



Von Schwulen und Ängsten

Seite 22

Inhaltsverzeichnis

Kurzberichte: Larzac, Grenada, Orkneys 4

Thomas Schröder: Rechte Gefahr und linke Identität 6

H. Hoppe: Berufsverbote 8

Uli Hellweg: Krise des Ruhrgebiets (2. Teil) 10

Robert Detobel: Kambodscha 13

Leo Panitch: England (2. Teil) 16

Josef Huber: Netzwerk 18

Detlev Claussen: Zum Tod Franz Mareks 22

Interview mit Theo Pinkus 23

Helmut Ortner: Über eine Gefangenenorganisation 27

Carl Linde: Von Schwulen und Ängsten 28

Leserbriefe 30

Terminkalender 31

Titelbild: ID

Larzac 1979

Etwa 1.000 Leute sind in diesem Sommer – teils einige Tage, teils mehrere Wochen – auf den Larzac gefahren, um für das Überleben der dortigen Bevölkerung zu arbeiten. Es wurden Straßen repariert und ausgebaut, ein internes Telefon zwischen 25 Höfen und Dörfern verlegt, ein Wegweisernetz geschaffen, Felder urbar gemacht, Wasserleitungen verlegt, ein zweiter Windgenerator montiert, Steine um Höfe und Felder zu Mauern geschichtet, Häuser und Schafställe für den Zuzug junger Siedler wiederaufgebaut und ein Kulturhaus errichtet. Erste Versuche mit dem Sender "Radio Freier Larzac" sind gelungen.

In drei ganztägig geöffneten Informationszentren wurden mehr als 30.000 Menschen allein im Juli und August empfangen. An diesen Arbeiten waren auch weit über 100 Deutsche beteiligt. Man lebte in "Baustellen"-Zeltlagern zusammen, die sich z.T. zu lustigen Nomaden-Kommunen entwickelten. Viele waren zunächst "nur so" in Urlaub gefahren und wollten nur einmal kurz den Larzac sehen – dann aber sind sie doch neugierig geworden und schließlich haben sie begeistert mitgearbeitet.

In Diskussionen unter den "Bauleuten" wurde dies begründet:

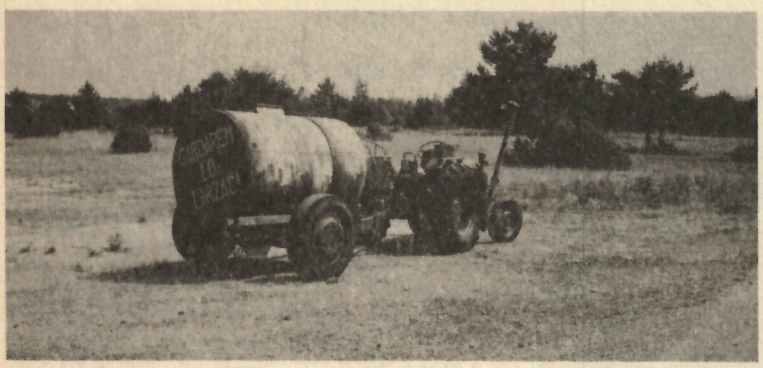
"Ein normaler Urlaub, das geht in Zukunft für mich nicht mehr."

"Keine Abhängigkeit von Parteien und irgendwelchen politischen Autoritäten, sehr gut!"

"Das technische Verständnis der Larzac-Leute ist enorm beeindruckend. Die brauchen keine großen Experten. Und was die alles an Material direkt aus ihrem Boden nehmen!"

"Keine geschlechtsspezifische Arbeitsteilung, das gefällt uns, daß Frauen und Männer hier alles machen."

"Hier, das ist die konkrete Utopie, die ich zum Leben brauche, ich weiß jetzt: Es ist möglich."



Verteidigt den Larzac!

Alle Bau- und Installationsarbeiten sind mehr oder weniger "illegal". Den Einwohnern des größten Teils der Hochebene werden seit neun Jahren keine Baugenehmigungen mehr erteilt, keine Telefon-, Wasser- und Elektrizitätsanschlüsse bewilligt und keine Straßen und Wege repariert. Der Staat, zu dessen Monopol all diese lebenswichtigen Dinge gehören, will das Gebiet für die Erweiterung des bisherigen kleinen Militärcamps verfügbar machen. 14.000 Hektar landwirtschaftliche Flächen sollen den 3.000 Hektar Militärgelände zugeschlagen werden. Weniger als die Hälfte konnte der Staat in neuen Jahren aufkaufen – den größten Teil eignet er sich zur Zeit gerade durch juristische Zwangsenteignung an, eine Prozedur, die im Herbst mit der Festsetzung der "Entschädigungssummen" abgeschlossen sein soll.

Die Bevölkerung aber bleibt da, ihre Zahl vergrößert sich sogar. Drei Viertel der Bauern sind noch unter 40 Jahren, Siedler kommen hinzu. Für die zahlreichen Kinder mußte sogar eine Grundschule neu eröffnet werden. Ein einmaliger Fall auf dem Lande in Frankreich.

Auch solche Ländereien und Gebäude, die von Spekulanten, einigen wenigen Bauern und ein paar uninteressierten Erben an den Staat verkauft worden sind, werden z.T. besetzt, bewohnt und landwirtschaftlich genutzt. "Illegale" Baumaßnahmen haben im Kampf des Larzac schon Tradition. Mit Geldern, die durch Verweigerung von 3% der Steuern von Bauern und vielen Unterstützern aufgebracht werden, ist schon 1973 bis 1976 ein gewaltiger Schafstall ("unsere Weizenkathedrale", sagen die Bauern) in La Blaquiere, direkt an der Grenze des Militärcamps auf "staatseigenem" Boden von Bauern und vielen freiwilligen Helfern errichtet worden, darunter Redaktionen, Gewerkschaftergruppen und politische Organisationen. Mehrere in Jahrzehnten verfallene Höfe wurden in den letzten Jahren wieder aufgebaut und sogar ein neuer Hof errichtet, nachdem die Besetzung des alten Hofes Catalies durch die Polizei beendet und seither dort eine Militärbesatzung einquartiert wurde. Zwischen einzelnen Höfen existiert schon seit Jahren ein "wildes" Telefon, da die Post zwar die Leitungen verlegt hat, sie dann aber auf Einspruch der Armee nicht anschloß. Ein erster Windgenerator im Hor Les Homs wurde aus Schrott zusammengebaut. Eine Wasserleitung wurde quer durch die Nationalstraße 9 hindurchgezogen.

Als "legales" Mittel, die Vereinnahmung des Larzac durch Staat und Militärindustrie zu verhindern, wurden Landkaufgesellschaften (Groupe Foncier Agricole) gegründet, die mit Hilfe von etwa 4.000 Unterstützern zahlreiche Landstücke im Camp-Erweiterungsgebiet, vor allem an "strategisch" wichtigen Stellen, der Armee vor der Nase wegschnappten und dort neue Landwirtschaftsbetriebe ansiedelten. Auch hier wurden gemeinsam Gebäude und Felder in benutzbaren Zustand versetzt.

Trotz dieser Tradition ist es etwas Neues für viele Unterstützer, als zentrale Form des Widerstandes einen Sommer lang zu bauen und zu installieren. Gekommen sind denn auch nicht die vielen Zehntausende, die sich an den Massen-Meetings und Demonstrationen des Larzac in früheren Jahren beteiligten, sondern eine Auswahl engagierter Leute, die verstanden haben, was es bedeutet, den Bauern und anderen Bewohnern des Larzac in der heutigen Situation zu helfen. In einer Versammlung der "Baustellen"-Teilnehmer am 23.8.79 sagte François Mathey, ein junger Bauer aus Saint-Sauveur-du-Larzac dazu:

"Die Straße, die wir hier zusammen ausgebaut haben, ist für unser Dorf lebenswichtig. Sie ist unser einziger Zugang für Lastwagen. Außerdem können wir jetzt schneller zu den anderen Höfen und Dörfern kommen. Und das Telefon ist schon eine famose Sache. Wir sparen jetzt viele Wege und Versammlungen. Und wenn man manchmal fünf andere zugleich an der Leitung hat, wenn man einen anruft, das ist vielleicht auch nicht immer schlecht ...".

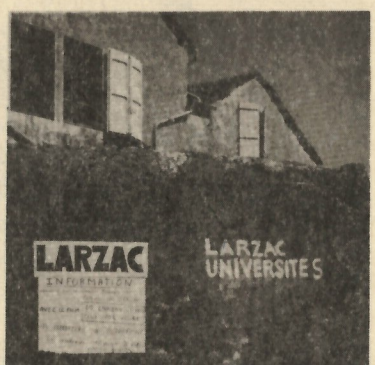
Ein Plan, an Geld für solche Projekte heranzukommen und zugleich den enteigneten Bauern weiter Kreditmöglichkeiten zu verschaffen, ist der Aufbau einer gemeinsamen Kreditkasse, einer alternativen Bank. Während die "Entschädigungsgelder" bei den Gerichten festliegen, bis die Einspruchsverfahren abgeschlossen sein werden (was sicher Jahre dauert, und dann ist nicht sicher, was die Bauern mit diesem Schmutzgeld machen), könnten hier Bauern und Unterstützer Konten eröffnen und damit auf eine weitere Art ihr Geld für den Widerstand einsetzen – neben der "Gesellschaft zur Förderung der Landwirtschaft auf dem Larzac" (APAL), die die Steuerverweigerungsgelder verwaltet, und den Landkaufgesellschaften (GFA), die seit dem Beginn der Enteignungsverfahren zwar kein Land mehr innerhalb des Erweiterungsgebietes kaufen dürfen, wohl aber ringsum – womit der Regierung das Mittel der Land-Umverteilung aus der Hand geschlagen werden kann.

"Keiner denkt an ein Ende des Larzac", sagten uns alle Bauern, die wir fragten, obwohl sie mit allem rechnen. Sei es, daß die Armee sich auf den enteigneten und gekauften Ländereien als "Herr im Haus" aufführt und durch Manövrieren und Übungen die normale Landwirtschaft unmöglich zu machen versucht, sei es sogar der polizeiliche Rausschmiß einzelner Familien und Siedler aus ihren Häusern. François Mathey: "Wenn es dazu kommt, dann werden wir uns etwas einfallen lassen. Wir haben noch nie drei Monate im voraus eine abstrakte Strategie festgelegt.

Auguste Guiraud:

"Natürlich haben wir Erfahrungen, wir kennen uns aus. Wir diskutieren immer alles gemeinsam und suchen nach einer tragfähigen Mehrheit, und dann gehen wir gemeinsam vor. Das ist wohl unsere Stärke."

Seit dem "Marsch auf Paris", den die Larzac-Bauern mit Unterstützung von Komitees, Gewerkschaften, Bauernverbänden und linken Organisationen im November/Dezember 1978 durchführten, und seit der 90%-Nein-Volksabstimmung im Frühjahr in der kleinen Industriestadt Millau und zwei weiteren Gemeinden im und am Larzac sind die Widerstandskräfte in der ganzen Region mobilisiert. Eine eintägige "Aktion Tote Stadt", Vorstufe zum Generalstreik, ist in Millau nach dem Beginn der offiziellen letzten Phase der Enteignungsverfahren gelungen. Durch Blockaden konnte der Enteignungsrichter tagelang (bis er aufgab) am Betreten der wichtigsten von ihm zu besichtigenden Ländereien gehindert werden. In Vollversammlungen der Bauern, die im Beisein von Beauftragten der "zuständigen" Ministerien, der Armee, der Bauernverbände sowie auch von den Bürgermeistern der betroffenen Gemeinden in allen Bereichen des Larzac durchgeführt wurden, erklärten mehr Bauern als je zuvor (und mehr als alle Beteiligten erwartet hatten) einzeln und auf persönliche Befragung, daß sie kein Land hergeben wollen. Einige, die früher Land an die Armee verkauft hatten, wollen sogar zurückkaufen. Die Regierung machte angesichts dieser Realitäten das "Zugeständnis", nicht mehr nur mit den Bauern als "Grundeigentümern", sondern mit allen das Land bearbeitenden Bauern, also auch mit den Besitzern, Pächtern und Siedlern zu rechnen und zu reden. Die Armeeführung ist offenbar ratlos gegenüber der breiten Ablehnung, auf die sie trotz vieler Versuche der Anbiederung als "guter Nachbar" und "solider Arbeitgeber" trifft. Sie hat nach über zwei Monaten noch nicht zu dem Ergebnis der Bauernversammlungen Stellung genommen. Beim Studium des dickleibigen Protokollaktenordners wird den Militärs wohl der Zweifel gekommen sein, ob sie tatsächlich den Bauern ihre Landwirtschaft unmöglich machen können oder ob nicht vielmehr die Bauern ihnen das Militärspielen auf dem Larzac endgültig vergraulen werden.



Spendet für den Larzac: Konto Volker Tonnät, PSchA Hamburg Nr. 164086-202

Larzac-Freundeskreis in Hamburg
Heidi Burmeister/Volker Tonnät
Geschwister-Scholl-Straße 11
2000 Hamburg 20
Tel. 040/4807702

(Dieser Beitrag ist inzwischen in der taz erschienen).

Urananbau auf den Orkneys?

Die Orkneys sind eine dünn besiedelte Inselgruppe nördlich des schottischen Festlandes. Von ca. 70 Inseln sind 15 bewohnt (18.000 Einwohner). Industrie gibt es kaum, der Tourismus ist nicht sonderlich ausgeprägt (Rucksacktouristen), das Kleingewerbe versorgt nur die örtliche Bevölkerung. Die Arbeitslosigkeit liegt mit 5% weit unter dem englischen Durchschnitt. Die Bewohner dieser GRÜNEN Inseln leben von Rinder- und Schafzucht, Milchwirtschaft und Whiskyproduktion.

Eine Untersuchung des geologischen Instituts aus dem Jahre 1972 ergab, daß auf den Orkneys einige Tausend Tonnen Uran zu finden seien. Flachbohrungen ergaben eine Konzentration von bis zu 0,1%. Das Institut erarbeitete daraufhin einen Plan zur Förderung des Urans. Ein Mitarbeiter des Institutes legte der internationalen Energiekommission in Wien den Plan 1973 vor. Er spricht von einem "Urankorridor" in der Nähe von Stromness (zweitgrößte Stadt der Orkneys). Weiterhin wurde von der Möglichkeit großer Uranvorkommen auch auf anderen Teilen der Inseln gesprochen. In den Strukturplänen für Orkney wurden die Uranvorkommen erstmals 1974 erwähnt. Die Strukturpläne besagten jedoch nur, daß die Ausbeutung von Uran in der Nähe von Stromness wegen der ungeheueren Erdbewegungen, die ein solcher Uranabbau mit sich bringt, zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Landschaft führen würde. Im Frühjahr '76 kamen Vertreter der südschottischen Elektrizitätswerke auf die Bauern aus der Umgebung von Stromness zu. In einem Gebiet von 9,3 Quadratkilometern von Garson über Cairston nach Yesnaby wurden die Bauern dazu gebracht, Verträge zu unterzeichnen, die die weitere Ausbeutung und Kaufoptionen für das Land gewährten, wenn die E-Werke mit den Forschungsergebnissen zufrieden wären und die nationalen Interessen es erforderten, das von ihnen gefundene Uran abzubauen. Die Optionen wurden für 7 Jahre gewährt.

Im Dezember 1976 versuchten die südschottischen Elektrizitätswerke den örtlichen Inselgemeinderat um eine Erlaubnis für Probebohrungen bis 330 Meter Tiefe. Damit sollte festgestellt werden, ob der Uranabbau rentabel sei. Von den Gesamtkosten in Höhe von £ 1.300.000 übernimmt die EG die Hälfte.

Inzwischen hatte sich der Widerstand der Bevölkerung organisiert. Träger dieses Widerstandes ist die "Orkney Heritage Society" (vergleichbar den hiesigen Heimatvereinen). 99,9% der Bewohner der Inseln, so erklärten uns Sprecher der Society, sind gegen den Abbau des Urans. Wir zweifeln nicht daran, denn an jedem Fahrzeug und an fast jedem Haus waren die großen, grünen 'No Uranium'-Aufkleber und -Plakate nicht zu übersehen. Die Bewegung erreichte durch ihre Proteste, daß

- der schottische Innenminister die Angelegenheit einer Kontrollkommission vorlegte, die dann, unter dem Druck der Inselbevölkerung, Ablehnung empfahl;
- der Inselgemeinderat im schottischen Parlament einen Gesetzentwurf einbrachte, wonach Probebohrungen und Uranabbau auf den Orkneys verboten werden sollte.

Dieser Entwurf wurde abgelehnt;

- ein verbesserter Strukturplan vom Inselgemeinderat veröffentlicht wurde, in dem es hieß: "Wegen der Zerstörung der Landschaftsgebiete um Stromness kommt der Gemeinderat zum Schluß, daß er den Probebohrungen und der Ausbeutung der Uranvorkommen nicht zustimmen kann."

Gegen diesen Strukturplan erhoben die süd- und nordschottischen Wasser- und Elektrizitätswerke Einspruch. Daraufhin veranlaßte der Innenminister eine öffentliche Untersuchung dieses Plans. Die "unabhängigen" Gutachter sind zum Teil die Gleichen, die auch die Berichte an die internationale Energiekommission im Auftrage des Geologischen Instituts geschrieben hatten. Die endgültige Entscheidung über den Einspruch und damit auch über den Strukturplan wird im September fallen. Wie immer die Entscheidung ausfallen wird, die Inselbewohner sind gerüstet: Der Bürgermeister erklärt, daß Sabotage als Widerstandsform nicht ausgeschlossen wird. Die Hafenarbeiter werden für die Firmen, die die Probebohrungen durchführen, nichts entladen. Der Einzelhandel wird die Firmen nicht mit Lebensmittel oder Sonstigem versorgen. Mrs. M. Linklater, die Vorsitzende der 'No Uranium'-Bewegung erklärte: "Unser Widerstand ist eigentlich nur zu brechen, wenn sie Truppen schicken."

Kontaktadresse: Mrs. M. Linklater, 20 Main Street, Kirkwall, Orkney

MAGDA FOSTER/ARMIN PAHL

Grenada

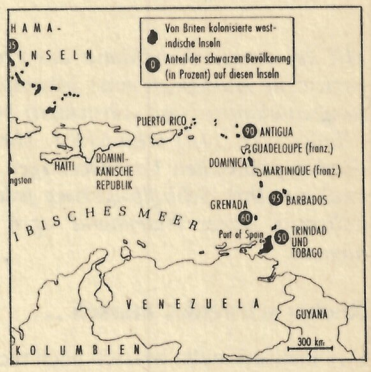
Erwähnung in der Presse fand der kleine Insel-Staat Grenada vor der venezolanischen Küste im Frühjahr dieses Jahres: am 13. März wurde Diktator Gairy, der sich gerade auf Auslandsreisen befand, durch einen Coup gestürzt und eine revolutionäre Regierung unter dem Führer der bisherigen Oppositionsbewegung, dem 35jährigen Rechtsanwalt Maurice Bishop, ausgerufen.

Nicaragua und die Kämpfe in San Salvador und Guatemala sollten nicht von den politischen Kämpfen auf den Insel-Republiken der Karibik ablenken: Seit Jahren bemüht sich auf Jamaica die Regierung des Sozialisten Michael Manley gegen wirtschaftlichen Druck und finsteren Praktiken von geheimdienstlich oder politische gedungenen Banden (die sodann als "linke Terrorakte" in den Medien erscheinen), um eine sozialistische Politik. Auf St. Lucia, nördlich von Grenada, wurde im Sommer die konservative Regierung durch Wahlen abgelöst, und auf Dominica erzwangen Mißwirtschaft und Korruption sowie zuletzt Streiks und Unruhen in der Bevölkerung einen Regierungswechsel zugunsten Linker und Liberaler. Auf Antigua und St. Vincent sind Umsturztendenzen zu vermerken. Schließlich finden in der deutschen Presse auch die mühseligen Kämpfe der puertoricanischen Arbeiterbewegung gegen Elend und Ausbeutung durch die USA und für ein unabhängiges Puerto Rico keine Erwähnung.

Grenada, ein Commonwealth-Staat, ist etwa 200 qkm groß, hat ca. 100.000 Einwohner und ist das kleinste unabhängige Territorium der Welt. Die Insel war ab 1650 französische, ab 1763 englische Kolonie und erlangte schließlich 1974 die Unabhängigkeit unter der Regierung von (Sir) Eric Gairy, der schon zuvor unter britischer Herrschaft regiert hatte. Gairy unterschied sich von anderen Diktatoren nicht durch seine Politik der Gewalt, Unterdrückung, Vasallentum und Selbstbereicherung bei zunehmender Verarmung der Bevölkerung, sondern höchstens durch seinen ausgeprägten Hang zu Okkultismus und seine UFO-Gäubigkeit. In den Nachrichten des einzigen Radiosenders der Insel, die Sir Eric in der Regel höchstpersönlich abfaßte, ging es dann auch mehr um UFOs als um Information. Gegen eine Unabhängigkeit Grenadas unter Gairy setzten sich 1974 große Teile der Bevölkerung bis zum Gouverneur der Britischen Kolonialverwaltung ein. Gairy war in den über zehn Jahren seiner vorangegangenen Herrschaft bekannt geworden, denn in der "Innenpolitik" hatten ihm die Engländer freie Hand gelassen. Gairy setzte sich aber durch Mithilfe seiner "Moongoose Gang", einer Art Grauen Wölfen, sowie der uniformierten Kräfte. Der Despot schuf nicht nur den von ihm geschaffenen Kult um seine Person – als Vater des Volkes, spiritualistischen Berater und Alleinzuständiger für jede kleine Anfrage aus der Bevölkerung –, sondern er hielt vor allem die Insel in vorzeitlichen Zuständen.

Grenada, heißt es, "lebt von" Gewürzen (hauptsächlich Muskat) und Tourismus (hauptsächlich Kreuzschiffe), aber der Hauptteil der Bevölkerung lebt eher von nichts – d.h. in Armut und Arbeitslosigkeit, als Selbstversorger mit Bananen, Kartoffeln und Brotfrüchten. Industrie und Fabriken oder landwirtschaftlicher Anbau sind unter Gairy ebenso von der Insel ferngehalten worden wie ein Schul- und Bildungssystem. Deswegen emigrierten Grenadier, die dies irgendwie ermöglichen konnten, auf andere Inseln, insbesondere Trinidad, wo sie einen Großteil der Bevölkerung stellen.

Daß diese katastrophalen Zustände nicht schon eher zu einem Umsturz geführt haben, mag daran liegen, daß es schwer ist, eine in Unterernährung, Bildungslosigkeit bzw. Analphabetentum und Spiritualismus gehaltene Bevölkerung politisch zu aktivieren. Der Coup erfolgte, als durchsickerte, daß Gairy während seiner Auslandsreise die Inseln von den Führern der Oppositionsbewegung des Jewel (Joint Endeavour for Welfare, Education and Liberation) Movement – 1973 von Bishop nach dessen Rückkehr aus



England gegründet – gereinigt sehen wollte. Der Coup, vom People's Revolutionary Government als Revolution bezeichnet und von der Bevölkerung als solche gefeiert, erfolgte durch fast kampflose Einnahme der einzigen Kaserne (250 Soldaten) und der Radiostation vor Morgengrauen des 13. März 1979.

The People's Revolutionary Government strebt eine neue Verfassung und baldige freie Wahlen an. Zur Zeit regiert neben dem Prime Minister Bishop ein Kabinett von acht Ministern, die dem People's Revolutionary Government verantwortlich sind, einem Regierungskörper mit 23 Mitgliedern, dem sie zugleich angehören. Nach Worten von Bishop fürchtet Grenadas neue Regierung weniger einen Versuch der erzwungenen Rückkehr Gairy's mit Hilfe von Söldern als die Einwirkung fremder Geheimdienste und ökonomische Repressalien. Vielleicht sind ökonomische Repressalien – außer im touristischen Bereich durch Hetze von Medien – weniger der Gegenstand realer Befürchtungen als das Ausbleiben ökonomischer Unterstützung. Die neue Regierung bedarf, um ihre Ziele zu erreichen und ihre Glaubwürdigkeit zu sichern, ausländischen Beistands bei der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie eines öffentlichen Schulsystems. Es gibt aber kaum Devisen.

Begonnen wurde bereits mit dem Bau einer Fabrik zur Herstellung von Säften aus einheimischen Früchten und dem Aufbau einer Fischfangflotte mit verarbeitender Industrie. Der Aufbau der Landwirtschaft und der Straßenbau sind weitere Projekte. Neben dem dazu erforderlichen Geld mangelt es an qualifizierten Hilfskräften, vom Lehrer bis zum technischen Berater. Im Augenblick ist Grenada daher auf die entsprechende personelle solidarische Unterstützung aus anderen karibischen Inseln wie Trinidad, Jamaica angewiesen.

Grenada muß in ein anderes Zeitalter springen. Dieser Schritt ist schwer zu bewältigen. Willen, Energie und Mut der neuen Regierung allein reichen ebensowenig aus, wie das offensichtliche Wohlwollen, das ihr die Bevölkerung entgegenbringt, sofern nicht Mittel und Möglichkeiten bestehen, dieses Wohlwollen in den aktiven Aufbau des Landes umzusetzen.

SIGRID HUTH

Rechte Gefahr und linke Identität

Mit der Kanzlerkandidatur des Franz Josef Strauß kündigte sich offenbar mehr an als nur der personelle Austausch eines inkompetenten (CDU-)Spitzenfunktionärs gegen einen für seine Führungsqualitäten (und -absichten) bekannten Mann der Stärke. In einem vorhergehenden Beitrag ("links" Nr. 113) schildern J. Hirsch und R. Roth die sich mit der Strauß-Kandidatur verbindenden politischen Veränderungen, in Bezug zur gegenwärtigen Parteienkonstellation und Staatsstruktur. Ihre Schlußfolgerung jedoch, daß sich gegen die 'Institutionalisierung des Rechtsradikalismus' linker Widerstand regen und 'politisch und strategisch neu bestimmen' muß, ist ungenügend.

Rechts schwenkt, marsch ...

Der institutionelle Marsch nach rechts ist nicht zuletzt durch die Aktivitäten des 3. Russell-Tribunals ans Licht der Öffentlichkeit geholt worden. Gleichwohl scheint die Etablierung der politischen Reaktion in höchsten bundesdeutschen Ämtern, für die Herrschenden immer weniger mit dem Risiko eines Vertrauensschwundes des (Wahl-)Volkes, den staatsmächtigen Institutionen gegenüber, verbunden zu sein. Nach Karl Carstens, dem neuen Bundespräsidenten, könnte nun (rein theoretisch) ein Bundeskanzler Strauß folgen. Die demagogische Fähigkeit des extremistischen Bayern, besonders sein Umgang mit deutschem Staatsbürgerbewußtsein und diffusen Krisenängsten könnten hier nachhelfen. Eingedenk der deutschen Geschichte und des immer noch mobilisierbaren rechtspotenten Bewußtseins in deutschen Landen, wäre ein Straußsches "Modell Deutschland" um einiges mehr mit der völligen Einschränkung politischer Bewegungsfreiheit für demokratische und linke Initiativen verbunden, als das sozialliberale Konzept Helmut Schmidts.

Ob sich ein Kanzlerkandidat Strauß aber tatsächlich wird im parlamentarisch verwalteten Macht- und Repressionsstaat durchsetzen können, hängt nicht nur von seinem kalkulierbaren Gebrauchswert als politischer Herrscher über den Ausnahmezustand ab, wie er für das krisenerfahrene – international verwobene – deutsche Kapital benötigt wird, sondern sicher auch davon, wie hoch seine (politische) Zurechnungsfähigkeit aus parteipolitischer Sicht veranschlagt wird. Besonders sein Demokratieverständnis gegenüber CDU-internen Fragen, wie auch sein Extremkurs gegenüber dem DGB (implizit seiner Vorstellungen über eine CSU-nahe Staats- und Parteigewerkschaft), stellen eine übergangslose Integration ins Bundeskanzleramt in Frage. Denn auch ein kampferprobter Rechtsradikaler des gehobenen Standes, muß sich mit dem bisher systemstabilisierenden Institutionen und deren liberalistisch verbrämten Verkehrsformen (noch) so auseinandersetzen, daß er nicht mit der Tür ins Haus fällt. Auch die fehlende Wählerbasis (Nordgefälle) und der Sympathienachhang gegenüber dem Krisenkanzler Schmidt läßt seinen Machtantritt als nicht unbedingt wahrscheinlich erscheinen. Die Gefahr ist damit nicht vom Tisch.

Eine wirklichkeitsnahe Kalkulation über den Ausgang der Bundestagswahl 1980 läßt sich jedoch nur über präzise Analysen zur gesamtbundesdeutschen Parteienkonstellation und deren Veränderungsmöglichkeiten bewerkstelligen.

Der Ansatz von Hirsch/Roth geht von der Überlegung aus, daß sich mit der Funktionalisierung der sogenannten Bürgerpartei (Fredersdorf) ein Verschwinden der FDP und damit eine grundsätzliche Veränderung der "Parteienlandschaft" zugunsten der CSU/CDU ergeben könnte. Die Institutionalisierung des Rechtsradikalismus hätte damit ihren Einzug gehalten und sich den vorausgegangenen strukturellen Machtverschiebungen im Staatsgefüge adäquat als dessen parteipolitisch parlamentarisches Pendant angepaßt (wie ich ergänzen würde). Grundlegende Entscheidungen in politisch strategischer Hinsicht und die Aushöhlung demokratischer Freiräume, sowie die Verstärkung antikommunistischer Tendenzen wären zwangsläufig.

Als Nebenprodukt wäre die politische Machtkompetenz des Parlaments gegenüber dem Bundesverfassungsgericht (nach liberalistischen Gesichtspunkten) wiederhergestellt. Die Gesinnungsfreundschaft der Reaktion drückte sich hier auch in der korrekten Aufteilung der (staatlichen) Macht aus.

Linke Ängste und Nöte

Allein die Wahrscheinlichkeit des "institutionalisierten Rechtsradikalismus" zu prognostizieren und sich "im Kopf" darauf einzustellen, bringt keine Sicherheit. Der Ruf der Genossen Hirsch/Roth nach einer "grundsätzlichen politischen und strategischen Neubestimmung der Linken" muß deshalb mehr als die Aufforderung zur linken Theorie sein. Er ist vor allem ein Appell an unsere Moral und politische Phantasie.

Aufgrund der Erfahrungen mit diversen "Neubestimmungen" linker Politik, die uns in den Jahren 1970/71 die Entdeckung des (romantischen) Parteikadertums (ML) brachten, dessen theoretische Unzulänglichkeiten und praktische Konsequenzen bis heute eher negativ nachwirken, ist an eine Neukonzeption linker Strategie mit Vorsicht und der nötigen Skepsis heranzugehen.

Die Hoffnung auf eine sich vor der Gefahr des "institutionellen Rechtsradikalismus" angstvoll zusammenschweißende, sich strategisch und politisch einigende Linke, sind allzu vage und verklärt allenfalls den aktuellen (subjektiven) Zustand der organisierten Linken. Hier wäre zunächst einmal anzusetzen. Denn Betroffenheit und subjektive Identität innerhalb der Linken ist zu vielschichtig und durch eine umsichgreifende "neue Identitätsbewegung" geprägt. Mit der Globalthese der "Krise des Marxismus" wäre dieser Zustand allerdings überbeantwortet, sie muß aber als

Wen soll man denn 1980 wählen?

Die Vorschläge von **Ossip K. Flechtheim, Elmar Altvater, Jakob Moneta und Gerhard Schröder**

sind in der **kritik 22** nachzulesen

728 Seiten, 2 Bände, DM 39,–

Stalin über alles?

Nein, alles über Stalin!

Erstmals vollständige Ausgabe auf Deutsch

Das fundamentale Werk über die deutsche Revolution

jetzt als Kassette!

Richard Müller

Band I: **Vom Kaisserreich zur Republik** Band II: **Die Novemberrevolution** Band III: **Der Bürgerkrieg in Deutschland**

zus. 800 Seiten – 3 Bände
DM 39,– (auch einzeln erhältlich)

Bitte fordern Sie unseren Prospekt an: **Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30**

allgemeiner Hintergrund (der noch zu analysieren wäre) genannt werden.

Veränderte Identität

Die in der letzten Zeit (auch im Sozialistischen Büro) so häufig genannten Vokabeln Flucht- oder Rückzugsbewegungen kennzeichnen als äußeres Symptom sich verändernder linker Identität deutlich die Problemlage der BRD-Linken. Für eine Neubestimmung linker Strategie wäre es fatal, würden diese Krisensymptome (...) lediglich als Repressionswirkungen und individuelles Ausflippen gekennzeichnet. Sicher, die Verengung politischer Freiräume durch die seit Jahren andauernde politische Repression zeigt hier ihre ersten Erfolge; doch läßt sich allein daraus – aus der Schwierigkeit mit der äußeren Realität der Arbeits- und Lebenszusammenhänge zurechtzukommen – noch keine ausreichende Schlußfolgerung auf die von mir genannte Identitätskrise ziehen. Die Schwierigkeit emanzipativer Praxis hat aber auch ihre subjektive Bedingung. Diese liegt in dem von uns nicht sozialisierten (gelernten) Umgang mit emotionalen libidonösen Bedürfnissen, die oft verdrängt oder nur außerhalb des sogenannten normalen Lebens als private stattfinden dürfen. Dieses für unsere Gesellschaft typische Sozialverhalten hat schon seine Ursache in der Verkehrtheit der Befriedigung von Grundbedürfnissen (Essen, Schlafen, Atmen, Sexualität), die sich den Erfordernissen rationaler (kapitalistischer) Menschenverwertung anpassen müssen. Das ganzheitliche Menschsein wird gegenüber partieller Ausbeutung menschlicher Fähigkeiten (...) zurückgedrängt. Bedürfnisse und Zwänge reiben sich, und die Trennung von Interessen wird internalisiert und festgeschrieben. Die typische Fluchtbewegung aus der Arbeit in den Urlaub ist die offentlichlichste Reaktion auf diesen Zustand, führt aber selten zu wirklicher Befriedigung.

Fluchtbewegung?

Daß sich auch in selbst konstruierten "Arbeits"-zusammenhängen (politische Gruppen etc.) solche Reaktionen ergeben, sollte uns nicht wundern (schließlich leben wir nicht auf dem Mond), denn positive/alternative Lebens- und Arbeitszusammenhänge lassen sich nur tendenziell und (als Kampf) gegen die vorgefundenen Strukturen verwirklichen. Eine 'angstvolle' Reaktion auf die sog. Fluchtbewegung – in private und alternative Zusammenhänge – scheint mir übertrieben und verdeckt oft nur eigene Bedürfnisse nach Privatheit und Rückzug. Sie zeigen aber auch deutlich unsere defizitären Identitätsstrukturen: wir sind es (noch) nicht gewohnt, auch in privaten Bereichen unsere Identität als Sozialisten zu suchen.

Dabei ist der sog. Reproduktionsbereich voll von Ansprüchen nach Veränderung und Umgestaltung. Am Beispiel der (ehemals) alternativen Idee von Wohngemeinschaften, die als Experiment der antiautoritären Jugendbewegung anfing, läßt sich dies sehr gut nachzeichnen.

Daß sich die sog. Fluchtbewegung zu einem um sich greifenden Entpolitisierungsprozeß verdichtet, scheint mir eine übertriebene Einschätzung zu sein. Wir sollten uns etwas offener damit auseinandersetzen, und mit dem Eingeständnis anfangen, daß in weiten Kreisen der Linken der Bereich emotionaler (privater) Identität oft hohl ist, unsere politischen Arbeitszusammenhänge dagegen voll mit reflektiver Theorie, die in z.T. entfremdeten Strukturen veröden. Oskar Negt hat diesen Zustand auf die 'Ausgrenzungsgeschichte des Marxismus' zurückgeführt. Eine (auch) nach außen geführte Diskussion in "links" – in diesem Zusammenhang – wäre nicht übel.

Alternativ-Bewegung

Ansätze, den herkömmlichen (kapitalistischen) Arbeits/Lebenszwängen auszuweichen und ihnen eine neue Konzeption produktiven-reproduktiven Lebens gegenüber zu stellen, zeigen sich in den verschiedensten Alternativkonzeptionen, von alternativer Ökonomie, Wohnen, Kommunikation etc. bis hin zur völligen Loslösung von technologischen Strukturen (Landgemeinschaften). In der BRD sind Alternativansätze noch weitgehend im experimentellen Stadium. Der Koordinationsversuch des Berliner Netzwerk-Selbsthilfe, ist als positiver Ansatz zur Belebung einer alternativen Infrastruktur ernstzunehmen. Gegenüber der (abwertenden) Kritik: hier würde sich eine 'linke Sozialversicherung' als Stütze des Staatshaushaltes herausbilden (...), käme es darauf an die (bisherigen) Erfahrungen und Positionen mit den diversen (z.T. sehr phantasievollen) Projekten sinnvoll in die Diskussion aufzunehmen (siehe dazu Margit Mayer in "links" Nr. 114).

Die Alternativbewegung ist als linke Kritikbewegung ernst zu nehmen, ihre praktischen und theoretischen Erfahrungen und Schwierigkeiten muß als integrativer Teil in die anstehende Neubestimmung linker Strategie eingeschlossen sein. Sie ist in ihren Experimenten und theoretischen Ansätzen ebenso Ausdruck linker Identitätsveränderung wie es die theoretisch-praktischen Orientierungsprozesse innerhalb der organisierten Linken sind. Nicht zuletzt sind es auch gerade ihre Arbeits/Lebens-Experimente, die mit Fortdauer und Intensivierung politischer Repression in ihrer Existenz gefährdet sind.

Grüne und Bunte Identität

Betroffenheit und Gefährdung der verschiedenen basisdemokratisch organisierten Anti-AKW-Initiativen, ist ebenso in die notwendige Orientierungsdiskussion einzubeziehen. Die Drohung mit intensiver Repression von verschiedenster Seite gegen die AKW-Bewegung und der sich herausgebildeten grünbunten Infrastruktur (Lambsdorf) ist sehr ernstzunehmen.

Für die herrschende Partei-Macht-Politik hat sich die AKW-Bewegung zu einer ernstzunehmenden Vorstellung entwickelt. Nicht zuletzt auch deshalb, weil es den Grünbunten – zumindest partiell – gelungen ist, über ihre anti-technologische Kritik hinaus anti-bürokratische Positionen in die öffentliche Diskussion einzubringen.

Durch die Beteiligung am sogenannten demokratischen Willensbildungsprozeß (Wahlen) verstehen sich die grünen und bunten Basisinitiativen zunehmend auch als politische Alternative zu den Parteien. Ihre Organisierung von Interessen ist schon lange über den Begriff einer Bürgerinitiative (im klassischen Sinne) hinausgewachsen. Sie sind deshalb auch nur schwer für einen 'demokratischen Dialog' mit den etablierten Parteien zu gewinnen und gefährden (tendenziell) die Stellvertreter-Rolle der bürgerlichen Parteien.

Die Erfolge von bunten und alternativen Listen, in Regionalwahlen, geben den Anschein als ließe sich über die AKW-Gegnerschaft eine allgemeinpolitische basisorientierte Kritik an (Partei)bürokratischer Verwaltungspolitik sinnvoll entwickelt.

Wenngleich mir eine national organisierte grünbunte Alternative als gegenwärtig und für

aus: Knipperdolling

die Bundestagswahl 1980 als unwahrscheinlich erscheint (worauf aber noch einzugehen wäre), liegen ihre politischen Chancen doch weiterhin in der Schaffung von Kritikbewußtsein – nicht nur in der Energiepolitik. Zumal in Wahlzeiten. Es wird notwendig sein, das sich die Linke stärker auf eine kooperative Auseinandersetzung in diesem Bereich konzentriert. Notwendig wird es aber auch sein, gegenüber einer sehr vagen Kandidatur der Grünen, Bunten (zur Bundestagswahl) – wie sie gegenwärtig in der Diskussion ist – die Stärkung und Intensivierung infrastruktureller Momente in den Fordergrund zu stellen. Darin liegen unsere und die Chancen der demokratischen grünbunten Initiativen zum politischen Überleben. Ganz besonders gegenüber der sich mit Strauß ankündigenden rechtsradikalen Kumpanei.

Identitätsprozesse und ...

Was sich mit dem hier gesagten tatsächlich wird anfangen lassen, ist nicht allein Sache theoretischer Erörterungen oder mehr oder minder phantasievoller Strategievorschläge. Es ist ganz besonders auch eine pragmatisch bestimmte Anregung zum kreativen Lernen – auch in repressiver Epoche.
Die organisierte Linke, Grüne und Bunte und Alternative Bewegung, sind in ihrer Geschichte enger verknüpft als es die Marxisten mit der Arbeiterbewegung und ihren Organisationen in der BRD jemals gewesen sind. Dies braucht nicht weiter begründet zu werden und hat seine Ursache im Entstehungsprozeß der politischen Bewegungen (der Linken) seit den 50er und 60er Jahren, auf die an anderer Stelle oft und zur Genüge eingegangen wurde. Was die antiautoritäre und Studentenbewegung in ihrem Anfangsprozeß ausgemacht und ihre Politik bestimmt hatte, ist z.T. damit korrekt beschrieben, was bei Negt als 'negative Identität' nachzulesen ist. Über diesen (Bewußtseins)Zustand: der konkreten Ablehnung des Vorhandenen, bei gleichzeitigem Fehlen einer machbaren konkreten Utopie, sind wir auch heute nicht hinaus, trotz etlicher politischer Initiativen. Gesellschaftlich relevant wird sich dieser Zustand auch erst dann (als dialektischer Prozeß) verändern, wenn es gelingt, den gegenseitigen Annäherungsprozeß zwischen Arbeiterbewegung und Linker offenzuhalten.

... Praxis

Mit dem Konzept Strauß verbindet sich wesentlich mehr als die tendenzielle Auflösung linker und alternativer Strukturen, es wäre eine präventive politische Kastration sämtlicher (Versuchs-)Bereiche demokratischer Organisierung von Interessen, und nicht nur das. Es wäre auch die vorausberechnete Niederlage der Linken.
Wir sind deshalb mit der Gefahr eines organisierten Rechtsradikalismus in den staatlichen Institutionen, dazu aufgefordert, reagierende und offensive Widerstandsansätze zu finden. Dies darf sich aber nicht nur in einer mehr oder minder theoretisch bestimmten 'Strategiedebatte' niederschlagen, unsere Ansätze müssen auch praktisch und offen (in dem von mir oben beschriebenen Sinne) sein.
Ein erster Versuch in dieser Richtung würde m.E. darin liegen: aus der relativen Interessenidentität zwischen grünbunten, alternativen und linken politischen Gruppen einen organisierten Diskussionszusammenhang zu entwickeln. Praktisch könnte sich dies darin niederschlagen, auf örtlicher und regionaler Ebene politische Kooperativen – als Versammlung von Meinungen, nicht von Parteien – zu entwickeln. Nicht zuletzt müßten aber auch hier Schwachpunkte unserer Politik (Fluchtbewegung?) ihren angemessenen Platz finden und politisch divergierende Meinungen als gegenseitiger Lernprozeß anerkannt werden. Gegenüber traditioneller Aktionseinheitspolitik (Anti-Strauß-Kampagne) kann die Auseinandersetzung zur 1980 anstehenden Bundestagswahl in politischen Kooperativen mehr Sinn erhalten als die periodisch immer wieder auftauchenden (diversen) Wahlempfehlungen für dieses oder jenes Übel.
Die in Deutschland fehlende demokratische Tradition und das sich daraus ableitende 'verschüttete überfraktionelle Bewußtsein' (Negt), könnten hiermit (tendenziell) aufgebrochen werden. Angesichts der drohenden rechten Gefahr haben wir dies bitter nötig.

THOMAS SCHRÖDER

Auch ohne Regelanfragen in Zukunft Berufsverbote

Der Themenkomplex "Radikalenerlaß" ist gegenwärtig aus den Schlagzeilen der Presse verschwunden. Gleichzeitig ist auch bei vielen Berufsverbotegegnern eine Verunsicherung festzustellen. Ist überhaupt eine Liberalisierung eingetreten? Welche Anstellungsbehörde (Bund, Land, Gemeinden) prüft welche Bewerber nach welchen Grundsätzen?

Daß die Zweifel an der Liberalisierung des Radikalenerlasses mehr als gerechtfertigt sind, belegen einige Meldungen in der Presse aus den letzten Monaten:
Fall 1: "50 Jahre alter Postoberinspektor mußte sich zur Anhörung einfinden, weil er sich durch seine Mitarbeit in dem Marburger 'Komitee gegen die Berufsverbote' und durch den damit zusammenhängenden Ausschluß aus der SPD verdächtig gemacht hatte."
Fall 2: "Wegen seiner Mitgliedschaft in der DKP und einer Kandidatur für diese Partei bei den Landtagswahlen wurde dem Bundesbahnassistenten z.A. J. Hoffmann gekündigt."
Fall 3: "Wegen Sicherheitsbedenken, die auf ihrer ehemaligen Mitgliedschaft in der DKP fußen, wurde einer 58jährigen Münchnerin gekündigt. Sie war als Arbeiterin in einer Kantine der Bundeswehr beschäftigt."

Mickrige Liberalisierung

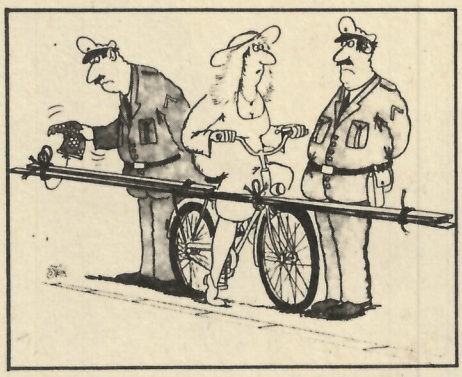
Wie "mickrig" (Spiegel) ist nun tatsächlich die Liberalisierung ausgefallen?
Zunächst einmal ist festzustellen: Die von der Bundesregierung im Januar 1979 verkündeten neuen Grundsätze zur Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gelten nur für Einstellungen bei Behörden des Bundes. Zieht man hiervon die Bundesministerien, die Bundeswehr (siehe Fall 3) und die diversen Staatsschutzbehörden des Bundes ab, weil hier wohl in aller Regel eine gesonderte "Sicherheitsüberprüfung" stattfinden wird, dann haben die neuen Richtlinien im wesentlichen nur noch für Bundesbahn und Bundespost Bedeutung. Inhaltlich lassen sie sich auf folgende Kernpunkte reduzieren:
1. Die Routineanfrage beim Verfassungsschutz fällt weg, es sei denn, daß bei dem Bewerber "tatsächliche Anhaltspunkte" für mangelnde Verfassungstreue vorliegen.
2. Im Falle von derartigen "Anhaltspunkten" darf eine Anfrage nur erfolgen, wenn die Einstellung des Bewerbers ansonsten durchgeführt würde.
3. Die Mitgliedschaft in einer Organisation mit verfassungsfeindlicher Zielsetzung allein genügt nicht für die Ablehnung.
4. Erkenntnisse, die mehr als 2 Jahre zurück liegen und nicht "von besonderem Gewicht" sind, dürfen nicht weitergegeben werden.
Gegenüber dem All-Parteien-Radikalen-Erlaß von 1972 stellen diese Richtlinien punktuell Verbesserungen dar, wobei die Abschaffung der Routineanfrage beim Verfassungsschutz sicher im Vordergrund steht. Vor einer Selbsttäuschung sei jedoch gewarnt. Auch mit den neuen Richtlinien werden die Tatbestände, die nach bisheriger Praxis überall in der BRD Zweifel an der Verfassungstreue begründeten und daher meist ein Berufsverbot nach sich zogen, nur ganz minimal eingegrenzt. Die oben angeführten Beispiele (Fall 1 u. 2) stehen daher nicht prinzipiell im Widerspruch zu den "Grundsätzen" der Bundesregierung. Die Verbesserungen liegen fast ausschließlich im formellen, nicht im materiellen Bereich.

Mit der Hervorhebung des "Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit" und der Ablehnung des Entscheidungskriteriums der bloßen Mitgliedschaft wurde eine liberale Öffnungsklausel für politische Opportunitätsüberlegungen geschaffen, die auf folgende Fallgruppen Anwendung finden dürften:
1. Bei Personen, denen kein öffentliches Auf- und Eintreten (z.B. Kandidatur oder Parteifunktion) für eine verfassungsfeindliche Or-

ganisation zugerechnet werden kann.
2. Bei Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die nicht in einem Beamtenverhältnis stehen und eine hoheitlicher Beamtentätigkeit nicht vergleichbare Funktion haben (Bundesbahnarbeiter, Putzfrau).
Inwieweit aber selbst hier die Berufsverbotepraxis zurückgedrängt werden kann, wird auch in Zukunft ganz entscheidend von der öffentlich geäußerten und organisierten Kritik am "Berufsverbotesystem" (Russell-Tribunal) abhängen.

Die Praxis der Länder

Was die Länder betrifft, so weigern sich die unionsregierten Länder prinzipiell, das ehemals vorhandene breite Einverständnis zugunsten einer Liberalisierung zu "verraten". Sie argumentieren, die Regelanfrage, die mit dem Erlaß von 1972 überhaupt erst eingeführt wurde, entspreche einem Gebot der Verfassung und könne daher nicht politischen Opportunitätsüberlegungen geopfert werden.
Lediglich die aus CDU und FDP bestehende Saar-Regierung hat die Anfragen beim Verfassungsschutz wegen deren absoluter Ineffizienz aufgegeben (seit 1972 keine Erkenntnisse, die zu Ablehnungen führten). Statt der Routineanfrage wird Bewerbern eine Liste verfassungsfeindlicher Organisationen vorgelegt (Listenmodell). Bestätigt der Bewerber, daß er nicht Mitglied einer solchen Organisation ist, kann er eingestellt werden. Wird er diesbezüglich später unwahrer Angaben überführt, kann er ohne Umschweife vom Dienst entlassen werden.
Nun kann die Haltung von CDU und CSU in dieser Frage kaum überraschen. Um so bemerkenswerter ist, wie schwerfällig und halbherzig die Liberalisierung in den sozialliberalen Ländern übernommen wird. Lediglich Hamburg und Hessen haben bisher die neuen Richtlinien übernommen. Bremen bleibt dagegen bei seinem "Koschnik-Modell". Dieses unterscheidet sich von den Grundsätzen der Bundesregierung im wesentlichen dadurch, daß bei Einstellungen in "sicherheitsempfindliche" Ämter und Dienststellungen (Polizei, Strafvollzug, Staatsanwaltschaft, Richter) und bei Bewerbern, die ihren Vorbereitungsdienst nicht in Bremen abgeleistet haben, die Regelanfrage durchgeführt wird. Die Bundesregierung hat dieses Modell ausdrücklich wegen Verfassungsbedenken abgelehnt (Verbot der Ungleichbehandlung).
In Nordrhein-Westfalen konnte (oder wollte) die SPD erst nach monatelangem Tauziehen mit dem FDP-Innenminister Hirsch die Abschaffung der Regelanfrage durchsetzen. An deren Stelle tritt nun ein grundsätzlich zu führendes "Einstellungsgespräch". In diesem Gespräch wird der Bewerber über seine "Gewährbieteverpflichtung" belehrt. Ferner hat er im Zusammenhang damit, eine schriftliche Versicherung abzugeben, daß er keine gegen die fdGO gerichtete Bestrebungen unterstützt. Die Erklärung schließt:
"Ich bin mir bewußt, daß beim Verschweigen einer solchen Unterstützung die Ernennung/der Abschluß des Arbeitsvertrages als durch die arglistige Täuschung herbeigeführt angesehen wird. Arglistige Täuschung führt zur Zurücknahme der Ernennung/Anfechtung des Arbeitsvertrags."
Ziel dieser "Hirsch-Variante" der Liberalisierung ist es, das Disziplinarrecht der Beamten mit seinem rechtsstaatlich formalisierten (und damit eingeschränkten) Entlassungsverfahren leerlaufen zu lassen. Da nach aller Erfahrung die Verfassungsschutzämter festlegen, was "verfassungswidrige Bestrebungen" sind, wird jede oppositionelle Aktivität zu einem insoweit unwägbaren Risiko für einen, der sich im öffentlichen Dienst bewerben will. Das Moment an Verunsicherung, welches durch den Wegfall der Routineanfrage verschwindet, kommt geradewegs durch die Hintertür wieder herein.



Natürlich weiß ich, daß da eigentlich eine rote Fahne drangehört. Aber meinen Sie, ich will mir meine Beamtenlaufbahn vermasseln?

Auch der Berliner Senat ließ Monate verstreichen, bis er das Wahlversprechen der Koalitionsparteien einlöste, nämlich die Regelanfrage abzuschaffen. Ab 1.8.1979 soll auch die Senatskommission zur Prüfung der Verfassungstreue von Bewerbern ihre Tätigkeit einstellen. Zu besonderen Querelen könnte es hier aber noch kommen, weil die allgemeine Personalhoheit bei den Bezirksbürgermeistern liegt. Von den 12 hält die CDU genau die Hälfte besetzt. Diese haben sich schon deutlich dagegen ausgesprochen, von der "bewährten Praxis" abzuweichen.
Es zeigt sich, daß auch die Sozialliberalen erhebliche Schwierigkeiten haben, die ansatzweise Liberalisierung in den eigenen Reihen durchzusetzen. Die Gegner der Berufsverbote sollten sich von den Ablenkungsmanövern aus den Reihen der Sozialliberalen nicht irritieren lassen, die alle Schwierigkeiten, die es nach wie vor mit Berufsverboten gibt, auf die "Halsstarrigkeit" der CDU/CSU zurückführen wollen.

Immer noch: Vordemokratisches Beamtenrecht

Die Schwierigkeit liegt eben gerade in der Halbherzigkeit der Liberalisierung der Berufsverbotepraxis: Nach wie vor bleibt eine Prüfung der Verfassungstreue zumindest bei Beamten und Angestellten grundsätzlich entsprechend der Gewährbiete-Klausel (der Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst muß Gewähr dafür bieten, daß er jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung eintritt) erforderlich. Nach wie vor auch erstreckt sich die Beurteilung der Verfassungstreue auf dienstliche und außerdienstliche Verhalten. Dabei zeigt sich auch die Tendenz, daß die Prüfung der Verfassungstreue effektiver gestaltet werden soll, daß die Prüfung in die Vorbereitungs- und Probezeit verlagert wird, wo die Prüfung im Gegensatz zu der allumfassenden Regelanfrage dann nur noch die erfaßt, die auch tatsächlich in den öffentlichen Dienst wollen. Als Konsequenz hieraus würde sich eine Verschärfung des Disziplinarrechts bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung der beamtenrechtlichen Treuepflicht ergeben.
Nach wie vor wird im Bereich des materiellen Rechts auch an der Einzelfallprüfung festgehalten, die den Betroffenen keine eindeutigen Kriterien über das von ihm erwartete Verhalten an die Hand gibt und den Behörden einen weiten Entscheidungsspielraum hinsichtlich des von einem Beamten zu erwartenden Maßes an Treue gegenüber der Verfassung und dem Staat bei verschiedenen Gruppen von Beamten in verschiedenen Funktionen möglich.
Nach wie vor ist also das Beamtenrecht (und damit zumindest mittelbar das Recht der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst) von einem vordemokratischen Beamtenrecht geprägt, das in den von einer autoritären Staatsideologie geprägten "hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums" seinen Ausdruck gefunden hat. Dies ist jedoch auch in einem liberalen Spektrum, das sich mit dem Erreichten nicht zufrieden geben will, bemerkt worden. So wurde von den Jura-Professoren Ilse Staff und Jürgen Baumann sowie dem Richter am Bundesgerichtshof Racken im Auftrag der "Gustav Heinemann-Initiative" ein Änderungsvorschlag für das Beamtengesetz vorgelegt. Dieser sieht vor, daß die Gewährgebiete-Klausel aus dem Beamtenrecht verschwindet und daß lediglich das "äußere Verhalten" eines Bewerbers oder Beamtenanwärters noch als Beurteilungsmaßstab für die Verfassungstreue eines Beamten genommen wird.
Die weitere Arbeit gegen die Praxis der Berufsverbote wird sich (neben der notwendigen Beobachtung der uneingeschränkten Definitionsmacht des Verfassungsschutzes) also auch darauf konzentrieren müssen, den Anspruch auf volle Freiheit zur Ausübung aller Grundrechte für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst durchzusetzen (Prof. Staff: "Gewähr bieten im Sinne des Grundgesetzes ist die Wahrnehmung individueller Grundrechte").

HILMAR HOPPE

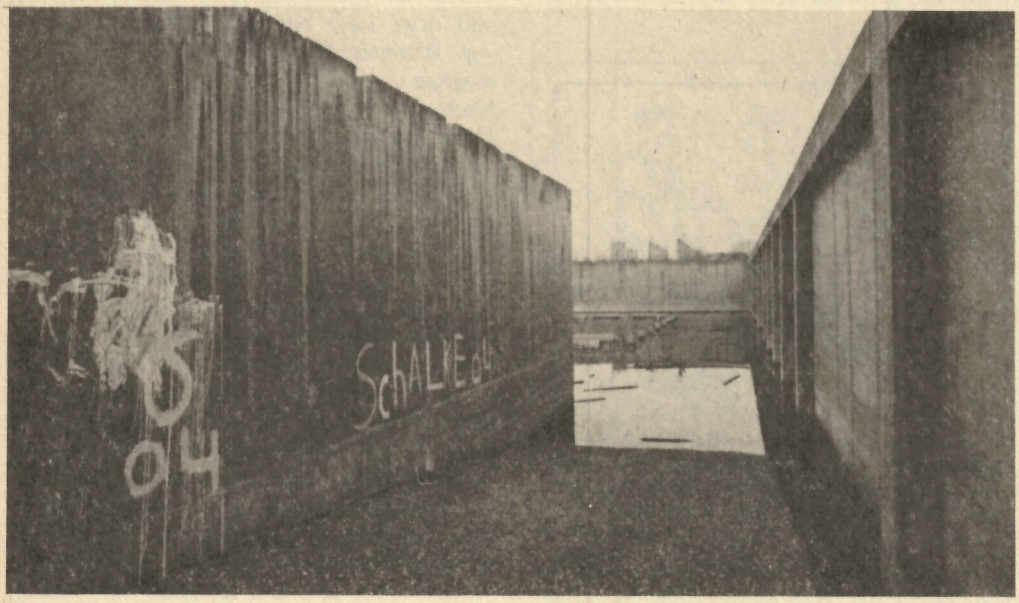
90 a-Prozeß in Hamburg?

In Hamburg wird ein Prozeß wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 90 a des Strafgesetzbuches (Verunglimpfung von Staatsorganen) eröffnet. Angeklagt sind Maria Jarowoy, Mirka Hertel und Birgit Soffel. Worum geht es?
Anläßlich der Jährung der Tode von Stammheim fand im letzten Oktober eine Demonstration statt: Dabei wurde die offizielle Selbstmordthese nicht nur angegriffen, sondern zudem behauptet, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Karl Raspe seien "vom Staatsschutz ermordet worden". In Erinnerung sind die Diskussionen, die sich an die allzu schnelle Feststellung der damals amtierenden Innenminister – es handle sich eindeutig um Selbstmord – anknüpften (vgl. auch "links" Nr. 93, 94, 98). Selbst nachdem der Untersuchungsbericht vorlag, gab es Stoff genug, Skepsis gegenüber dessen Resultat walten zu lassen. Doch handelt es sich nicht darum, die "Selbstmord"/"Mord"-Kontroverse erneut in Gang zu setzen. Vielmehr darum, wie sich die Staatsorgane ihrer Kritiker entledigen will: durch Kriminalisierung. Dabei spielt sicher eine Rolle, daß in den bisher stattgefundenen Prozessen, in denen Delikte nach den Gewaltparagraphen verhandelt wurden, die anklagenden Staatsanwaltschaften eher empfindliche Schlappen erlitten (so etwa in den "Mescalero"-Prozessen). Vorzugsweise an weniger bekannten Angeklagten soll nun die Geltung der Paragraphen demonstriert und so zum Alltag werden. Der Prozeß beginnt am 18. Oktober.

JÜRGEN SCHMIDT

Die Krise des Ruhrgebiets

II. Teil



Bei der redaktionellen Überarbeitung des Beitrags "Krise des Ruhrgebiets" waren Wunsch und Phantasie an einer Stelle leider Väter des Gedankens. Bedauerlicherweise gibt es keine 400 Initiativen, in denen die Bewohner des Ruhrgebiets ihre Lebensbedingungen verteidigen, sondern bedeutend weniger. Wir bitten für unsere Wünsche um Nachsicht.

DIE REDAKTION

Die Ruhrgebietskonferenz und die Folgen

Vor dem Hintergrund der im 1. Teil beschriebenen struktur- und beschäftigungspolitischen Probleme und unter dem Eindruck bevorstehender Kommunal-, Land- und Bundestagswahlen zeichnet sich seit dem Frühjahr dieses Jahres eine neue Orientierung staatlicher Strukturpolitik im Ruhrgebiet ab.

Die im Mai durchgeführte "Ruhrgebietskonferenz", eine Mammut-Show regionalpolitischer Prominenz ohne jeglichen inhaltlichen Stellenwert, bildete die publikumswirksam arrangierte Kulisse für die politische Selbstdarstellung der Landesregierung und der Ruhrgebietsoberbürgermeister.

Die strukturpolitischen Weichen waren bereits gestellt. Lautete das Motto aller strukturpolitischen Programmatiken der 60er und 70er Jahre – wie in Teil 1 (vgl. "links" Nr. 114, September 1979) dargestellt – "Ansiedlung von 'Wachstumsindustrien' ", "Diversifikation der Wirtschaftsstruktur " u.ä., so wird jetzt von kompetenter Seite "vor der Vorstellung gewarnt, daß es für die Umstrukturierung eines in Jahrzehnten gewachsenen Industriegebietes eine Wunderwaffe geben könnte." (NRW-Wirtschaftsminister Riemer)

Hinter solchen wohlgemeinten Warnungen vor Wunderwaffen verbirgt sich die sang- und klanglose Abkehr von den weitgehend vergeblich angestrebten Zielen der Umstrukturierung der Ruhrgebietswirtschaft. In einer Mischung aus strukturpolitischer Ratlosigkeit und einem Anflug autarkieseliger energiepolitischer Visionen wird das Revier heute als "Energiezentrum" der BRD wiederentdeckt. Vergessen sind die 300.000 vernichteten Arbeitsplätze und die hundert geschlossenen Schachtanlagen zwischen Dortmund und Duisburg; wieder ist der Bergmann aufgerufen, das Abendland – einschließlich des Ruhrgebietes – zu retten ...

Dies ist die einfache Logik des auf der Ruhrgebietskonferenz vorgestellten Maßnahmepaktes: Ausbau des Energiesektors und Innovation der Montanindustrien, "Lösung" des Beschäftigungsproblems durch Arbeitsbeschaffungsprogramme und Ankurbelung der Bauwirtschaft. Kein Wort mehr von der Ansiedlung von Wachstumsindustrien", "Diversifikation" usw. ...

Kraftwerkssanierungsprogramm – Erneuerung des Montansektors

Der wichtigste Posten der Ruhrgebietskonferenz war das "Kraftwerkssanierungsprogramm" (rund 1 Milliarde DM) für den Bau von 5 bis 6 neuen Kraftwerken mit einer Gesamtleistung von ca. 4.000 Megawatt.

Unter den geplanten Kraftwerken ist auch der Kraftwerkskoloß in Voerde mit 1.400 Megawatt, der zusätzlich zu einem bestehenden Kraftwerk von 700 Megawatt gebaut werden soll. Diese größte Zusammenballung von Kraftwerkspotential in der Bundesrepublik wird ausgerechnet in die ohnehin am stärksten umweltgefährdete Ecke dieses Landes, nämlich den Raum Duisburg, gebaut.

Aus wahltaktischer Opportunität wird zwar augenblicklich nur von Kohlekraftwerken gesprochen, doch weist der Landesentwicklungsplan VI der Landesregierung auch Standorte für Kernkraftwerke im Bereich des Ruhrgebietes aus. Nachdem der Ruhrgebietsklerus unlängst seinen Segen zum Ausbau der Kernkraft gab und Katastrophen wie in Harrisburg in die Nähe göttlicher Fügungen rückte, kann sich nun auch wieder die Atomlobby des Reviers zu Wort melden: gefordert wird die Genehmigung für den Bau des 1.300 Megawatt-Kernkraftwerkes bei Hamm. VEW-Chef Knizia: "Ohne Kernkraftwerke wird das Revier in der Stromversorgung zur Hochpreisinsel!" Und welche strukturgefährdete Region könnte sich das schon leisten?

Mit dem Kraftwerkssanierungsprogramm sollen mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden:

- über die Verstromungsgarantie soll der langfristige Absatz der Ruhrkohle gesichert werden (ca. 1/3 der Kohleförderung wird verstromt),
- über den forcierten Kraftwerksbau soll der Stahlsektor und seine Verbundindustrien im Produktions- und Investitionsgütersektor "Anreize" erhalten (ein Großteil der bundesrepublikanischen Kraftwerksbauer produzieren im Ruhrgebiet),
- von den erhöhten Produktionsziffern beim Stahl wird wiederum eine erhöhte Nachfrage nach Ruhrkohle erwartet,
- die Vorhaltung eines industriefreundlichen und billigen Energieangebotes soll insgesamt die Attraktivität der Region steigern: das Ruhrgebiet als Energiezentrum der Nation.

Ergänzt wird das Kraftwerkssanierungsprogramm durch die massive öffentliche Forschungsförderung im Montanbereich, vor allem im Bereich der Kohleveredelung und Stahlverarbeitung. In Dorsten wurde unlängst eine Großversuchsanlage für die Kohlevergasung in Betrieb genommen; in Bottrop ist eine Versuchsanlage für die Kohlehydrierung (Benzinherstellung) im Bau. 650 Millionen DM lassen sich Bund und Land diese Projekte kosten.

Die strukturpolitische Zielrichtung all dieser Maßnahmen ist eindeutig: es geht um die Modernisierung und Innovation des Montansektors und der Energiewirtschaft.

Lösung der Ruhrgebietsprobleme?

Die Folgen dieser strukturpolitischen Rückkehr zum Montansektor und der forcierte Ausbau des Energiesektors sind schwerwiegend:

- Zunächst wird die monostrukturelle Abhängigkeit der Region von den Montansektoren und seinen Verbundindustrien bzw. dendarin angebotenen Arbeitsplätzen festgeschrieben, sogar weiter wachsen. In der Vergangenheit haben technologische Innovationsschübe, rigorose Intensivierung der Arbeit und wirtschaftssektorale Probleme zur massenhaften Vernichtung von Arbeitsplätzen geführt (vgl. Teil 1). Diese Entwicklung, die sich – wie aufgezeigt – nicht nur auf den Bergbau und die Eisen- und Stahlindustrie beschränkt, ist noch nicht abgeschlossen und es ist nicht zu erwarten, daß die strukturpolitische Förderung des Montanbereiches à la Kraftwerkssanierungsprogramm den Prozeß aufhalten oder gar umkehren kann.

Die Milliarden dieses Postens der Ruhrgebietskonferenz werden – ebenso wie das 500 Millionenprogramm zur Arbeitsbeschaffung in den 21 Arbeitsamtsbezirken mit einer Arbeitslosenquote von 6% und mehr – zu einer vorübergehenden konjunkturellen Entlastung des Arbeitsmarktes führen – vor allem im Bereich der qualifizierten Facharbeiter. Die anhaltend hohen, z.T. wachsenden Arbeitslosenzahlen im Bereich der sogenannten "Problemgruppen" des Arbeitsmarktes weisen darauf hin, daß durch diese Programme lediglich die mo-

bilen und jüngeren Teile der Arbeitskraft-Reservearmee mobilisiert werden; die Sicherung dauerhafter Arbeitsplätze für alle erwerbsfähigen Teile der Bevölkerung ist damit ebensowenig erreicht wie die Lösung der strukturpolitischen Aufgaben im Ruhrgebiet. Was kommt nach den über 2 Jahre laufenden Arbeitsbeschaffungsprogrammen?

- Schwerwiegende ökologische Folgen hat das Konzept, das Ruhrgebiet als "Energiezentrum der Bundesrepublik" auszubauen. Dabei geht es nicht nur um die zu wenig bekannte Gefahr globaler klimatischer Veränderungen, die – wie kürzlich von amerikanischen Wissenschaftlern aufgezeigt – durch den zunehmenden CO_2-Gehalt der Atmosphäre infolge der Verbrennung fossiler Brennstoffe entstehen. Ganz konkret zeigt sich die Gefährdung des Lebensraumes Ruhrgebiet durch die wachsenden Flächenansprüche des Bergbaus und der Energiewirtschaft. Und zwar in mehrfacher Hinsicht:

Zum einen liegen die für den Abbau vorgesehenen Lagerstätten im Bereich der nördlichen Ballungsrandzone, die zum großen Teil Naherholungsfunktion für die Bevölkerung des Ballungskernes wahrnimmt. Hunderte von Hektar im Naturpark Hohe Mark sind für die Niederbringung von Förder- und Wetterschächten verplant.

Dazu kommen die Flächenansprüche des Bergbaus für die Lagerung des bei der Kohlegewinnung anfallenden Abraums (sog. Bergehalden). Da die Ruhrkohle AG aus "Wirtschaftslichkeitsgründen" nur einen geringen Anteil des anfallenden Abraums wieder unter Tage verfüllt, donnern Tag und Nacht unzählige Schwerlasttransporter durch die Straßen der Ruhrgebietsstädte. Letzte freie Areale sollen mit Bergehalden zugekippt werden.

Bereits heute existiert im Ruhrgebiet eine Initiativbewegung gegen die Zerstörung der Landschaft und die ständigen Lärmimmissionen durch Bergetransporte, die der für die Erhaltung von Arbeitersiedlungen vergleichbar ist. Angesichts der Pläne der Ruhrkohle AG, die Förderung der Kohle bis 1990 um 25% zu erhöhen, läßt sich die wachsende Bedeutung des Bergehaldenproblems erkennen.

In diesen sich abzeichnenden beschäftigungspolitischen und ökologischen Problemen "einen großen Sprung nach vorne" (NRW-Ministerpräsident Rau) zu erkennen, fällt wahrlich nicht einfach.

Dokumentation

Dokumentation über die Auseinandersetzung zur Satzungsänderung und der Entlassung und Wiedereinstellung des IG Chemie-Geschäftsführers Patschkowski. Die Dokumentation ist gegen Voreinsendung von DM 10,-- + DM 2,-- Porto (Briefmarken/V-Scheck) zu beziehen über: Redaktion "express", Postfach 591, 6050 Offenbach 4.

Eine alternative Politik für das Ruhrgebiet?

Gegenwärtig gibt es im Ruhrgebiet eine fast unüberschaubare Anzahl unterschiedlicher Initiativen, deren gemeinsamer Nenner der Kampf für die Erhaltung bzw. Verbesserung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse im Revier ist:

- Arbeiterinitiativen zur Erhaltung der alten Werkskolonien, deren Hauptziel heute die Verhinderung der spekulativen Privatisierung und sozialen "Umwidmung" der Siedlungen ist;
- Mieterinitiativen, die gegen die spekulative Zerstörung von Wohnraum in den Innenstadtrandgebieten ("Sanierung") und gegen die Privatisierung von Sozialwohnungen kämpfen;
- sozial-kulturelle Initiativen für stadtteilbezogene Kulturzentren ("Volkshäuser") und selbstverwaltete Jugendzentren;
- Initiativen im Sozialisationsbereich für die Einrichtung von Kinderspielplätzen, Gesamtschulen usw.
- Initiativen im Kommunikations- und Kulturbereich für Stadt(teil)zeitungen, "alternatives" Theater usw.;
- Umwelt-Initiativen zur Erhaltung von Grünzügen und letzte Naturreservate, gegen Bergetransporte und Industrieemmissionen, gegen Kraftwerks- und Autobahnbau.

Trotz des Fehlens einer breiteren linksintellektuellen bürgerlichen Schicht, die i.a. als der soziale Träger von Bürgerinitiativen hingestellt wird, hat sich im Ruhrgebiet in den letzten Jahren ein Spektrum kommunalpolitischer Initiativen gebildet. Ihr Einfluß ist in vielen Fällen nicht gering, da sie von zahlreichen Betroffenen, darunter viele Gewerkschafts- und SPD-Mitglieder getragen werden und sich breiter Zustimmung in der Bevölkerung sicher sein können.

Trotzdem existiert die Bürgerinitiativbewegung nicht als regionale oder nur kommunale politische Organisation und es ist auch nicht absehbar, daß sich kommunalpolitische Bündnisse wie die Alternative Liste Berlin oder Bunte Liste Hamburg zu den bevorstehenden Wahlen bilden. Zwischen den einzelnen lokalen Initiativen besteht eher ein gelegentlich-zufälliger und praktischer Kontakt als ein politisch-organisatorischer Verbund.

Dennoch ist das breite Spektrum von parteipolitisch nicht gebundenen Bürgerinitiativen heute im Ruhrgebiet die wichtigste politische Kraft im Kampf gegen Umweltzerstörung und Arbeitsplatzvernichtung, Wohnungsspekulation und die Zerstörung eigener sozio-kultureller Räume ("Nischen-Nutzungen") in der Stadt.

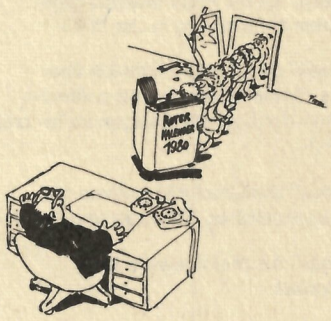
So eindeutig der kommunalpolitische Bezug der meisten Basisinitiativen im Revier ist, so problematisch ist in vielen Fällen das Verhältnis zum betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich – ein Phänomen, das aus der Bürgerinitiativbewegung nur zu bekannt ist.

Von einer grundsätzlichen Gewerkschaftsfeindlichkeit zu reden ist dabei ebenso falsch wie die tatsächlichen und scheinbaren Gegensätze zwischen Bürgerinitiativen und jenen Kräften in den Gewerkschaften zu leugnen, die allzu reibungslos in das kommunal- und regionalpolitische Machtkartell aus Montanwirtschaft, SPD und Verwaltung eingebunden sind.

Die solidarische Anteilnahme (z.B. am Hungerstreik der Rheinpreußen Bewohner für den Nicht-Verkauf ihrer Siedlung) und aktive Teilnahme vieler Gewerkschaftsmitglieder an Umweltinitiativen (z.B. gegen Bergehalden und Autobahnbau) und der Kampf der ÖTV in verschiedenen Städten des Ruhrgebietes gegen die Arbeitsplatzvernichtung im öffentlichen Dienst ... sind nur einige Beispiele dafür, daß die kommunalpolitische Bedeutung gewerkschaftlicher Politik zunehmend erkannt wird. Dies bedeutet aber gleichzeitig

Rotbuch

Roter Kalender 1980
gegen den grauen Alltag
192 Seiten, Plastikband, DM 4.50



Rotbücher Literatur:

Monikalisa Stern
Am weißen Sonntag trugen Mädchen schwarze Lackschuhe
Rotbuch 211
ca. 128 Seiten · ca. DM 12

Bodo Morshäuser
Alle Tage
Gedichte
Rotbuch 212
72 Seiten · ca. DM 8

Tilbert Stegmann (Hg.)
Diguem no - Sagen wir nein!
Lieder aus Katalonien
Rotbuch 214
ca. 160 Seiten · ca. DM 12

Stefan Schütz
Heloisa und Abaelard
Antiope und Theseus
Odysseus' Heimkehr
Rotbuch 216
ca. 160 Seiten · ca. DM 12

György Dalos
Meine Lage in der Lage
Gedichte und Geschichten
Rotbuch 218
80 Seiten · ca. DM 9

aus der Reihe:

Peter-Paul Zahl
Die Glücklichen
Schelmenroman
ca. 528 Seiten · ca. DM 29
Kein 'Knastroman', sondern ein Schelmenroman, an dem Zahl im Knast sechs Jahre lang gearbeitet hat. Geschrieben aus der Haltung des Schelmen, der Masken aufsetzt und abnimmt, sich nicht festlegt und keine Identifikation erlaubt - eine Eulenspiegelei, die den Leuten den Spiegel vorhält und die Wahrheit sagt, ohne sich ans Wahrscheinliche zu halten.

Mehr Informationen über unsere Bücher stehen im kostenlosen Almanach 'Das kleine Rotbuch', Postkarte genügt:
Rotbuch Verlag
Potsdamer Str. 98 · 1 Berlin 30

express
Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit

„express" ist die erste unabhängige Gewerkschaftszeitung in der BRD.

„express" berichtet ausführlich über Streiks, Betriebskämpfe und politische Aktionen der Lohnabhängigen im In- und Ausland.

„express" diskutiert Alternativen zur gewerkschaftlichen Strategie und Politik.

„express" erscheint jeweils Mitte des Monats.

Aus der September-Ausgabe:

Jakob Moneta
Geschichte über Weimar:
Leichen im Keller

Edgar Weick:
Strauß will die Gewerkschaften erpressen. Strauß CGB & Co.

Egbert de Vries:
Klassenmedium Fernsehen.
Der Knatsch um den NDR.

A.D. Timm:
IG Chemie gegen Frankfurter Rundschau.
Personalkonflikte in der IG Chemie;
Die Mehrheit räumt auf.

Rolf Schwendter:
Selbstverwaltete Betriebe

Plakat-Gruppe:
Gemeinsam gegen Datenerfassung bei Daimler-Benz Stuttgart.

Außerdem ...
Die verbotene Anti-Kriegs-Broschüre des DGB.
Die französische Arbeiterklasse vor einer Niederlage?
Arbeiterkultur: Kultur ist auch der Knick im Sofakissen.
Alltägliche Nachrichten
und vieles mehr.

Probeexemplare und Bestellungen:
Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach 4, Postfach 591

☐ bitte schicken Sie mir kostenlos Probeexemplare des "express"

☐ ich abonniere den "express" (ab August 1979, Bezugspreis DM 10,-- einschließlich Versandkosten)

eine innergewerkschaftliche Problematisierung der Rolle und Politik von "Mehrfachfunktionsträgern".

Gewerkschaftspolitische Vorstellungen zu einer Strukturpolitik

Es scheint, als würde die bisherige offizielle strukturpolitische Linie des DGB im Ruhrgebiet unter dem Eindruck anhaltender Arbeitsplatzvernichtung noch am ehesten vom DGB-Landesbezirk in Nordrhein-Westfalen kritisch überprüft werden. Die bisherige Strukturpolitik des DGB ist gekennzeichnet durch nahtlose Übereinstimmung mit der strukturpolitischen Formel: Produktivitätssteigerung = Wachstumssteigerung = Vollbeschäftigung = Wohlstand. 1974 klagte der damalige DGB-Vorsitzende in NRW Peter Michels noch über die Montanindustrie: "Auch der technische Fortschritt wird nur zögernd genutzt und Rationalisierungsinvestitionen werden nur unterdurchschnittlich vorgenommen". 1977 erklärt der damalige DGB-Vorsitzende schon etwas zurückhaltender: "Strukturelle Arbeitslosigkeit, in zunehmendem Maße auch durch technischen Fortschritt bedingte technologische Arbeitslosigkeit, machen deutlich, daß durch Wachstumspolitik die Vollbeschäftigung nicht wiederhergestellt werden kann."
Freilich läßt sich mit vorsichtigen verbalen Korrekturen, wie sie sich etwa im Schlagwort von der "sozialen Beherrschung der Produktivitätsentwicklung" (Vorschläge des DGB zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung) ausdrücken, noch keine alternative Strukturpolitik machen. Noch sucht der DGB den aussichtslosen Weg zwischen Wachstumsgläubigkeit und Wachstumskritik.
Das historische Problem des DGB – nicht nur in Nordrhein-Westfalen, speziell im Ruhrgebiet ist es, nach wie vor die Rationalität kapitalistischer Ökonomie zu akzeptieren und diese Wirtschaftsform gleichzeitig in der Kritik ihrer asozialen Folgen zu negieren. Dieser Zwiespalt wird heute gewerkschaftspolitisch und sozialpolitisch immer problematischer.
In Nordrhein-Westfalen ist der DGB in diesem Widerspruch zwischen Wachstum und Produktivitätssteigerung: ja – Produktivitätssteigerung und Arbeitsplatzvernichtung: nein – strukturpolitisch gelähmt, was sich nicht zuletzt in der vollständigen konzeptionellen Abstinenz des DGB zur Ruhrgebietskonferenz äußerte. Die hierfür vom DGB-Landesvorsitzenden Siegfried Bleicher vorgetragene "Erklärung", es fehle noch eine fundierte Analyse darüber, ob die Probleme des Ruhrgebietes konjunktureller oder struktureller Art seien, kann nicht überzeugen; ebensowenig wie die Forderung nach einem "Zukunftsprogramm Ruhr" für die achtziger Jahre. Seit Jahren verschiebt der DGB das Problem einer arbeitnehmerorientierten Strukturpolitik im Ruhrgebiet durch die nimmermüde Forderung nach "geschlossenen und langfristigen Konzepten" (Bleicher) sowie durch die institutionelle Formalisierung des Problems in Form von Forderungen nach "Strukturräten" (1973), "Wirtschafts- und Sozialräten" (1974), "paritätisch besetzte Arbeitsmarktkonferenzen" (1977), einen "Landesbeauftragten für Vollbeschäftigung" (1979) usw.
Soweit der DGB Einzelmaßnahmen vorschlägt, die er i.a. im selben Atemzug unter Hinweis auf die Notwendigkeit eines Gesamtprogrammes relativiert, unterscheiden sie sich kaum von dem, was man parteiübergreifend aus aller Munde hört.
So richtig die Forderung nach einer fundierten Analyse der Strukturprobleme des "Reviers" ist, sowenig kann dadurch die Notwendigkeit einer alternativen, arbeitnehmerorientierten Strukturpolitik des DGB ersetzt werden.
Gerade in einer Phase, in der sich die Parteien für kurzfristig erfolgsorientierte Subventionsprogramme mit Blick auf die Wahlen überschlagen, kann sich der DGB nicht die hilflose Forderung nach Grundsatzanalysen leisten und die konkrete strukturpolitische Weichenstellung den herrschenden Interessen im Ruhrgebiet überlassen. **ULI HELLWEG**

Indochina

Kambodscha

Mangel an Information kennzeichnet die gegenwärige Diskussion über die Verhältnisse in Indochina. Wir wollen versuchen, außer den politischen Problemen, die durch Vertreibungen und Massenflucht für uns gestellt werden, auch Nachrichten und Analysen über Indochina zu veröffentlichen, die in den Leitartikeln und Kommentaren der westlichen Medien unterzugehen drohen. Der folgende Beitrag untersucht das vorkoloniale und koloniale Erbe Kambodschas im Unterschied zu Vietnam und kritisiert die Politik der Roten Khmer nach dem Abzug der Amerikaner.

Die vorkoloniale Struktur

Sowohl Vietnam als auch Kambodscha waren bis zur Kolonialzeit Subsistenzwirtschaften. Der Wirtschaftskreislauf dieser Systeme bestand im wesentlichen aus zwei Polen: die Reisbauern und der Herrschaftsapparat, personifiziert in König oder Kaiser.
Handwerk wurde hauptsächlich für die Bedarfsdeckung und als Luxusproduktion für den Herrscher betrieben, während Handelseinnahmen durch hohe Besteuerungen von dem Regierungsapparat – wesentlich Hofapparat – abgeschöpft wurden. Grundbesitz wurde als Apanage für die buddhistische Klostergemeinde (Vietnam bis 1428, Kambodscha) oder für das Mandarinat (Vietnam nach 1428) vergeben. Wie Barrington Moore feststellt, fehlt der europäische Typ des Feudalismus und damit auch eine wesentliche Voraussetzung für die Konzipierung sozialer Beziehungen als Gesellschaftsvertrag. Wenn man den sozialen Beziehungen in diesen Subsistenzgesellschaften einen ähnlichen juristischen Begriff zugrunde legen wollte, wäre es am ehesten der eines Überlebensversicherungsvertrages. Die konfuzianistische und die buddhistische Ausdeutung der Beziehung Herrscher-Beherrschte nehmen diesen Begriff, wenn auch religiös-metaphorisch formuliert, auf. Der Kaiser in Vietnam regierte kraft des "Mandats des Himmels", das allerdings zu Hungersnotzeiten als verwirkt galt. Nach konfuzianistischer Ethik hatten die Bauern dann das Recht zur Revolte, die zur Auswechslung des Herrschers führen konnte ... und zum Fortbestand des Systems. Zusammen mit dem im Prinzip jedem Staatsangehörigen möglichen Aufstieg ins Mandarinat durch das Prüfungssystem war dies der einzige – politische – Erhaltungsmechanismus des Systems.
Die Herrschaftsideologie des kambodschanischen Königtums entwickelte sich vom hinduistischen Prinzip des Gottkönigs (devaraja) während der Angkor-Zeit zum mahayana-buddhistischen Boddhisattva (auf dem Wege zur Erleuchtung) und im 15. Jahrhundert zu einer wohlfahrtsdespotischen Konzeption des Königtums im Theravada- oder Hinanayana-Buddhismus. Diese ideologischen Wandlungen von jenseitiger zur diesseitigen Ausdeutung widerspiegeln gesellschaftliche Veränderungen, die u.a. ein Rückgang der Fronleistungen (Tempelbau in Angkor) zwecks erhöhter Mobilisierung der Untertanen für die Verteidigung des Staatswesens beinhalteten. Der patriarchalische Charakter der Herrschaftsbeziehungen tritt schon deutlich aus dieser sehr gerafften Darstellung hervor. Der Kolonialismus griff in diese personifizierte und von einer Subsistenzethik geprägte Wahrnehmungsstruktur zerstörerisch ein. "So scheint die alte Anschauung, wo der Mensch, in welcher bornierten nationalen, religiösen, politischen Bestimmung auch immer als Zweck der Produktion erscheint, sehr erhaben zu sein gegen die moderne Welt, wo die Produktion als Zweck des Menschen und der Reichtum als Zweck der Produktion erscheint" (Marx, Grundrisse). Freilich muß hier schon einer weit verbreiteten Meinung entgegengetreten werden, wonach der Widerstand der Bauern gegen die Modernisierung als reine Fortschrittsfeindlichkeit und Rückständigkeit betrachtet wird. Das Eindringen des Kolonialismus und damit des Weltmarkts verletzte nicht nur ethische und personifizierte Vorstellungen, sondern zerstörte auch die tatsächliche Subsistenzbasis der Bauern, ohne alternative Beschäftigung in der Industrie zu erzeugen.
Sozialisationswirksam wurde diese Herrschaftsideologie allerdings nicht etwa durch Verinnerlichung ethischer Grundsätze, sondern primär durch tagtägliche Rolleneinübung im unmittelbaren Milieu. In Vietnam wurden die intrafamiliären Verhaltensregeln exakt nach dem streng hierarchisierten Staatsmodell geordnet. In der Familie lernten die chinesischen und vietnamesischen Menschen, wie sie sich gegenüber dem Vater/Kaiser zu verhalten und wie sie den Staat in der Person des Kaisers wie einen Vater zu fürchten und zu lieben hatten. Andererseits war die unmittelbar auf Subsistenz aller unmittelbaren Mitproduzenten abgestimmte soziale Institution – das Dorf – eine Art egalitären und demokratisch verwalteten Versicherungsverbands.
In Kambodscha der diametrale Gegensatz! Hier bestimmten auch nach Einführung des Theravada-Buddhismus als Staatsreligion Elemente des hinduistischen Kastensystems weiterhin die dörfliche Struktur. Während das vietnamesische Dorf nach außen hin ("Die Macht des Kaisers endete an der Grenzmauer des Dorfes", lautet ein vietnamesisches Sprichwort) als egalitäre Einheit auftrat, reproduzierten sich innerhalb des kambodschanischen Dorfes mehr oder weniger die Herrschaftsverhältnisse im Rahmen des Staates. Zentrum des Dorfes war die buddhistische Pagode. Buddhistische Bettelmönche übernahmen den kostenlosen Unterricht der Kinder und weitere soziale Funktionen. Notable überwachten die Ausübung der staatlichen Gewalt. Das Familienleben wies dagegen weitaus demokratischere Formen auf als in Vietnam. Produktionseinheit und Versicherungsinstitution in Kambodscha war die Familie, in der Frauen zum Beispiel beerbbar waren und den Kindern ein großes Maß an Freiheit gelassen wurde.
Diese soziale Struktur ist es denn auch wohl, die, statt des Buddhismus, wie in folgendem Zitat gemeint, für den politischen "Quietismus" bestimmend war: "Der kambodschanische Bauer ist einer der seltenen Bauern in der Welt, der nicht heftig nach Land begehrt (Land ist übrigens reichlich vorhanden). Einem Volk, dem eine gewisse Grundneigung zu primitiver Gewalt eigen ist, hat der Buddhismus seine Lehre der Gewaltlosigkeit und der Liebe zu allen Lebewesen auferlegt. Aber der Buddhismus hat dem Khmer, wenn er auch sonst keine besondere Neigung dazu verspürt, auch die Lust an der Leistung genommen. Man begreift daher, daß der Buddhismus aus dem Kambodschaner ein Wesen gemacht hat, das sich wenig für die harten Bedingungen des modernen Wirtschaftens eignet: Er hält die Anstrengung für falsch und zeigt kaum Interesse an Gewinn." (Jean Delvert, Le Paysan Cambodgien)
Sicherlich hat auch der Buddhismus zur Prägung dieser Persönlichkeit beigetragen. Zum Beispiel zog noch 1971 der Rekrut der Lon Nol-Armee mit Kind und Kegel in den Krieg (Christian Hovelaque, Le Monde, 5 u. 6 Dezember 1971). Aber auch aus der Logik der Subsistenzwirtschaft ergab sich unter der Bedingung einer geringen Bevölkerungsdichte und daher sehr verringerter Gefahr der Hungersnot (außer in Kriegszeiten) nicht die Konsequenz der Revolte, wie sie dann aber wohl 1966 in Battambang (Reisprovinz) eintrat, als in Kambodscha jene Entwicklung sich anzu-

*** Konkurrenz & andere Geschichten * Lebensstationen * Zartes im Betrieb * Fantasie kennt keine Grenzen * Berufsschwuler oder Freizeithomo * Der NEUE Mann - Soll & Haben ***

204 Seiten 11 Mark
az - Verlag
Schleusenstraße 17
6 Ffm

deuten begann, die in Vietnam mit der Kolonialisierung eingesetzt hatte: die Aushöhlung der ökonomischen und sozialen Subsistenzbasis.

Die Kolonialisierung

Die französische Kolonialherrschaft über Kambodscha, die 1946 zu Ende ging, ließ diese Strukturen im Gegensatz zu denen Vietnams weitgehend unangetastet. "Die französische Herrschaft hatte Kambodscha wie auch Vietnam (das in zwei Kolonien, Tonking und Cochinchina, und ein Protekorat Annam in Zentral-Vietnam aufgeteilt wurde) und Laos zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt, die den Namen Indochinesische Föderation erhielt; innerhalb dieser richtete sich die wirtschaftliche und soziale Entwicklung an Vietnam aus, das reich an Rohstoff- und Agrarressourcen sowie an Arbeitskräften war und direkt an der Küste des Südchinesischen Meeres lag. Kambodscha war für die französischen Kapitalisten weniger interessant. Für die Ausnutzung der reichen Kautschukplantagen holten sich die großen französischen Firmen immigrierte vietnamesische Arbeiter. Im übrigen stellten die Vietnamesen auch den Hauptanteil der Beschäftigten im tertiären Sektor. Auch die Niederlassung anderer Vietnamesen: Bauern, Fischer, Handwerker wurde von den französischen Behörden gefördert (Front Solidarité Indochine – Le Cambodge – Document No. 8 – Maspero 1975)."
So ergab sich noch etwa 1963 folgendes Bild: Kautschukplantagen in französischem Besitz, Pfefferplantagen ein chinesisches Monopol; Fischer, Plantagenarbeiter fast ausschließlich Vietnamesen; Handwerker: Vietnamesen und Chinesen. Die authochtone Bevölkerung bestand nach wie vor zu 90% aus Bauern. In den drei wichtigsten Städten (Zahlen 1968: Phnom Penh: 625.000; Battambang-Stadt: 57.000; Kompong Sam: 42.000) hatte sich eine Schicht französisch gebildeter Kambodschaner etabliert. (J. Delvert, L'économie cambodgienne, in Cahiers du Tiers Monde, 1963) In Vietnam dagegen griff der Kolonialismus einschneidend und sofort in alle traditionellen Strukturen ein: Der transparente regionale Markt hatte den Bauern auch bei schwankenden Ernten ermöglicht, den Preis, den sie für ihre Erzeugnisse verlangen konnten, im Bereich des Kalkulierbaren zu halten; der Weltmarkt entzog ihnen diese erfahrungsmäßige Bemessungsgrundlage. Da dies auch für alle Bauern des Dorfes galt, wurde es als Subsistenzversicherungsinstitution zerstört. Zusätzliche Einkommensquellen aus dem Handwerk (z.B. Textilien) versiegten unter der Flut billig erzeugter Industrieprodukte aus Frankreich. Mit dem Niedergang der wirtschaftlichen Kontrolle des Dorfes war es dem immer mehr absenteistischen Landeigentümer möglich, sich aus der bisherigen Patron-Klient-Beziehung zu lösen und, statt das Land zu vermieten, Tagelöhner einzustellen. Das ausgefeilte französische Fiskalsystem trat an die Stelle des kaiserlichen Steuerbeamten, der auch im eigenen Vorteil mehr Wert auf den Nachweis einer ruhigen Bevölkerung legte als auf bis auf den Pfennig genaue Steuereinnahmen. So waren dem Dorf eine Reihe von Ausweichmöglichkeiten erhalten (falsche Angabe der Zahl der Dorfeinwohner bis Vertreibung des Steuerbeamten); Kopfsteuer, Akzisen (1) und Grundsteuer, verbunden mit einer – notfalls militärisch erzwungenen – kaum entrinnbaren Steuerzahlung, Erfassung im Kataster, all das zog das Netz in der Kolonialzeit immer enger zu. Hatte der Bauer ohnehin immer bis zu den Knien im Wasser gestanden, so ließ der Weltmarktmechanismus den Wasserspiegel nunmehr bis zum Halse steigen, um den der Strick des Fiskus hing.

Militärischer Sieg der Roten Khmer

Rekapitulieren wir nochmals die sozialen Verhältnisse in Kambodscha, die auch 1970 noch vorlagen. Sämtliche modernen Produktionssektoren: Plantagenwirtschaft, Handel, Handwerk und Leichtindustrie in Händen von Nichtkambodschanern. Die kambodschanische Bevölkerung zu 90% Bauern in einer Subsistenzwirtschaft. In den wenigen Städten eine nationalistische Intellektuellenschicht, zerfallend in einen rechten Flügel, der das bürokratisch akkumulierte Kapital im Bunde mit dem Hofclan in den reichlich vorhandenen Boden zu investieren begann, was 1966 in der Stadt Battambang und im Nordwesten 1967 zum ersten Mal seit langem zu Bauernaufständen führte, die allerdings zunächst die Erhaltung der alten Ordnung bezweckten. Nur zu einem geringen Teil konnte der linke Flügel dieser Intellektuellenschicht unter den unzufriedenen Bauern für die gewünschte soziale und nationale Revolution rekrutieren.
Unter der Bezeichnung Roter Khmer verbergen sich zwei Haupttendenzen: die alten Kader aus dem Indochinakrieg, politisch in der Pracheachon (Partei des Volkes) organisiert, militärisch aus Nord-Vietnam unterstützt, und eine neue Linke, nominell Sihanuks Einheitspartei zugehörig, aber extrem nationalistisch und revolutionär. Diese Richtung hatte sich in Paris um Khieu Sampan, Sary und Saloth Sar (der spätere Pol Pot) konstituiert, war vor der terroristisch gegen sie vorgehenden Polizei Sihanuks in den südwestlichen Dschungel geflüchtet und blieb bis 1970 recht unbedeutend. Zwischen diesen beiden Gruppen versuchte Sihanuk – teils durch virtuoses Charisma – die immaterielle Grundlage seines Ansehens in der Bauernschaft zu retten, wie auch eine extensivere exportorientierte Agrarwirtschaft auf die Beine zu stellen, die trotz des reichlich vorhandenen Bodens mit den Interessen der Bauern kollidiert. Seine Gleichgewichtspolitik entfremdet ihm nun auch den rechten Flügel der Intellektuellen, die die soziale, rein städtische Basis für den Lon Nol-Putsch gegen Sihanuk abgeben. Dieser Putsch unter Führung Lon Nols und Sirik Matak, einem Mitglied der königlichen Familie, die Ausrufung der Republik, rettet das längerfristig bedrohte Prestige Sihanuks. Lon Nol und Gefolgschaft schütten mit dem Kind Sihanuk das Legitimationsbadewasser aus.
Als mit Abstand militärisch organisierteste Gruppe wirft das Bündnis mit dem gestürzten Sihanuk den Roten Khmer die breite Unterstüzung der Bauern in den Schoß. Sihanuk ist der große Anhänger-Multiplikator, ein propagandistisches Zugpferd bis zum militärischen Sieg, ein trojanisches in der Zeit nach dem Sieg. Chinas Politik besteht darin, Sihanuk von der Notwendigkeit des Bündnisses mit den Roten Khmer um Pol Pot und Sary, deren Nationalismus fast eher anti-vietnamesisch als kambodschanisch ist, zu überzeugen, und, aus innenpolitischen Gründen, die prochinesischen Khmer um Pol Pot von der Notwendigkeit des Bündnisses mit Sihanuk zu überzeugen. Chu En-lai vertraut einerseits der Radikalität der einen nicht, andererseits auch nicht der Beständigkeit des Politkünstlers Sihanuk, der sich durchaus auf den pro-vietnamesischen Flügel der Roten Khmer stützen und eine Annäherung zu Vietnam suchen könnte.

Mit Sihanuk als Verbündetem sind die Roten Khmer der Pol Pot-Richtung, die im Südwesten ihre Operationsbasis haben, während die eher pro-vietnamesischen im Nordosten dominieren, der Notwendigkeit enthoben, durch intensive Politisierungsarbeit die Bauernmassen für sich zu gewinnen, und der Möglichkeit beraubt, während dieser Phase in einem dialektischen Lernprozeß nicht nur das Bewußtsein der Bauern zu fördern, sondern auch ihren eigenen Blick für die realen Transmissionsmöglichkeiten ihres Avantgarde-Bewußtseins auf die politisch passiven Bauern zu schärfen und schärfen zu müssen. Denn diese Verankerung auf dem Land ergibt sich auch nicht als Notwendigkeit aus geographisch-demographisch-strategischen Überlegungen. 90% der kambodschanischen Bevölkerung wohnt auf nur 1/3 des Territoriums im mittleren Teil des Landes um den Mekong. Nur kleine verstreute Stämme bewohnen den südwestlichen bewaldeten Teil und den gebirgigen nordöstlichen Teil. Sechs Nationalstraßen und der Mekong bilden das Verkehrsnetz des Landes, das, wie gesagt, nur drei größere Städte besitzt. Das Problem der politischen Organisierung des kambodschanischen Proletariats stellt sich nicht. Es existiert keins. Die

Oskar Hippe
... und unsere Fahn' ist rot
Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung

Diese Erinnerungen eines revolutionären Arbeiters umfassen die Zeit vom Ersten Weltkrieg bis zum Ende der sechziger Jahre.

300 Seiten mit Abbildungen, DM 20,-

Leo Trotzki
1879-1940
In den Augen von Zeitgenossen

Dieser Band aus Anlaß des 100. Geburtstags von Trotzki beschreibt in Augenzeugenberichten die Wirkung, die der russische Revolutionär auf Zeitgenossen ausgeübt hat.

190 Seiten mit 22 Abbildungen, DM 16,-

Peter Kulemann
Am Beispiel des Austromarxismus
Sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Österreich von Hainfeld bis zur Dollfuß-Diktatur

Diese Untersuchung geht auf zentrale Fragen ein, vor denen Sozialisten heute stehen: es geht um die Entstehungsbedingungen für den Reformismus in der Arbeiterbewegung und um die Chancen einer revolutionären Alternative.

507 Seiten, DM 28,-

Verlagsauslieferung und Vertrieb:
SOAK GmbH · Am Taubenfelde 30
3000 Hannover 1 · Tel.: 0511/17618

JUNIUS VERLAG
Von-Hutten-Straße 18
2000 Hamburg 50

Roten Khmer können sich darauf beschränken, von den – zumal in der Regenzeit – unzugänglichen und kaum besiedelten Gebieten her ständig die Zufahrtswege zu den Städten zu unterbrechen. So verläuft auch der Krieg, zumal nach den Pariser Verträgen 1973 und dem Rückzug der Vietnamesen aus Kambodscha, den die Nationalisten zuerst benutzen, unter den provietnamesischen Khmer zu säubern: Ein ständiges Wechseln der Kontrollen über die großen Verkehrswege! Aber es reicht, die Städte, in der ohnehin die Basis fehlt (sämtliche Versuche, die Städte von außen her zu erobern, werden scheitern) einzuschnüren und auszuhungern. Die Amerikaner kommen dieser Strategie durch ihre erbombte Urbanisierung entgegen. Wenn auch die USA durch diese Strategie die Roten Khmer zahlenmäßig schwächen mögen, sie erhöhen ungleich mehr die Erfolgsaussichten deren militär-strategischen Konzepts und verurteilen jene politische Kraft innehalb der FUNK-Bündnisses (Nationale Einheitsfront Kambodschas) zur Bedeutungslosigkeit, über die sie sich wieder diplomatisch hätten ins Gespräch bringen können: die Sihanukisten (Khmer Rumdâh). Die Roten Khmer (die Bezeichnung bleibt im folgenden den Nationalisten um Pol Pot vorbehalten) aber gelangen über einen sehr abgekürzten Weg an die Macht in einem Land, das sie – nach eigenem Bekunden einiger ihrer Führer – nun über den "kürzesten abgekürzten Weg des Sozialismus" modernisieren wollen.

Was als Triumph des revolutionären Willens gefeiert wird, ist weitaus mehr Marotte der Geschichte, revolutionär nur der Intention, nicht dem Wirken nach, ein Mittelding zwischen Putsch und Befreiungskrieg, das ebensogut das Modell für die Machtergreifung einer entschlossenen faschistischen Gruppe abgeben könnte. Wenn auch das Vokabular nicht fehlte: 4/5 des Landes oder 2/3 des Landes seien unter ihrer Kontrolle, hieß es, aber 2/3 des Landes waren fast unbewohnt, usw. Um nochmals die Hypertrophie des revolutionären Willens der Roten Khmer-Führung zu dokumentieren: Keine der Großmächte oder der im Konflikt betroffenen Parteien hatten erwartet, die Roten Khmer würden ihren alleinigen Führungsanspruch geltend machen können. Die UdSSR räumte der GRUNK (Provisorische Regierung) zwar eine inoffizielle Vertretung ein und machte zwischendurch zaghafte Annäherungsversuche, setzte aber offenbar auf eine bündnisbereite Fraktion im Lon Nol-Lager. Es erklärt, warum der Mit-Initiator des Putsches, Sirik Matak, und Lon Nols letzter Premierminister, Long Boret, in Phnom Penh beim Einmarsch am 17. April 1975 verharrten und prompt hingerichtet wurden. Vietnam hatte noch immer den allerdings dezimierten Pro-Vietnam-Flügel zur Verfügung, der dann päter abermals "enthauptet" wurde: So Phim, Informationsminister Hu Nim ... Es wird vermutet, daß auch einer der vier Mitbegründer dieser nationalistischen Richtung, Hu Yon, kurz vor der Befreiung liquidiert wurde, weil er einen versöhnlicheren, auch innenpolitisch rücksichtsvolleren Kurs vertrat.

Die Avantgarde der Roten Khmer versuchte, die Modernisierung Kambodschas – und dies trotz aller vorhin dargelegten Sachzwänge militärischer, sozialer, ökonomischer und außenpolitischer Art – nur durch den Willen zu verwirklichen. Ihre revolutionäre Veränderungsstrategie ergibt sich nicht aus der dialektischen Aufhebung des historisch Gewordenen, sondern aus dessen abstrakter Negation:

Das personifizierte Symbol (Sihanuk) des Systems versuchten sie durch das anonyme Symbol (Angkar = Organisation) zu ersetzen. Der schiere Produktivitätsnationalismus wurde historisch-emotional durch die Gemahnung an die Blütezeit der Khmer, der Zeit der Angkor-Tempel, zu beleben versucht – eine Zeit der großartigen, aus Sandstein und dem Blut und dem Schweiß des verachteten, unberührbaren Volkes errichteten Bauten: "Allein in der Zeit zwischen dem 18. März 1970 (= Sturz Sihanuks) und dem 17. April 1975, also in nur 5 Jahren, sind Erfolge errungen worden, die alle Ergebnisse der letzten 500 Jahre bei weitem übertreffen. Dieses einmal eingeschlagene Tempo ist auch nach dem 17. April beibehalten worden. In nur einem Jahr hat das kambodschanische Volk die Arbeit von 10 Jahren verrichtet. Wir haben sogar mehr erreicht als während der großen Angkor-Zeit." (Sendung von Radio Phnom Penh)

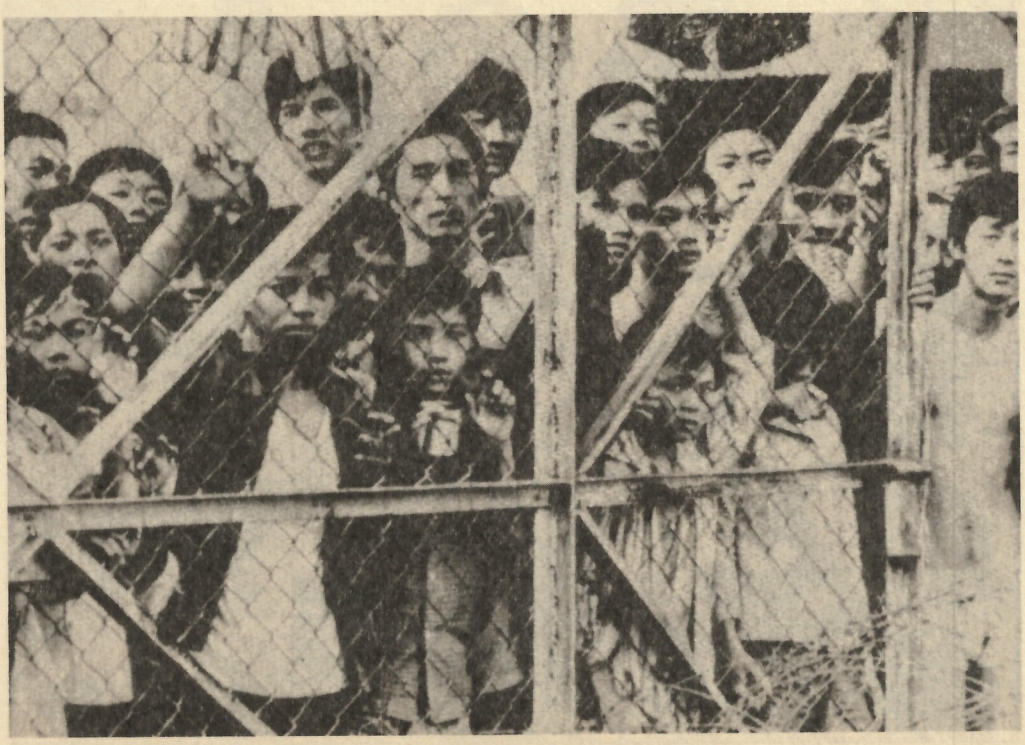
Die ohne jeglichen Zweifel notwendige Evakuierung Phnom Penhs (Versorgungslage, aufgebläht durch Flüchtlinge, keine städtische Basis der Roten Khmer) erfüllte aber auch die Funktion, durch "natürliche Auslese" von alten und kranken Leuten und die Hinrichtung echter oder vermeintlicher Regime-Gegner die Gesellschaft zu "reinigen". Denn es kehrten nicht die durch die Bombenangriffe eher noch quietistischer gewordenen und sich nach Frieden sehnenden Bauern auf ihre Reisfelder zurück, sondern diese sollten im Interesse der Abschaffung des verderbenden Privateigentums (die meisten Bauern waren kleine Grundbesitzer) und einer produktionsdienlicheren Mobilität erzogen werden.

In einer Ansprache an die buddhistischen Mönche erklärt ein Kader: "Angkar muß die drei Berge entwurzeln: Imperialismus, Feudalismus, reaktionärer Kapitalismus. Unter Feudalismus ist zu verstehen: die Beamten, die Religion und die Volkstraditionen" (François Poncheaud, Année Zéro, Paris 1976, S. 161). Volkstraditionen hieß auch Familie. Die üblichen genealogischen Anreden in der kambodschanischen Familie werden verboten. Der Familienverband wird aufgelöst, denn die kambodschanische Familie züchtete keine Avantgarde. Die Menschen werden zwischen Mörser der verfügten Sozialstruktur und Stößel des verfügten richtigen Bewußtseins zermalmt.

Die buddhistischen Mönche werden als Blutsauger, als Parasiten bezeichnet: "Man gibt den Reis besser der Nation als den Bonzen" (Poncheaud, S. 160). (Das befanden auch französische Ethnologen 1952, André Leroi-Gourhan und Jean Poirier, Ethnologie de l'Union Française, tôme sefcond: Asie-Océanie, Amérique, Paris 1952, S. 591: "Außerdem existiert im Gegensatz zu Vietnam keine intensive Ausnutzung der Arbeitskraft, da man in Rechnung stellen muß, daß ständig 1/20 der männlichen Erwachsenen entweder immer oder vorübergehend in den Klöstern lebt. Diese Gruppe von 37.500 absolut unproduktiven Männern ist außerdem parasitär: Nahrung und Kleidung erhalten sie ausschließlich aus karitativen Geldern").

Das Volk wird in ein gutes neues und verdorbenes altes aufgeteilt. Das neue Volk aber auch wieder nach Altersstufen, nach Erziehbarkeit somit. Die Alten, die Erwachsenen, die Jugend werden voneinander getrennt. Aus der Jugend soll die neue Avantgarde entstehen. Man braucht nicht über Zahlen zu diskutieren und darüber, wie viele Opfer auf Kosten der USA gehen. Man braucht auch nicht zu fragen, ob es um gelegentliche, wenn auch häufige Exzesse geht. Es war nicht primär der Blutrausch einer Avantgarde, sondern deren trauriger Mangel an politischem und historischem Sinn, die formale Logik, die, einmal ans Modernisieren gegangen, nur den Stahl und seine Negation, den Schrott, kennt.

ROBERT DETOBEL



Anmerkung

(1) Ehemalige Bezeichnung für Verbrauchs- und Verkehrssteuern. Zumal die Salz- und Reisweinsteuer traf besonders hart. Salz war Konservierungsmittel des Fisches, wichtigste Eiweißnahrung – und bei fehlender Viehzucht auch praktisch die einzige – der Vietnamesen. Reiswein kommt hinsichtlich Häufigkeit dem Bierkonsum in der BRD gleich. Auch der Wald war in Notzeiten subsidiäre Ernährungsquelle der Bauern und wurde unter dem französischen Kolonialregime entweder in Privat- oder in Staatsbesitz überführt.

Klassenkampf in Großbritannien – 1979

II. Teil

Im zweiten Teil seiner Analyse untersucht Leo Panitch die Realität des Sozialvertrags und die beinahe widerstandslose Kapitulation der Gewerkschaftsspitze gegenüber der Sparpolitik der Labourregierung.

Was aber geschah? Angesichts der Krise, die die Labour-Regierung 1974 erbte, begann Labour innerhalb eines Jahres den Sozialvertrag abzuwiegeln. Damals war die Krise echt. 1975 gab es eine Inflationsrate von über 25%, ein massives Zahlungsbilanzdefizit, große Kapitalabflüsse und einen dramatischen Sturz des Pfundes. Plötzlich waren in den Augen der Regierung Lohnbeschränkungen das Kernstück des Sozialvertrags. Die Gewerkschaften gingen bereitwillig darauf ein. Enttäuschung über die Auswirkungen der hohen Inflationsrate auf die Reallöhne, Angst vor Massenarbeitslosigkeit, die rasche Einführung von der Regierung versprochener Veränderungen der industriellen Beziehungen waren die Basis für eine in der modernen britischen Geschichte beispiellosen Übung in gewerkschaftlicher Selbstdisziplin. Obwohl die Regierung bisweilen Preiskontrollen ausübte, ihre Ankaufpolitik gegen Firmen betrieb, die Lohnerhöhungen weit über die mit dem TUC ausgehandelten Lohnlinien hinaus zahlten, und obwohl sie den Gewerkschaften minimalen Steuerausgleich für Lohnbeschränkungen bot, war die reale Basis der 1975 eingeführten Einkommenspolitik Selbstregulierung. Streikaktivitäten nahmen wesentlich ab, und die Lohnleitlinien wurden zumeist ohne Ausnahme eingehalten. Das Ergebnis war, daß das Wachstum der Bruttolöhne des durchschnittlichen Industriearbeiters von 24,5% 1974/75 auf 12,4% 1975/1976 und auf 8,8% 1976/77 fiel. Da die Inflationsrate langsamer sank (von 25% auf 14% innerhalb der 3 Jahre), fiel das Realeinkommen beträchtlich. Selbst wenn man den von der Regierung gebotenen Steuerausgleich einbezieht, fielen die besteuerten Realeinkommen um 5,5%, 1,6% und knapp 1% in 3 Jahren.

1977-78 erholten sich die Nettolöhne (Steigerung um 9%). Die Leitlinien waren gelokkert, die Inflationsrate hatte sich auf 8% vermindert und es gab zusätzliche Steuerermäßigungen. –

Aber auch dies führte im Oktober 1978 noch dazu, daß die Lohntüte des Durchschnittsarbeiters 5 Pfund weniger als im Dezember 1974 enthielt. Die Krise von 1975 wurde die Basis für die Aufrechterhaltung der bestehenden Balance von Reichtum und Macht in der britischen Gesellschaft durch die wachsende Ausbeutung der britischen Arbeiterklasse. Denis Healy, der auf dem Labour-Parteitag 1973 versprochen hatte, "die Reichen zu quetschen, bis der Kern quietscht", wurde nun zum monetarischen Finanzminister in der westlichen Welt und präsidierte einer massiven Deflationspolitik. Die Preiskontrollen wurden abgeschwächt, Lebensmittelhilfen wurden nicht mehr erneuert, öffentliche Ausgaben gekürzt und "Haushaltslimits" unterworfen. Die öffentlichen Ausgaben 1977/78 lagen um 7 Milliarden Pfund niedriger als Labour versprochen hatte.

Berücksichtigt man die Inflation, gab es, trotz eines versprochenen 13%igen Wachstums überhaupt kein Wachstum in den öffentlichen Ausgaben von 1974 bis 1978. Infolgedessen wuchs die Arbeitslosigkeit unter der Labour-Regierung auf ihren gegenwärtigen Stand von 1,5 Millionen an. Das sind 6% (Nur Kanada liegt unter den kapitalistischen "Top Tens" höher) ...

Und der Rest des Sozialkontrakts? 1975 erklärte James Callaghan, daß "Britannien eine gemischte Ökonomie (hat). Die Mehrheit derjenigen die Labour unterstützen, halten das für ihre Definition von Sozialismus." Das Thema, daß die bestehende Gesellschaft das wäre, was mit demokratischem Sozialismus gemeint sei, wurde zu einem der Lieblingsthemen der heutigen Labourführung. Die Konservativen wollen Veränderung – reaktionäre, versteht sich –, Labour aber steht für die bestehende Gesellschaft.

Die Industrie-Strategie ging angesichts der Feindschaft der Unternehmer durch den Schornstein. Nur ein Planungsabkommen mit einer Privatfirma wurde unterzeichnet. Dies geschah in dem besonderen Fall von Chrysler, für das es öffentliche Bürgschaften gegeben hatte. Aber selbst dieses Abkommen wurde vom Winde verweht, als Peugeot voriges Jahr Chrysler übernahm. Die staatlichen Zuwendungen für einzelne Firmen waren im allgemeinen die üblichen Feuerwehrzuwendungen, wenn Schließungen oder Überkapazitäten drohten. Der NEB (National Enterprise Board) funktionierte so einwandfrei kapitalistisch, daß sogar Londons Hochfinanz mit Lob nicht sparte und befürchtete, die Tories könnten es auseinandernehmen.

Jack Jones, auf Gewerkschaftsseite Schlüsselfigur beim Zustandekommen des "Gesellschaftsvertrages" und eiferndster Fastenprediger, teilte Ende 1977 der Öffentlichkeit seine heiseren Konfessionen zur "Industral Strategy" (Industriepolitik) mit: "Irgendwie, irgendwie haben Luftpiraten die Ziele der Regierung auf einen anderen Kurs gezwungen, und ich meine das wörtlich mit den 'Luftpiraten' ... eine Industriepolitik, die nur in Beratungen mit den 'sektoralen Arbeitsausschüssen" besteht, nur in höflichem Plausch mit Industrie- und Gewerkschaftsvertretern, ist gar keine Politik, sondern ein Feigenblatt."

Warum übten sich die Gewerkschaften solange in Zurückhaltung? Eine wichtige Erklärung liefert das Arbeitsgesetz, das vom Unterhaus zwischen 1974 und 1976 verabschiedet wurde. Allerdings gehen die Meinungen darüber, inwiefern es den Gewerkschaften genutzt habe, sehr auseinander.

Die Rolle der amtlichen Inspektoren und der neuen Gesetzgebung bei der Anerkennung von Gewerkschaften blieb sehr beschränkt. Wie die Zahl langer und ergebnisloser Anerkennungs-Streiks gezeigt hat, sind Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber und eine antigewerkschaftliche Rechtsprechung allemal in der Lage, das Verfahren zur Wirkungslosigkeit zu verdammen. In anderen Bereichen – Entlassungen, niedrige Löhne, Arbeitsplatzsicherung – sind die Gesetze nicht nur unzulänglich,

Leo Panitch ist Professor an der Carlton University in Ottawa/Kanada. Er hat vor allem über die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien gearbeitet, gehört den "Socialist Centers" an und ist Mitherausgeber von "Studies in Political Economy – A Socialist Review", einer ebenfalls in Kanada erscheinenden linken Zeitschrift.

sondern wirksam nur dort, wo die Gewerkschaften ohnehin stark genug sind, ihre Forderungen über das gesetzlich garantierte Minimum hinaus durchzusetzen. Dieses Gesetz hat die Möglichkeiten der Kämpfe an der Basis unterminiert, indem die Energie der aktivsten Mitglieder und Funktionäre in Gerichtsverfahren aufgezehrt wurden. In privaten Diskussionen und internen Rundschreiben wurde das auch zugegeben, in der Öffentlichkeit allerdings schweigt man sich aus, vor Furcht, die Tories könnten sich provoziert fühlen,

auch die letzten kargen Vorteile zu beseitigen. Es war diese Furcht vor einem Sieg der rechten Konservativen angesichts der prekären Position der Labour-Regierung im Parlament, der die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaftsspitze äußerst strapazierte. Hinzu kam, daß die Regierung den Sozialvertrag in seiner Form beibehielt, indem sie mit der Gewerkschaftsführung enge und ständige Beratung pflegte. Die Gewerkschaften waren durch "Korporatismus" einbezogen, durch einen Beratungsprozeß und nicht substantiell. Nur gelegentlich gab ein Gewerkschaftsführer die wirkliche Situation der Gewerkschaftsbewegung zu. 1976 erklärte Allen Fisher von der NUPE:

"Wir in der Gewerkschaftsbewegung werden möglicherweise eher von dem Prozeß selbst elektrisiert, wir bedenken weniger seine Ergebnisse ... Das Kapital wird nicht davon abgehalten, seine Macht zu benutzen, um diese Verhandlungen zu beeinflussen. Das geschieht, um ein Beispiel zu geben, etwa durch das Hinunterdrücken des Pfunds. In diesem Zusammenhang ist es gefährlich für die Gewerkschaftsbewegung, die Inkorporierung in den Staatsapparat aus Loyalität zur Labourregierung hinzunehmen. Die Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung ist es, effektive Verhandlungsmacht zu entwickeln, wenn nötig durch neue Verfahrensweisen und Institutionen und den Staat nicht in einer irgendwie mystischen Weise als neutrale Körperschaft anzusehen. Das war er nie und wird er nie sein."

Dauerhafter Glaube an die Sozialdemokratie

Selbst hier tritt der dauerhafte Glaube an die Sozialdemokratie in der Gewerkschaftsführung zutage. Der Ruf nach einer veränderten Politik wird laut, ja sogar nach veränderten Verfahrensweisen und Institutionen für die Gewerkschaftsbewegung, aber kein Wechsel wird hinsichtlich des politischen Rahmens ins Auge gefaßt. Dies wurde besonders deutlich, anläßlich des Labour-Parteitags im Oktober 1978. Das wichtigste Ereignis auf diesem Parteitag war nicht die Niederlage der Führung bei der Abstimmung über die allgemeinen Wirtschaftspolitik der Regierung und insbesondere ihre fünfprozentige Lohnbegrenzung. Weit wichtiger war die Tatsache, daß der Parteitag am nächsten Tag zum ersten Mal die Möglichkeit hatte, eine Satzungsänderung zu beschließen, mit der es möglich geworden wäre, die Wahl des nächsten Labour-Vorsitzenden aus den Händen ausschließlich der Parlamentsabgeordneten zu nehmen, um den Vorsitzenden zukünftig von einem Wahlgremium wählen zu lassen, in dem die Gewerkschaften, die Parteiuntergliederungen und die Parlamentsabgeordneten je ein Drittel der Stimmen gehabt hätten. Hinsichtlich der zukünftigen politischen Orientierung der Partei handelte es sich hier um eine zentrale Entscheidung, da dies die einzige Möglichkeit gewesen wäre, um Tony Benn, der jene Teile des Sozialvertrags verkörperte, auf denen die Labour-Linke und die Gewerkschaften bestanden, zum Vorsitzenden zu wählen. Die Satzungsänderung wurde jedoch überwiegend von den Gewerkschaftsvertretern abgelehnt. Diese Entscheidung spricht Bände. Sie bestätigte einmal mehr die traditionelle "Arbeitsteilung", derzufolge die Gewerkschaften und die Partei außerhalb des Parlaments nur für die Arbeiterklasse sprechen, während die parlamentarische Führung "die Nation" insgesamt vertritt. Dieser Ideologie und dieser Praxis liegen Unterwerfung zugrunde. Sie bilden die Basis für die anhaltende Unfähigkeit der Arbeiterbewegung, die Handlungen der Labour-Regierungen zu kontrollieren; damit wird der Einfluß eines von sozialistischen Vorstellungen geprägten Einflusses der Arbeiterklasse auf die britische Politik unterminiert. Innerhalb der britischen Linken wird intensiv über eine vorwärtstreibende sozialistische ökonomische Strategie diskutiert. Wenig diskutiert wird dagegen darüber, wie man ein brauchbares politisches Instrument schaffen kann, um eine derartige Strategie in die Praxis umzusetzen. Und noch weniger wird eine derartige Aufgabe auch praktisch angegangen. Angesichts des Fehlens einer relevanten sozialistischen Alternative zur Labour-Party verbleibt die Initiative bei jenen aufrichtigen, aber naiven Sozialisten, die noch immer glauben, daß die Labour-Party geändert werden kann.

Was hinsichtlich der Militanz der Klassenkämpfe des letzten Winters anzumerken ist, ist die Tatsache, daß diese Kämpfe offensichtlich kein größerer Anstoß waren, an frühere Versuche zur Veränderung der Labour-Party anzuknüpfen.

Die antigewerkschaftliche Hysterie, die diese Militanz hervorbrachte, zeigte der Gewerkschaftsführung, daß das von ihr in den vorausgegangenen Jahren gezeigte "Verantwortungsbewußtsein" die Legitimität der Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen Bewußtsein keineswegs gestärkt hatte. Die Gewerkschaftsführer ließen sich schnell auf eine neue Serie von Diskussionen mit der Regierung ein, um eine neue Fassung des Sozialvertrags auszuarbeiten. Dieses als "Konkordat" bekannt gewordene neue Übereinkommen wurde im Februar in aller Eile zusammengezimmert, um sicherzustellen, daß die Regierung im Falle vorgezogener Neuwahlen weiterhin den Anspruch erheben konnte, daß sie eine Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften erreichen konnte, während die Tories nur Zusammenstöße mit den Gewerkschaften provozieren würden. Die Gewerkschaftsführungen versprachen, alle notwendigen freiwilligen Kontrollen über "Auswüchse" beim Streikpostenstehen, Konflikte um "closed shops", innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen und auch "unmäßige" Lohnforderungen durchzuführen. Obgleich dies nichts als ein Wahlmanöver war, ist es wichtig festzustellen, daß das Konkordat fast ausschließlich mit der Frage der Kontrolle der Gewerkschaften beschäftigt war. Während die Militanz der frühen siebziger Jahre zumindest auf dem Papier einen Sozialvertrag hervorgebracht hatte, der eine Herausforderung für das Kapital darstellte, war das Konkordat ausschließlich defensiv.

Wie aber ist die Situation an der Basis? Die Wahl zeigte, daß deren Militanz weitgehend unpolitisch bleibt. Sie trägt nicht nur die allgemeinen Merkmale des gewerkschaftlichen Kampfes – daß sie auf bestimmte Sektoren beschränkt ist und nach Gewerkschaften und Industrien aufgespalten ist. Sie besteht offensichtlich auch Seite an Seite mit der Einbindung von shop stewards in der Privatindustrie in die bürokratischen Unternehmensstrukturen. Darüber hinaus wird die Militanz auch begleitet vom Wiedererstarken rechter Führungen in manchen Gewerkschaften.

Der Kampf im vergangenen Winter hatte so alle Zeichen eines **Abwehrkampfes**. Zweifellos demonstrierte dieser Kampf auch die Fähigkeit der britischen Arbeiterklasse, ihre Widerstandskraft zu erneuern, und es ist ermutigend, daß sich dies zunehmend auch auf die schlechtbezahlten Arbeiter und auf viele Arbeiter im öffentlichen Dienst ausdehnt, deren Kampfbereitschaft bisher nur sehr schwach entwickelt war. Auf diese Weise beweist die britische Arbeiterklasse, obwohl sie politisch an die Sozialdemokratie gebunden bleibt, den Bankrott der Sozialdemokratie. Besonders wichtig aber ist, daß die Arbeiterklasse weiterhin in der Lage ist, den Strategien des Kapitals und des Staates ernsthafte Hindernisse entgegenzustellen. Zweifellos wird sie auch der Politik der neuen konservativen Regierung widersprechen. Aber das Problem, eine wirksame Klassenpolitik zu entwickeln, um die Ab-

wehrkämpfe zu stärken und sie in eine echte Bedrohung der herrschenden Macht zu verwandeln, bleibt so schwer zu lösen wie zuvor.

LEO PANITCH

Anfang Oktober wird der Parteitag der Labour-Partei stattfinden. Möglicherweise wird dort der ausschließliche Einfluß der Unterhausfraktion auf Programmatik und Führung der Partei zurückgedrängt werden. Dies zumindest ist die Absicht der Parteilinken um den ehemaligen Industrieminister Benn, die in letzter Zeit das Exekutivkomitee veranlaßten, auf dem Parteitag zu beantragen, daß dieser selbst zusammen mit dem Exekutivkomitee Linie und Personalentscheidung in der Partei bestimmen sollte. Bisher hatten diese keinerlei Einfluß auf die Politik der Unterhausfraktion.

Es ist allerdings fraglich, ob insbesondere der überwiegende Teil der Gewerkschafter unter den Delegierten dabei mitziehen wird. Die Gewerkschaften stellen die Mehrzahl der Delegierten auf dem Parteitag. Unter diesen wiederum sind die kämpferischen Betriebskader gegenüber Spitzenfunktionären in der Minderheit.

Inzwischen hat Arbeitsminister Prior ein Diskussionspapier zur Revision des Gewerkschaftsgesetzes veröffentlicht. Die Änderung dieses Gesetzes war zentraler Bestandteil des konservativen Wahlprogramms. Das Gesetz versucht festzulegen, daß nur Betroffene und deren Gewerkschaftsfunktionäre künftig Streikposten stehen dürfen, daß die "closed shops" nur noch dann gelten, wenn sich eine Mehrheit der Arbeiter in geheimer Wahl dafür ausgesprochen hat. Aus der Gewerkschaft ausgeschlossene Arbeiter, die – sofern sie in "closed shops" arbeiten – ihren Arbeitsplatz verlieren, sollen künftig dagegen klagen dürfen. Schließlich soll die Immunität der Gewerkschaften bei Streikaktionen aufgehoben werden.

Gegen die Gesetzesrevision haben die Gewerkschaftsspitzen die "totale Opposition" angekündigt. Sie befürchten, daß sich hinter den vergleichsweise harmlosen Gesetzesänderungen die Aushöhlung des Streikrechts verbirgt.

Auf dem TUC-Kongreß in Blackpool ist nicht klarer geworden, was dies im einzelnen heißt. Hilflos reagierte der Dachverband auch gegen die konservative Sparpolitik. Der Antrag, man solle gemeinsam mit Demonstration und Streik dagegen vorgehen, fand keine Mehrheit. Dennoch kann kein Zweifel darüber aufkommen, daß die einzelnen Gewerkschafter entschlossen sind, ihren Lebensstandard in der nächsten Zeit energisch zu verteidigen. Die Schere zwischen offizieller Politik und gewerkschaftlicher Aktion im Betrieb wird sich vermutlich weiter öffnen.

DIE REDAKTION

sozialistisches INFO
OSTEUROPAKOMITEE

Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Berichte, Dokumente von und über die linke Opposition in Osteuropa und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder zu veröffentlichen.

INFO 36: Themenschwerpunkt „Frauen in Osteuropa" (Polen, CSSR, Rumänien, UdSSR); Polen: Opposition unter Arbeitern; CSSR: Verhaftung von Charta 77-Sprechern; u.a.

DM 2,00

INFO 37: Sowjetunion: Natschajewa, Linke Opposition in Leningrad 1979 / Gespräche mit Alt-Bolschewiki; Agnes Heller (Ungarn): Fetischismus und Entfremdung; CSSR: Repression gegen die Charta 77.

DM 2,00

Bezugsbedingungen: Alle Bestellungen an das Sozialistische Osteuropakomitee, Postfach 2648, 2000 Hamburg 13; die Lieferung von Einzelheften erfolgt nach Vorauszahlung (Heftpreis + Portoanteil von DM 0,40); Jahresabonnement: DM 20,- (6 Hefte + 1 Sonderheft); Überweisungen: Postscheckkonto Hamburg Nr. 531 73-206, Peter Offenborn, Sonderkonto, 2000 Hamburg 19.

Wohin galoppiert die schwarz-rote Sau auf grünem Grund?

Probleme und Perspektiven der Alternativbewegung

In diesem Herbst tritt das Netzwerk in eine neue Phase. In vielen westdeutschen Regionen entstehen eigene Netzwerke; obgleich wir noch einen weiteren Mitgliederzustrom erwarten können, werden künftig immer mehr Anträge als Geld vorhanden sein. Dann liegen allmählich Erfahrungen vor, was mit dem Netzwerk-Geld geschehen ist. Netzwerk wird somit stärker an seinen Taten gemessen werden, und nicht zuletzt erwartet man ein deutlicheres politisches Profil und klarere Perspektiven, wo das mit Netzwerk nun hinführen soll. Es scheint mir deshalb dringend nötig, den Rahmen der gesamten Netzwerk-Arbeit politisch besser als bisher auszuleuchten und abzustecken, was untrennbar mit einer Diskussion der Alternativbewegung insgesamt verbunden ist. Bevor ich zu diesen grundlegenden politischen Weichenstellungen komme, möchte ich zunächst auf eine Reihe von Sachverhalten im Netzwerk eingehen, die schon bald negative Folgen für uns haben müssen, wenn wir nicht lernen, besser mit ihnen zurechtzukommen.

Probleme

1) Netzwerk hat ein "Bürokratisierungs"-Problem. Z.B. die Verwaltungsarbeit und besonders auch das Anträgebearbeiten vollziehen sich bis zu einem gewissen Grad doch recht unpersönlich, eher geschäftlich, arbeitsteilig, teils formalisiert und routinemäßig. Im Interesse der Gleichbehandlung und der Nachprüfbarkeit läßt sich das leider nicht ganz vermeiden. Das Problem ist nicht, daß dies geschieht, sondern daß dieser innerhalb gewisser Grenzen notwendige und sinnvolle Vorgang nicht anerkannt und stattdessen gleich als "Bürokratisierung" geschmäht wird. Die einen sehen manche ihrer (zu) lustbetonten Erwartungen enttäuscht, die anderen sehen ihre (etwas zu pauschalen) anti-institutionellen Kampfziele verraten. Folgen sind u.a. Motivationsverlust bei einigen Beteiligten, nachlässige Arbeit, Unzufriedenheit von außen. Obgleich Netzwerk eine Gegen-Institution ist, so ist es eben doch eine "Institution", d.h. eine teilweise auch formalisierte Organisation mit einer entsprechenden Arbeitsorganisation und Organisationsarbeit – die anerkannt sein will.

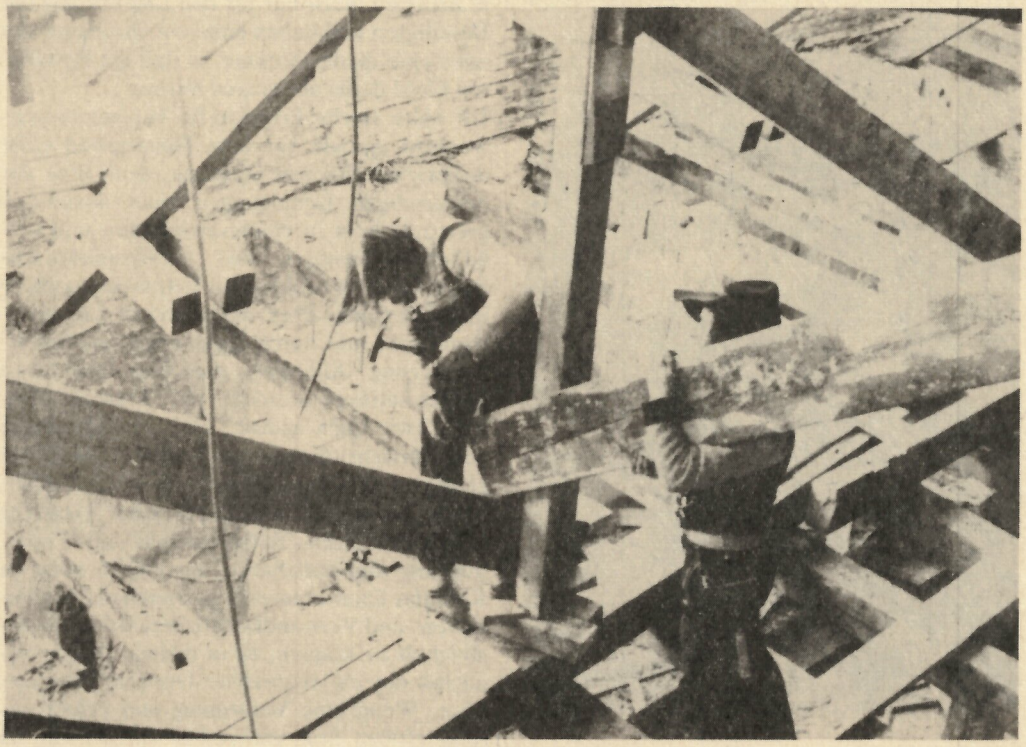
2) Ein verwandtes Problem ist der "Selbstdarstellungsterror" gegenüber den Projekten auf den öffentlichen Beiratssitzungen. Der widersprüchliche Vorgang besteht darin, daß praktisch alle von jedem Projekt genaue Auskünfte, Transparenz, Nachprüfbarkeit, Offenlegung, Kontrolle, und quasi gnadenlose Öffentlichkeit verlangen, dies aber sofort als "bedrückend", "demütigend", "anmaßend", "arrogant", "unsolidarisch" und "inkompetent" empfinden, sobald sie einmal selbst die Betroffenen sind. Die Scene hat den Wandel von der Leistungs- zur Selbstdarstellungsgesellschaft avantgardistisch vorweggenommen. Das ist gegenüber einigen im Auftreten weniger Geübten ungerecht. Es sind eben nicht alle virtuose Selbstdarstellungskünstler. Hier fehlt und im Netzwerk noch oft das richtige Maß zwischen "den Daumen draufhalten" und "über den Daumen peilen" – und einzelnen Projekten fehlt es hier an selbstkritischer Relativierung ihrer selbst.

3) Eine gewisse Projekte-Egozentrik (bei Ausnahmen, versteht sich) und eine Art "Lobbyismus" aus dieser oder jener Ecke ist ein weiteres Problem. Verständlicherweise neigen nicht wenige Projekte dazu, sich für ein bißchen gleich wichtiger als die anderen zu halten. Oft lassen sie nur ungern über ihre Ansprüche mit sich diskutieren, noch weniger über ihre inhaltliche Zielsetzung und Arbeit. Aus dieser Haltung heraus werden dann gelegentlich Beiratsentscheidungen in dem Sinne fehlwahrgenommen, daß dem Beirat oder einzelnen Mitgliedern unterstellt wird, sie würden sich ein allgemeingültiges Urteil darüber anmaßen, welche Projekte wie wichtig sind. Das Maß an kollektiver Empfindlichkeit entspricht der angestrebten Lebenskunst nicht immer. Nötig ist hier eine ausgleichende Relativierung der Standpunkte und Urteile aller Beteiligten. Erpressungsversuche der Art "wenn hier nicht in unserem Sinne entschieden wird, steigen wir aus" müßten künftig tabu sein.

4) Nicht tabu sein dagegen sollten gewisse Tabus der Bewegung: die mittlerweile doch ziemlich verwilderten Werte der "Spontaneität", der "Unmittelbarkeit" und der "eigenen Bedürfnisse"; die Liturgie von den "direkten Interessen der unmittelbar Betroffenen"; die Haltung des "wir wollen alles – hier und jetzt"; die Rundumverweigerung des "Keine Macht für niemand", wo keiner bekommt, was er braucht, aber jeder der sich "hervortut", sofort eins auf den Deckel bekommt; die subtile Machtausübung durch Exkommunikationsandrohung, d.h. durch den drohenden Verlust der identitätsstiftenden "Zugehörigkeit" zur Scene (was bei Randexistenzen natürlich besonders wirksam ist); das manchmal etwas zwanghaft wirkende Liebseinwollen, die regressive Sorge, ja immer gut vor den anderen dazustehen und die damit verbundene Unfähigkeit, offen "nein" sagen oder einmal offen negativ urteilen zu können, damit auch sich selbst Blößen zu geben und eben einmal schlecht vor den anderen dazustehen. Überhaupt trauen sich nur wenige, sich einmal klar

und unmißverständlich zu exponieren. Dagegen wird sehr viel emotional gemauert und hintergründig taktiert. Daß man gegen das omnipotenzphantastische "anale Mackertum" des bestehenden Systems als regressiver "oraler Flipper" opponiert, ist verständlich, führt aber noch nicht weiter.

5) Das untergründige Wirken der genannten oder anderer Tabus hat u.a. wohl auch dazu geführt, daß etliche Projekt-Anträge unter den Tisch gefallen sind, ohne offen und begründet abgelehnt worden zu sein, und zwar durch ständiges Vertagen und Nichtbefassen, bis sich etwas eben "irgendwie von alleine" erledigt. Zwei Beispiele: das Projekt "Alternativer Tourismus" und die wohl etwas peinliche Päderastengeschichte mit der "Indianerkommune". Durch die tabubedingte Diffusität mancher Situationen im Netzwerk-Beirat verwirrt-gereizte Frage: "Was läuft denn hier eigentlich!?" werden negative Erlebnisse



vermittelt, die auf uns zurückschlagen müssen.

6) Ungeklärt ist die Verteilung der Gelder und Geldansprüche zwischen Berlin und den entstehenden Netzwerken in anderen Regionen. Wir müssen Übergangslösungen bestimmen, wie westdeutsche Projekte weitergefördert werden, wie sie von dort übernommen werden, mit welchem Geld, für wie lange u.ä.

7) Wir brauchen eine bessere Öffentlichkeitsarbeit und Selbstdarstellung in unseren Rundbriefen, jedoch weniger im Sinne der Werbung, als mehr im Sinne der Darlegung, welche Projekte warum wie unterstützt werden, was daraus wird usw. "Netzwerk" ist an und für sich ein ideales Diskussionsforum für Fragen der Alternativbewegung.

8) Wir sollten mehr Anstrengungen in Richtung Direktförderung unternehmen. So wichtig der zentrale Topf weiterhin ist, eine Direktförderung stellt eine bessere Vernetzung dar. Die Rettungsaktion für "Das Politische Buch" war ein voller Erfolg, die Aktion für "Oktoberdruck" verläuft bisher auch recht erfolgversprechend.

Nun zur Frage, welche Rolle "Netzwerk" eigentlich spielt und welche Perspektiven sich damit verbinden. Gegenwärtig zeichnen sich im großen und ganzen vier Funktionen ab:

Entwicklungsbank für für alternative Ökonomie

Netzwerk kann sich in Richtung einer Art Entwicklungsbank für alternative Ökonomie entwickeln, die professionelle Projekte fördert, mit dem Ziel, die "Gegenkultur" mit einer entsprechenden "Gegenökonomie" auszustatten. Geld würde dann praktisch nur noch als Darlehen vergeben, und zwar an Projekte mit guten Ertragsaussichten. Soziale Projekte würden wohl rausfallen, auf duale Projekte würde ein Druck ausgeübt, sich ganz zu professionalisieren.

Aufgrund des Schicksals der frühsozialistischen Experimente, der alten und neuen Aussteiger- und Auswanderer-Kommunen und besonders der Genossenschaftsbewegung halte ich diese Strategie **für sich alleine genommen** für einen historischen Unfug. Eine eigenständige alternative Ökonomie in oder neben dem etablierten System ist nicht nur eine Illusion, sondern auch eine fatale Fehlwahrnehmung des eigenen Tuns. Wir würden zwar keine "Gegenökonomie" errichten können, die den Namen auch verdient, wohl aber würden wir helfen, die von den Konzernen schwer beschädigte, gleichwohl für sie notwendige Struktur von Kleinunternehmen zu sanieren – wogegen an und für sich noch nichts zu sagen ist, weil jede entwickelte Gesellschaft gesunde Kleinbetriebe braucht, was aber auch reiner CDU-Programmatik entspricht.

Es besteht eine unreflektierte Konvergenz zwischen dem Interesse der Alternativbewegung an wirtschaftlicher Selbständigkeit und soziokultureller Autonomie, dem Bedürfnis nach "anders leben, anders arbeiten" einerseits und mehr oder minder reaktionär gewendeten Interessen von Konzern- und Staatsbürokratie am Abbau hart erstrittener Beschäftigungs- und Lohnniveaus und Sozialstaatsleistungen andererseits. Der trotzig verkündete "Ausstieg" erscheint so auch als Verklärung des eigenen Ausschlusses, der eigenen Randexistenz als marginalisierte Arbeitskraft und industrielle Reservearmee, als die zur Tugend uminterpretierte Not des eigenen Abgeschoben- und Ausgegrenztseins. Obgleich die Krise natürlich auch eine Chance ist, erscheint mir die fatamorganaartige Mystifizierung der "Scene" als irreführend. Die Gegenökonomie im "Freistaat Kreuzberg" – wo sie nicht gönnerhaft zugestandene Nischen-Exotik oder reine Selbsthilfe in der Not des Gettos wäre – würde zunächst lediglich eine Lückenbüßer-Rolle spielen, nämlich einige "Löcher im Vergesellschaftsprozeß" (P. Brückner) zu stopfen, hier speziell von der Kapitalkonzentration kahlgeschlagene ökonomische Kleinstrukturen wieder aufzuforsten – und sich somit als Systemstabilisator zu bewähren. Ob sich hieraus auch eine gewisse Machtposition ergeben würde, scheint mir – anders als im sozialstaatlichen Bereich – fraglich aufgrund der starken und schnell reagierenden kommerziellen Interessen im Bereich des Marktes.

Außerdem hat sich die Strategie der Inselwirtschaft bzw. die Löschblatt-Strategie im Verlauf der Geschichte der Genossenschaftsbewegung und der Gemeinwirtschaft als zu simpel erwiesen. Man kann nicht als ein Sammelsurium kleiner Unternehmen stetig-bruchlos expandierend die Institutionen des etablierten Systems überwuchern und vereinnahmen. Vielmehr ist es mit der Vereinnahmung genau umgekehrt: als kleiner Schwacher bekommt man von den großen Starken gewisse Expansionsgrenzen gesetzt, die man nur überschreiten kann durch Anpassung im schlechten Sinn: der kommunale Gas- und Wassersozialismus, die BfG, die Coop, die Volksfürsorge und die Neue Heimat sind geschichtlich gesehen höchst beachtliche Leistungen, aber ich sehe keinen Sinn darin, heute eine Neuauflage davon starten zu wollen.

Dennoch kann es sehr sinnvoll sein, professionelle Projekte in Form kollektiver Klein- und Mittelbetriebe zu fördern: sie können modellhaft demonstrieren, daß und wie selbstverwaltete Alternativbetriebe funktionieren können. Es ginge also um öffentlichkeitswirksame Schrittmachermodelle, die "ansteckend" wirken und auf andere Betriebe übertragbar sind. Dazu aber müssen es die Beteiligten bewußt auf eine politische Auseinandersetzung mit den großen Institutionen anlegen. Das heißt, wir dürfen uns nicht als illusionäre Gegengesellschaft "draußen" begreifen, die glaubt, Parteien, Staat, Industrie und Gewerkschaften schnöde den Rücken kehren zu können, sondern als ein Netzwerk kleiner Gegeninstitutionen im System, von denen entscheidende Impulse ausgehen zur Veränderung auch der Großinstitutionen der Mega-Maschine im Sinne ihrer Dezentralisierung, ihrer Selbstverwaltung und ihrer natur- und sozialökologischen Einpassung. In diesem Zusammenhang hat auch oppositionelle Partei- und vor allem Gewerkschaftsarbeit ihren notwendigen und anerkannten Platz. Es ist also weniger eine Strategie des "Ausstiegs", als mehr eine Strategie des "Umstiegs" bzw. des "(Wieder-)Einstiegs unter anderen Vorzeichen". Es ist nicht illusionäre subkulturelle Gegenökonomie oder "Sekundärökonomie", sondern gesellschaftsbezogene Dualwirtschaft. Auch deren Chancen braucht man nicht zu überschätzen, aber immerhin ergibt sich hier ein Sinn.

Ausbau einer linken Infrastruktur

Netzwerk kann es sich auch zur Aufgabe machen, eine linke Infrastruktur ausbauen zu helfen, d.h. speziell jene Projekte zu fördern, die direkt der Stärkung und Ausbreitung linker Politik dienen. Außer den traditionellen

Bereichen wie Druckereien, Setzereien, Verlage und Zeitschriften, würde dies auch gewisse Medienprojekte, pädagogische Einrichtungen und Tagungsstätten betreffen, eben alles, was mit politischer Willensbildung und Organisation zusammenhängt. Ob das z.B. auf gewisse Jugendprojekte, therapeutische Projekte oder Naturkost-Läden noch zuträfe, wäre schon fraglich.

Obwohl ich die Notwendigkeit, über eine eigene Infrastruktur zu verfügen, nicht von der Hand weisen möchte, scheint mir dies doch aus einer etwas mechanisch-instrumentellen Haltung zu entspringen, aus der heraus Leute Politik "machen" wollen. Nur solche Projekte zu unterstützen, die unmittelbar "linke Politik" machen, wäre eine haarsträubende Verengung des wirklich vorhandenen Spektrums, eine altlinke Scheuklappenperspektive, die immer noch verkennt, daß sich gesellschaftliche Veränderungen nicht nur in Staat und Industrie abspielen, sondern ebenso im sozialen Mikro-Bereich, im "Privaten", in der freien Zeit, im Lebensstil, den Konsum- und Karrieremustern, den zwischenmenschlichen Beziehungen, den Wohn- und Gemeinschaftsformen, den Geschlechterrollen, der Sexualität, dem Werte- und Normengefüge, den außerinstitutionellen Lebensbereichen. In allen Arten von selbstorganisierten Projekten kann eine politisch bedeutsame, d.h. an ökologisch-sozialistischen Lebensbildern orientierte Nachsozialisation stattfinden. Es ist wohl richtig, auf das Vorhandensein einer linken Infrastruktur im mehr technischen Sinne zu achten, aber nur darauf zu achten, wäre ein altlinker Bürokratismus, der der lebendigen Vielfalt der Alternativbewegung nicht gerecht wird.

Alternatives Sozialamt – Sozialagentur für Randgruppen

Es wurde dem Netzwerk gelegentlich vorgeworfen, es betätige sich als linkes Sozialamt, indem es Projekte unterstütze, für die eigentlich die sozialstaatlichen Ämter zuständig seien. Dieses Argument ist zu vordergründig, denn die eigentliche Sozialstaats-Problematik im Netzwerk geht tiefer.

Nicht nur z.B. sozialtherapeutische Projekte, sondern **alle**, also etwa auch Handwerkskollektive, wirken im Sinne von Sozialagenturen: in ihnen werden eine Vielzahl von Individuen sozial integriert, die sonst Gefahr laufen würden, "sozial auffällig" zu werden, als Arbeitslose, Obdachlose, Drop-Outs, Ausgeflippte, Psychofreaks, Drogenabhängige, Alkoholiker, Grenzgänger zum Kriminellen u.a. den Sozialstaat zu belasten. Je mehr Arbeitskräfte vom System "freigesetzt" werden, je mehr aber auch mit der Kapitalisierung und Industrialisierung die sozialen Netze, die Entwurzelten aufzufangen, zerstört werden, umso mehr entstehen die verschiedensten Randgruppen und Subkulturen, und umso mehr sieht sich der Sozialstaat finanziell, personell und von seiner Kompetenz her überfordert. Insofern hilft die Alternativbewegung und das "Netzwerk" auch hier, Löcher im Vergesellschaftungsprozeß zu stopfen und wirkt unfreiwillig systemstabilisierend.

Andererseits aber – man stelle sich die Situation so weit gediehen vor, daß ohne die selbstorganisierten Projekte der Sozialstaat spürbare Einbrüche erleiden müßte –, kann genau das der Bewegung eine gewisse Macht und politische Einflußmöglichkeiten verschaffen. Im Rahmen der Alternativbewegung sind die Marcuse'schen Figuren der "großen Verweigerung" und der "Randgruppenstrategie" nach wie vor aktuell. Die gesamte Alternativbewegung, die sich ja nicht unerheblich aus marginalisierten Populationen zusammensetzt, ist eine lebendige Widerlegung der Orthodoxie von Grund- und Haupt- und Nebenwidersprüchen. Kurz und gut, die Frage ist, was Netzwerk dazu beitragen kann, marginalisierte Subkulturen und traditionelle Randgruppen zu einem politischen Faktor werden zu lassen. Darüber hinaus wäre zum Thema "Sozialamt" sinngemäß zu wiederholen, was bereits zur Gegenökonomie gesagt wurde. Es ist durchaus sinnvoll, verallgemeinerbare Schrittmacher-Projekte im Bereich der Pädagogik, der Jugend- und Familienarbeit, der Sozialfürsorge, der Knastarbeit, der Therapie und Medizin

zu unterstützen, sofern sie experimentell mögliche Systemveränderungen vorwegnehmen. Dabei handelt es sich anfänglich i.d.R. um duale oder rein soziale Projekte, denen das Geld teilweise oder ganz eben geschenkt werden muß. Von daher ist es naheliegend, darauf hinzuwirken, daß die betreffenden Projekte möglichst rasch aus regulären staatlichen Budgets finanziert werden.

In diesem Zusammenhang muß jedoch eine Frage aufgeworfen werden: Tendieren die Projekte längerfristig – meist im Zusammenhang mit ihrer Institutionalisierung und Professionalisierung – zum weiteren Ausbau der **Dienstleistungswirtschaft**, die schon darum technologisch und letztlich totalitär ist, weil in ihr vom Gezeugt- und Geboren- bis zum Begrabenwerden jegliches soziale Eigenleben, gemeinschaftliche Eigenarbeit und Selbsthilfe durch institutionelle Angebote und professionelle Fremdleistungen verdrängt werden, oder fügen sich die Projekte einer balancierten **Dualwirtschaft** ein, die darauf abzielt, die Institutionalisierung, Vermarktung, Professionalisierung, Technisierung/Methodisierung, Monetarisierung, kurz: den formellen Wirtschaftssektor zu begrenzen und derweise umzugestalten, daß er konviviale Mittel zum sozialen Eigenleben, zur Eigenarbeit und Selbsthilfe der Menschen im informellen Sektor liefert. Gerade bei manchen pädagogischen und therapeutischen Vorhaben – mögen sie individuell einen noch so emanzipatorischen Anspruch haben – oder auch bei den in Berlin so beliebten (Psycho)Workshops muß man sich fragen, ob sie mehr der Entwicklung einer Dienst- oder einer Dualwirtschaft dienen.

Fonds für alternative "Freizeit"-Projekte

Netzwerk kann auch besonders "Freizeit"-Projekte unterstützen, die dazu dienen, alternative Lebensstile, andere Karriere- und Konsummuster zu entwickeln. Beispiele hierfür sind z.B. Eltern-Kind-Gruppen, alternativer Tourismus, Ökohäuser, Lernbörse, Selbsthilfemedizin, Nachbarschaftswerkstätten, "kleine Netze" und überhaupt alle Projekte, die auf eine teilweise Selbstversorgung mit Gütern und Diensten abzielen. Solche Projekte arbeiten meist nur für den Eigenbedarf der Beteiligten und haben eine rein ehrenamtliche oder eine duale Struktur, so daß die Beteiligten Geld dafür abzweigen müssen.

Ich halte solche Projekte für besonders wegweisend, gerade vor dem Hintergrund einer dualwirtschaftlichen Strategie, denn eine der notwendigen Bedingungen einer Systembegrenzung liegt in einer verringerten und veränderten Konsum- und Arbeitsmarktnachfrage bzw. in sinkenden Vermarktungsmöglichkeiten, u.a. eben durch andere Lebenserwartungen und durch Eigenarbeit und Selbstversorgung. Allerdings muß auch hier etwas problematisiert werden: ob "Freizeit"-Projekte (wie auch andere) eine rückschrittliche oder fortschrittliche Orientierung haben. Wer glaubt, den Industriedurchstoß einfach quantitativ verringern und durch eine Rückkehr zum guten alten "Selbermachen" mit Fuchsschwanz und Spitzhacke, womöglich noch im Rahmen überkommener patriarchalischer Familien- und Verwandtschaftsbeziehungen, ausgleichen zu können, ist in meinen Augen zunächst nur ein regressiver Dorfplatz-Romantiker. Wenn eine Verarmung und Primitivierung großen Stils vermieden werden soll, ist Eigenarbeit nur denkbar unter den Bedingungen hoher Warenintensität und modernster Technologien, die, wenn auch "small" und "soft", so gerade deshalb sehr komplex sein müssen: z.B. teilautomatisierte Drehbänke, multifunktionales Werkzeug, teilserialisierte Bauelemente, Kleincomputer u.a. Sinngemäß gilt dies selbstverständlich auch für professionelle Kleinunternehmen. Unsere Maschinen, Automaten, Werkzeuge und Betriebsmittel werden weiterhin nur "auf hoher Stufenleiter", d.h. industriell produzierbar sein. Und wenn z.B. wir dem "Hauscomputer" oder dem "Ökohaus" oder der "Solarenergie" usw. keine konviviale Bestimmung geben – Siemens tut das seine sicherlich.

Auch hier wird wieder deutlich, daß es mit den "Freizeit"-Projekten allein noch nicht getan ist, sondern daß auch hier eine duale Strategie nötig ist, die zugleich im System darauf hinwirkt, komplementäre und sozial sinnvolle Gebrauchswerte zu produzieren – durch organisierte Konsumentenaktionen, Kauf- oder Zahlungsboykotte, Druck zugunsten bestimmter gesetzgeberischer Änderungen o.a.

Da die meisten Initiatoren von Projekten mit diesen gewisse berufliche Interessen verbinden, sind bisher überwiegend professionelle

und duale Projekte mit gewissen Professionalisierungsabsichten an Netzwerk herangetreten, während "Freizeit"-Projekte etwas unterrepräsentiert geblieben sind. Hier wäre ein Punkt, wo Netzwerk gezielt ermuntern sollte. Wenn man Projekte im einzelnen mit den vier Funktionen konfrontiert – 1. Entwicklungsbank für alternative Ökonomie, 2. Fonds für linke Infrastruktur, 3. alternatives Sozialamt, 4. Fonds für "Freizeit"-Projekte – so zeigt sich, daß die meisten Projekte zwei oder drei dieser Aspekte zugleich erfüllen. Schon alleine deshalb glaube ich nicht, daß es unter den gegenwärtigen Bedingungen sinnvoll ist, irgend einer der vier Funktionen den Vorrang zu geben. Die Netzwerke-Fonds haben vielmehr die Chance, genau dadurch zu einem wegweisenden sozialen Experiment zu werden, daß sie diese Funktionen miteinander verbinden. Es kommt darauf an, "Geschäftsbank" und "Wohltätigkeitsfonds", "Standesinteressenvereinigung" und "Solidargemeinschaft" so miteinander zu verbinden, daß eine ganz neue Art von Geldinstitut entsteht: keine wirtschaftliche Einrichtung mehr, in der mit Geld nach kommerziellen Gesichtspunkten gehandelt wird, sondern eine politische und sozialgestalterische Einrichtung, in der über die Verteilung von Geldern demokratisch verhandelt wird nach Gesichtspunkten politisch-ökonomischer Adäquatheit und sozialer Legitimität, und zwar in Selbstverwaltung der beteiligten "Geldgeber" und "Geldnehmer" unabhängig vom Staat oder anderen Institutionen. Dabei bilden "Geldgeber" und "Geldnehmer" zugleich ein Netzwerk des Erfahrungs- und Wissensaustauschs in Bezug auf Rechts- und Organisationsfragen, Arbeitsprozeß, Gruppenprozeß usw., wobei die Netzwerke-Büros als vermittelnde Sekretariate fungieren können.

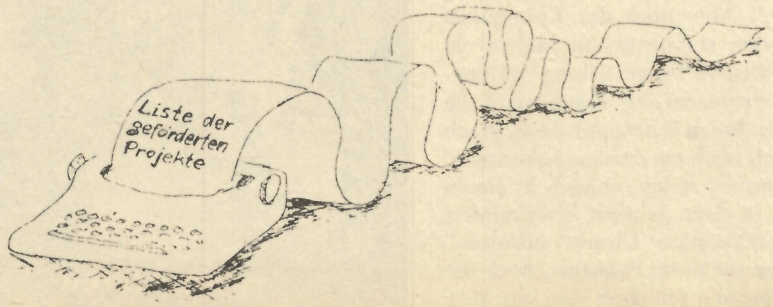
Der Hintergrund dieses Leitbildes besteht darin: alle vier genannten Funktionen haben ihren gemeinsamen Nenner in einer Strategie der Dualwirtschaft. Diese verbindet berufliche Erwerbstätigkeit und unbezahlte Eigenarbeit, System- und Selbstveränderung, Arbeits- und Lebenswelt, institutionelles Kollektiv und soziale Lebensgemeinschaft, kodifizierte und formalisierte Geldwirtschaft und informelle Eigenökonomie zu einer komplementären Ganzheit. Der lange Marsch durch die Institutionen mußte ohne starke außerparlamentarische und gegenökonomische Aktivitäten genau so stecken bleiben, wie ein Aufbau von Gegeninstitutionen ohne starken Rückbezug auf die und den bestehenden Großinstitutionen in die Sackgasse des politischen Abseits führen müßte. Und die notwendige Synthese liegt eben eindeutig in einer dualwirtschaftlichen Strategie und, wenn man so will, in einer politisch umfassender begriffenen "Doppelstrategie".

Abschließend noch einige Bemerkungen zu den sozialen Trägern einer dualwirtschaftlichen Strategie. Ich greife hier die an anderen Stellen schon getroffene Unterscheidung zwischen drei Gruppen wieder auf: 1) der linken und linksliberalen Vollberufstätigen in etablierten Institutionen, 2) der Zwischenkultur bzw. intermediären Kultur (Th. Ebert), die teils in bestehenden Institutionen, teils in selbstorganisierten Projekten tätig ist und von ihrem politischen Engagement und ihrem Lebensstil her eine andere Zukunft bereits antizipiert, und 3) der Subkultur der Aussteiger im engeren Sinne bzw. der Gegenkultur.

Es könnte der Kurzschluß naheliegen, in den verschiedenen Milieus der Zwischenkultur das gesuchte "revolutionäre Subjekt" zu vermuten. Dem ist jedoch nicht so. **Nur alle drei Gruppen zusammen können eine dualwirtschaftliche Perspektive vorantreiben**, denn jede hat unverzichtbare Funktionen für das Ganze: Die mehr oder minder Etablierten bilden die "Brückenköpfe" und den Rückhalt im System; die Aussteiger der Subkultur bilden die tragende Basis der Gegenökonomie und auch der politischen Gegeninstitutionen; die Zwischenkultur stellt das in der Praxis vermittelnde und ideell beide Seiten transzendierende Potential, das der Bewegung eine gewisse Einheit gibt und ihre Kräfte auf gemeinsame Ziele auszurichten erlaubt. Es scheint mir deshalb auch richtiger, statt von der Zwischenkultur von der intermediären Kultur zu sprechen, denn sie ist eine qualitativ eigenständige Population, und eben nicht der zwischen den Stühlen sitzende Dritte, also durchaus keine graue Suppe aus dem Rabenschwarz der etablierten Finsternis und dem Westenweiß der unbefleckten Sankta Alternativa. "Netzwerk" verbindet diese drei Gruppen in konstruktiver Weise.

Ohne die jeweils beiden anderen, ist jede Gruppe nichts: die "Marschierer" in den Institutionen würden wie bisher eingemacht und weiter resignieren; die Subkultur würde in diverse Reservate abgedrängt oder anderweitig ausgegrenzt und eingesperrt; die intermediäre Kultur wäre ein verkrüppelter Torso, ein hilfloser Haufen von Grenzgängern mit der Wahl der Qual zwischen innerer und äußerer Emigration. Deshalb ist hier tatsächlich jegliche Abgrenzung und Spalterei vollkommen fehl am Platze. Wir brauchen im Gegenteil so viel wie möglich Integration und Kooperation der drei Gruppen, bei aller Verschiedenheit der Interessen und daraus entstehenden Konflikten. Aber auf dem Spiel steht die Existenz einer jeden der drei Gruppen. Die gesamte Bewegung hat ihre "Scheißliberalen" genau so nötig wie ihre "Aussteiger", ihre "Macher" genau so wie ihre "Träumer", ihre "Uni-Freaks" genau so wie ihre "Basis-Freaks" – und ihre Intermediären, die versuchen, diese gegensätzlichen Momente in ihrem persönlichen Leben und ihrer politischen Praxis miteinander zu verbinden.

JOSEF HUBER



edition suhrkamp

Rolf Knieper
Weltmarkt, Wirtschaftsrecht und Nationalstaat
es 828, DM 10,-

Silvia Bovenschen
Die imaginierte Weiblichkeit
Exemplarische Untersuchungen zu kulturgeschichtlichen und literarischen Präsentationsformen des Weiblichen
es 921, DM 11,-

Der hilflose Sozialstaat
Jugendarbeitslosigkeit und Politik
Herausgegeben von Gero Lenhardt
es 932, DM 14,-

Alexander von Brünneck
Politische Justiz gegen Kommunisten in der Bundesrepublik Deutschland 1949-1968
Vorwort von Erhard Denninger
es 944, DM 14,-

Bettelheim, Mészarós, Rossanda u.a.
Zurückforderung der Zukunft
Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften
es 962, DM 11,-

Guiliano Scabia
Das große Theater des Marco Cavallo
Phantasiearbeit in der Psychiatrischen Klinik Triest
Vorwort von Franco Basaglia
es 970, DM 10,-

Tobie Nathan
Ideologie, Sexualität und Neurose
Vorwort von Georges Devereux
es 975, DM 9,-

Augusto Boal
Theater der Unterdrückten
es 987, DM 8,-

In allen Buchhandlungen.
Prospekte durch Suhrkamp Verlag,
Suhrkamp Haus, 6 Frankfurt 1.

Zum Tod Franz Mareks

Keiner von diesen da
hat nur für sich selbst gesorgt.
Sondern für fremder Leute Brot
liefen sie ruhelos.
(Brecht)

Als Franz Marek, neben Ernst Fischer der führende Kopf der Kommunistischen Partei Österreichs, nach vierunddreißig Kampfjahren mit seiner Partei brach, hatten soeben die Panzer der Warschauer-Pakt-Staaten die Welt, aus der er kam, die Welt des internationalistischen Kommunismus, endgültig zersört. Aber er wollte weiterleben und weiterkämpfen als das, was er war: als **internationalistischer Kommunist**. Bis zu seinem plötzlichen Tode im Sommer 1979 vermittelte dieser einzigartige Genosse zwischen der alten Welt des revolutionären Kommunismus und der Neuen Linken: durch seine "Chronik der Linken" im "Wiener Tagebuch", seine unermüdliche Reisetätigkeit, seine gestochenen Redebeiträge auf Konferenzen und Kongressen und seine praktische Hilfe für Opfer von Folter, Repression und Diktatur.

Bescheidenheit ohne Koketterie

Mit seiner Lebensgeschichte ging er, der von "L'Unità" treffend als "einer der bedeutendsten Vertreter des europäischen Marxismus" bezeichnet wurde, nie hausieren. Er verzichtete auf lebensgeschichtliche Selbstdarstellung, weil er kein zu Lebzeiten Toter, kein Erinnerungsstück sein wollte. Den Jüngeren drängte er sich nicht als Autorität auf, sondern er wurde unentbehrlich durch Aktivität. Als der Bahro-Kongreß 1979 in Berlin heillos zerstritten zu scheitern drohte, meldete er sich im Plenum zu Wort, rückte mit der "Verve eines alten Parteiredners" (Ursula Pasterk in "Profile") die Relationen zurecht und rettete eine gemeinsame Abschlußkundgebung der Linken. Kaum einer der Zuhörer wußte, wer er war, er überzeugte sie. Einen Augenblick war das Sektierertum, diese Hauptkrankheit der Neuen Linken, vergessen. Seine Bescheidenheit ohne jede Koketterie bezahlte er damit, daß ihm nicht die Berühmtheit eines großen kommunistischen Parteitheoretikers oder gar Parteiführers zuteil wurde. In einigen der international bekanntesten Bücher Ernst Fischers sind wesentliche Passagen direkt von Marek formuliert worden. Marek gehörte zu den Kadern der Arbeiterbewegung, denen aus politischer Erfahrung der eigene Name nicht das Wichtigste war. 1913 in Przemysl, Galizien, als Kind einer armen jüdischen Familie geboren, bestand er bei seiner Naturalisierung in Österreich darauf, Efraim genannt zu werden. 1935, als der Austrofaschismus die einst mächtige austromarxistische Sozialdemokratie zerschlagen hatte, wählte der ehemalige zionistische Mittelschüler Efraim Feuerlicht den Decknamen Franz Marek, unter dem er für die Nazis berüchtigt und für die europäischen Kommunisten berühmt werden sollte.

Linkszionist auf Wanderschaft

Sein Lebensweg schien vorgezeichnet zu sein. In seinem jüdisch-nationalen Elternhaus beeindruckte ihn ein Nachruf in der Wiener Zeitung "Der Morgen", auf einen Zionisten, den der Herzschlag getroffen hatte: "Er starb an der Krankheit unserer Großen, am gebrochenen Herzen." In seinen zum kleinen Teil posthum veröffentlichten "Aufzeichnungen eines alten Kommunisten" fügt er hinzu: "Ich war überzeugt, daß auch ich deshalb so enden würde." Gründe gab es dazu genug im Leben Franz Mareks.
Zionismus, dessen Verurteilung manchem heute zu leicht über die Lippen geht, weil man seine politischen und sozialen Wurzeln im imperialistischen Europa vergißt, bedeutete für den internationalistischen Kommunisten Marek keine Jugendsünde Efraims, sondern die Konsequenz des Verlangens nach Würde und aufrechtem Gang eines unterdrückten Volkes im antisemitischen Vielvölkerstaat Österreich. Sport, vor allem Fußball, war eine Brükke zur politischen Jugendorganisation Hakoah. Aber seine Umgebung, das Leben inmitten des jüdischen Massenelends im Wien der zwanziger Jahre, politisierten Efraim. Er fand den Weg zum Hashomer Hazair, der wichtigsten linkszionistischen Organisation im vorfaschistischen Europa. Die Verschränkung von Zionismus, jüdisch-nationaler Kultur und Marxismus internationalistischer Tendenz bildeten den Nährboden für viele jüdische Kader, die später Kommunisten wurden.
Efraims Trennung vom Zionismus war kein Produkt theoretischer Kritik, sondern das Ergebnis einer "Walz" durch Deutschland, die er nach seinem Abitur unternahm. Seine ärmliche Familie legte jeden Groschen zur Seite, damit alle Kinder, Mädchen wie Jungen, studieren konnten: Gelehrsamkeit war ihr tatsächlich höchstes Gut. Nachdem ihm ein faschistischer Physiklehrer die Chancen auf ein Stipendium bewußt zerstört hatte, begab sich der junge Feuerlicht auf eine wenig bürgerliche Bildungsreise – zu Fuß durch das vorfaschistische Deutschland. Sie führte ihn durch Obdachlosenasyle, Jugendherbergen, machte ihn mit Arbeitslosen, Alkoholikern, Landstreichern und meist sozialdemokratischen Polizisten, die auf Kommunisten einprügelten, bekannt und ließ in ihm den Entschluß reifen, keinen Ausweg aus Europa zu suchen. "Irgendwie kam mir angesichts der ganzen Dramatik der Situation die zionistische Fragestellung ganz klein vor." Aber auch der Kommunist Marek hat in den stalinistischen Jahren nie seine erste politische Fragestellung verleugnet: "Freilich, Probleme der Jugend und die Problematik der Juden liefen mir nach. Auch später konnte ich mich nie dazu aufschwingen, die Sehnsucht armer Juden, endlich in einem Staat zu leben, in dem sie nicht diskriminiert wurden, als 'reaktionäre Utopie' abzutun." Weder die Reise ins ferne Palästina, noch die Flucht nach Amerika schienen ihm ein Weg zu sein, obwohl seine in USA arrivierten Geschwister ein Visum schickten. Er zerriß es.

"Bolschewistischer Saujud"

Die Erfahrungen mit sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in Deutschland und der leichte Fall des "roten Wien", das er als Schutzbündler verteidigen wollte, ebneten ihm in der Illegalität den Weg zur KP, die durch energischen antifaschistischen Widerstand zum ersten Mal in der österreichischen Geschichte aus ihrer sektirerischen Isolation heraustrat.
Nach der deutschen Besetzung geht er nicht ins Moskauer Hotel Lux, sondern die Parteizentrale beordert ihn bald von Wien nach Paris. Agitation der deutschen Besatzungstruppen, heißt die Aufgabe. Mit Arthur London, der nach dem Krieg ein prominentes Opfer der Slanský-Prozesse in der CSSR werden sollte, leitet er die Konspiration ausländischer Emigranten gegen die Nazis im besetzten Paris. Erst 1944 wird er gefaßt; die Folterknechte, österreichische SS, reisen extra aus Wien an und sie deuten ihm an, was sie mit einem Musterexemplar ihres Feindbildes vorhaben: "Wenn wir dich auseinandernehmen, bleibt nichts mehr von dir übrig, du bolschewistischer Saujud."
Als er nach langen "Verhören" und endlosem Warten als letzter seiner Gruppe erschossen werden soll, ist von der SS nichts mehr übrig geblieben. Der nationale Aufstand in Paris rettet dem Internationalisten Marek das Leben. Die Nazis fliehen.

Zeit der Sklavensprache

Die vereinigende Erfahrung des Widerstands soll nicht umsonst gewesen sein. Aber der Kalte Krieg macht die Hoffnung auf eine sozialistische-demokratische Alternative zunichte. Die KP wird wieder isoliert, Festungsmentalität breitet sich aus. Als Mitglied des Zentralkomitees und als Chefredakteur des monatlichen Organs "Weg und Ziel" hat Marek alle Schwankungen der KP zu verteidigen und die völlige Abwesenheit innerparteilicher Demokratie mitzuverantworten: Alles contre coeur und wider besseren Wissens. Auch

der 20. Parteitag mit der Kritik des Personenkults bringt nicht die erhoffte Wende. Mit der im antifaschistischen Kampf erworbenen Disziplin widmet sich Marek nun der Aufgabe, der innerparteilichen Opposition andere Wege zu zeigen – neben der bekannten Einbahnstraße in den bürokratischen Sozialismus.
Aus diesem Bemühen läßt sich der merkwürdig trockene Charakter seines Anfang der sechziger Jahre entstandenen Buches "Philosophie der Weltrevolution" erklären, der doch dem Charme und Witz des lebendigen Erzählers Marek widerspricht. Im Untertitel "Beitrag zu einer Anthologie der Weltrevolution" tritt aber die politische Absicht deutlich zutage: Anthologie bedeutet eine Absage an Monolithismus, mehrere Wege der Weltveränderung werden vorgestellt – gleichberechtigt. Ein Buch in Sklavensprache: Unter starr formalistischen Überschrifen findet sich im Text das heimliche Abrücken von einer einzigen, alle Wahrheit beanspruchenden marxistisch-leninistischen Theorie.

Prinzip Diskussion

Marek versuchte nicht nur, in China, in den nationalen, antikolonialistischen Befreiungsbewegungen neue Ansätze zur Emanzipation zu sehen, sondern auch in der westeuropäischen Geschichte verschüttete, emanzipative Tendenzen neu zu beleben. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Italiens, die seit der resistenza langsam ihre Unabhängigkeit zu suchen begann, und das Studium ihres ersten Theoretikers, Antonio Gramsci, der doch Stalins Zeitgenosse war, boten eine Kritikmöglichkeit innerhalb der kommunistischen Tradition. Marek interpretiert Gramsci vor allem als Verfechter des Prinzips der Diskussion, ohne die eine Erneuerung der Arbeiterbewegung und des Marxismus unmöglich ist: "Dieses Prinzip ist schon deshalb heilsam, weil es ja nicht an Trägern der alten Gewohnheit fehlt, die – um ein Bild Gramscis zu verwenden – Leuchtkäfer erschlagen, wenn sie in mondheller Nacht nicht schlafen können." Diskussionen zur Zeit der österreichischen Republik und im vorfaschistischen Deutschland waren produktiv für Mareks Politisierungsprozeß gewesen. Wie mußte ihn der sterile Dogmatismus anwidern, der doch in Wiener Arbeiterclubs über S. Freud und A. Adler, neueste psychologische Theorien Wilhelm Reichs debattiert hatte, und der, wie viele andere aus den Elendsvierteln die völlig überbelegten Volkshochschulkurse Max Adlers besucht hatte! Kurz vor seinem Abschied aus der kommunistischen Partei schrieb er im Dezember 1968: "Viele dieser Gesichtspunkte waren im toten Winkel der kommunistischen Publizistik geblieben, weil diese so bedeutende Persönlichkeiten wie: Adorno, Levi-Strauß, Bloch, Marcuse, Fromm usw. ignoriert hatte. Und welche Instanz will sich anmaßen, zu entscheiden, wer ein 'wirklicher' Marxist ist und wer bloß ein 'inkonsequenter'. Nachdenkliche Kommunisten müßten eine solche Instanz ablehnen, nicht zuletzt mit Berücksichtigung all dessen, was sie selbst im Namen des "richtigen" Marxismus gelernt und gelehrt hatten."
Politische Identität entsteht wie alle Bildung des Selbstbewußtseins im Prozeß – aber der geschichtliche Prozeß, in dem Marek kämpfte und lebte, war nicht nur bestückt – im wahrsten Sinne des Wortes – mit Foltern, sondern auch mit Selbstqualen. Der Kampf im Untergrund, der nur mit äußerster Disziplin gegen die Nazis geführt werden konnte, prägte eine Generation lebensgeschichtlich: Der Ausschluß aus der Partei bedeutete für sie das Ende ihres politischen Lebens. Da sie auf ihr privates Leben unter den fürchterlichen Kampfbedingungen des Dritten Reiches verzichten mußten, bedeutete Ausschluß aus dem Kampf: bei lebendigem Leibe begraben zu sein. Von den ersten Schauprozessen 1936 bis Ungarn 1956 hatte es wahrlich genug Ereignisse gegeben, den Kommunismus in Frage zu stellen. Aber erst Prag 1968, als der bürokratische Militarismus Freiheit und Sozialismus unterdrückte, machte den Bruch für Marek unumgänglich: der schmerzhafteste Bruch, weil er politisch-persönlich auch mit sich selbst brechen mußte. Im November 1968, noch als Chefredakteur der Parteizeitung "Weg und Ziel", schrieb Marek seinen Aufsatz "Zur Struktur des Stalinmythos", der mit der Geschichte und den Individuen, die sie gemacht haben, abrechnet, ohne jemals pharisäisch zu werden. Die Spannung von Wissen und Parteipraxis, von Gewissen und Disziplin löst sich in der qualvollen Selbsterkenntnis des internationalistischen Kommunisten: "Und wenn die Überlebenden, wund und gedemütigt, wohl wissend, daß sie nicht unbedingt vertrauenswürdig sind, jene Zeit noch einmal durchdenken, in ehrlicher Gewissensforschung – sie finden keine andere Alternative, die sie damals hätten wählen sollen."
Indem er den Ausschluß aus der KPÖ riskierte, wählte Franz Marek den Weg zum Weiterleben als Kommunist. Die italienische Partei, deren Strategie er nicht unbedingt billigte, hat ihm die Treue gehalten. Er selbst setzte sich praktisch für die Opfer des Sowjetregimes ein, von dem nach 1968 für ihn Sowjet gestrichen werden konnte und Regime übrig blieb. Aber Antikommunist konnte und wollte er nicht werden.
Er setzte auf eine Erneuerung des Sozialismus in Europa aus dem Westen, die Kommunismus und Sozialdemokratismus als Stufen von gestern hinter sich läßt: **"Nicht stalinistisch, weil demokratisch, nicht sozialdemokratisch, weil sozialistisch."**

DETLEV CLAUSSEN

Zitierte Schriften Franz Mareks:

Philosophie der Weltrevolution, Europa-Verlag, Wien-Zürich-Frankfurt, 1966
Antonio Gramsci, in: Weg und Ziel, Wien, April 1967
Zur Struktur des Stalin-Mythos, in: Weg und Ziel, Wien, November 1968
Prinzip Diskussion, in: Weg und Ziel, Wien, Dezember 1968
Aus den "Aufzeichnungen eines alten Kommunisten", in: Wiener Tagebuch, Wien, September 1979

Interview mit Theo Pinkus

II. Teil

Theo Pinkus feierte am 21. August seinen siebzigsten Geburtstag. Im ersten Teil unseres Interviews berichtete er über die Etappen seiner Politisierung und seine Erfahrungen in und mit der KP in den dreißiger und vierziger Jahren. Daran knüpft dieser zweite unmittelbar an, der die Neugründung der KP in der Schweiz thematisiert.
Nachdem Theo Pinkus 1939 arbeitslos geworden war, entwickelte er den Büchersuchdienst. Das heißt: Da aus Deutschland nur noch ungenießbare Naziliteratur kam, organisierte er eine Art Vermittlungsdienst zwischen Büchern, die der eine Buchhändler anbot, der andere suchte. Daraus entwickelte sich dann später das Antiquariat mit der Spezialität für sozialistische Literatur, während der Büchersuchdienst seit den sechziger Jahren aufgrund der Taschenbuchproduktion und der Reprints kaum noch eine Rolle spielte. Theo Pinkus berichtet dann von der Entstehung und den Erfahrungen mit der Umwandlung seines Geschäfts in die Pinkus-Genossenschaft – eine Vorläuferin dessen, was heute als Alternativprojekte bezeichnet wird.

Grün: *Wie kam es während der Nazizeit zur Wiedergründung der schweizerischen KP als Partei der Arbeit (PdA)?*
Pinkus: Der Bundesrat hat damals bekannt werden lassen, daß er nichts gegen die Gründung einer Partei hätte, die einen anderen Namen als Kommunistische Partei trüge ...
Halberstadt: *Das ist ja beinahe ein Zulassungsmodell geworden!*
Pinkus: Ja. – Im Jahre 1943, nach Stalingrad, zeichnete sich der beginnende Zusammenbruch des Faschismus ab und man begann jetzt auch in Kreisen der schweizerischen Bourgeoisie zu ahnen, daß man nicht weiterhin nur auf die Karte des Faschismus setzen konnte, sondern sich rechtzeitig auf andere Entwicklungen in Europa einzurichten habe. Deshalb hat man den Parteileuten mitgeteilt, daß eine solche Gruppierung zugelassen würde. Für Hofmaier und die damalige Parteiführung war das das Signal, diese neue Partei tatsächlich zu gründen. Dann hat man aus der Sozialdemokratie alle linken Leute herausgeholt: Sie haben eine Konferenz der sogenannten "sozialistischen Linken" einberufen, und die hat sich dann mit großen Worten der Partei der Arbeit angeschlossen. Meiner persönlichen Einschätzung nach war die ganze Gründung damals falsch. Denn es bestand – nach den Beschlüssen des Winterthurer Parteitags der SP von 1943 (1) – durchaus die Möglichkeit, daß alle Kommunisten in die Sozialdemokratie aufgenommen worden wären und daß die SP sich in eine linkszentristische Partei verwandelt hätte – mit einer Abspaltung nach rechts, die sich bereits abgezeichnet hat. Natürlich hätte die Sozialdemokratie keine revolutionäre, radikale Rolle gespielt, aber das tat ja nun die Partei der Arbeit schon erst recht nicht, auch wenn sie es vielleicht verbal deklariert hat. Die PdA wollte die große sozialdemokratische und sozialistisch-demokratische Partei werden, die Sozialdemokratie überrunden oder bedeutungslos machen.
Grün: *Hast Du diese These von der Verwandlung der SP in eine linkssozialistische Partei als Alternative zur PdA-Gründung damals schon vertreten?*
Pinkus: Alles, was ich jetzt sage, habe ich da-

mals schon sehr entschieden vertreten. Natürlich nicht in der PdA, weil ich gar nicht Mitglied war, denn ich war ja noch in der SP. Ich habe das auch deutlich den Genossen gesagt, die mich nach meinem Ausschluß aus der SP aufforderten zum Beitritt in die PdA, nachdem man erkannt habe, daß mein Ausschluß aus der KPS damals falsch war und ich völlig rehabilitiert sei. Schließlich erklärte ich mich aber doch bereit, wieder mitzumachen. Das war 1950 – die PdA war damals, nach einigen Erfolgen in der unmittelbaren Nachkriegszeit nach schweren Krisen bei meinem als die alte KP. Ich machte bei meinem Eintritt den Vorbehalt, daß ich die Gründung der Partei eigentlich für falsch hielt. Dazu bemerkte Edgar Woog – einer der integersten und bedeutendsten Leute in der kommunistischen Bewegung, er ist 1973 gestorben – nur: "Naja, was willst Du machen, das ist nun halt schon passiert, das kann man nicht mehr rückgängig machen." Ich bin also eingetreten, allerdings ohne irgendwelche Funktionen zu übernehmen.

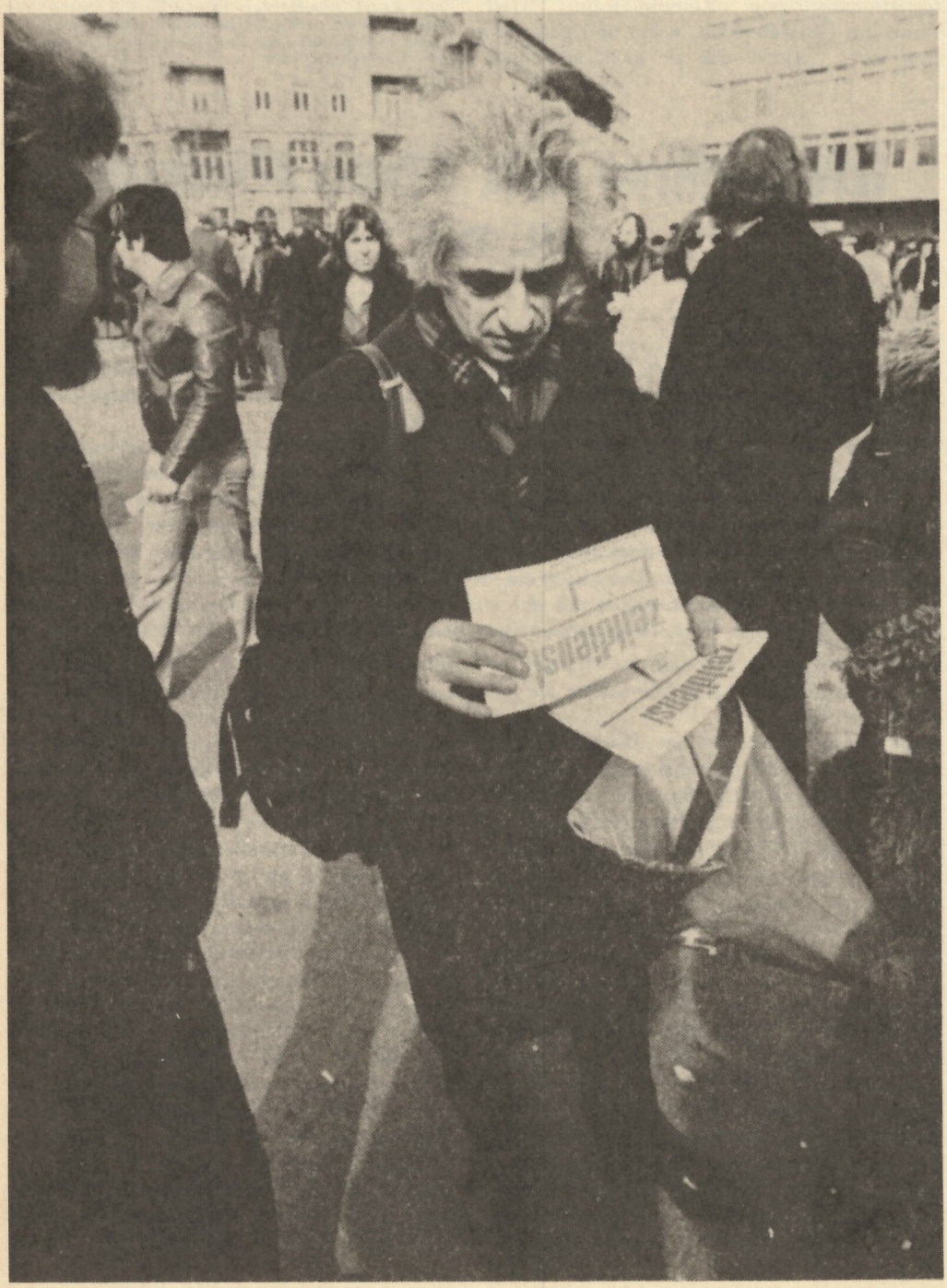
In Genf haben sich die Kommunisten übrigens zu einer starken Partei entwickelt, weil sich dort genau das abgespielt hatte, was eigentlich 1945 in der ganzen Schweiz hätte laufen können. Die kommunistischen Genossen gingen 1939 in die linke Sozialdemokratie; kurz darauf wurde die gesamte Sozialdemokratische Partei Genfs wegen ihrer linken und prosowjetischen Haltung aus der SPS ausgeschlossen, sie ist dann obendrein auch noch verboten worden, zusammen mit der KPS.

Grün: *Führst Du es letzten Endes auf jene Politik zurück, daß Genf heute einen kommunistischen Bürgermeister hat?*

Pinkus: Das ist eine interessante Frage. Natürlich hat damals die prosowjetische Haltung der Genfer Sozialdemokratie unter Nicole (2) das Hineingehen erleichtert. Auf jeden Fall hat es dazu geführt, daß der Stamm der Genfer Arbeiter seither bei den Kommunisten war und daß die Sozialdemokratie in Genf lange sehr schwach war und erst allmählich wieder aufholen konnte. Heute gehen beide Parteien bei den Wahlen gemeinsam vor, mit dem Ergebnis, daß vor einigen Wochen Roger Dafflon mit den meisten Stimmen wieder in die Stadtexekutive gewählt wurde. Die anderen Parteien haben jetzt ihren Widerstand aufgegeben und ihn turnusgemäß zum Bürgermeister gewählt. Immerhin der erste kommunistische Bürgermeister überhaupt in einer bedeutenden Stadt in der Schweiz, der UNO-Stadt Genf! Das alles ist für mich historisch und theoretisch ein Beweis, daß eine solche unitarische Politik 1943 bis 1945 vielleicht zu ähnlichen Ergebnissen geführt hätte. Natürlich weiß man nicht, inwieweit der Kalte Krieg alles wieder zerstört hätte. Aber Parteigeschichte ist ja dazu da, daß man aus ihr lernen soll, und wenn man sich nicht fragt, "was wäre gewesen, wenn ...", so kann man überhaupt nichts lernen.

Hier muß ich nun noch etwas Wichtiges nachholen. Im Jahre 1948 haben wir eine kleine Informationszeitschrift gegründet, zuerst nur vervielfältigt: den "Zeitdienst". Wir waren etwa 30 Leute damals, Sozialdemokraten, Kommunisten und Parteilose. Der "Zeitdienst" richtete sich gegen die mit dem Kalten Krieg zusammenhängende absolute Diffamierung der sozialistischen Länder, und unterstützte entschieden die Weltfriedensbewegung und die Kampagne gegen die Atombombe. Er erscheint seit damals wöchentlich, ehrenamtlich noch immer. Noch nie hat es in der Arbeiterbewegung eine Zeitung gegeben, die so lange ehrenamtlich erschienen ist. Der "Zeitdienst" hat immer seine Unabhängigkeit bewahrt, wurde aber von Woog und der Partei sehr geschätzt als Verbindungsglied. Die erste Schwierigkeit ergab sich beispielsweise, als 1949-50 die Prozesse gegen Rajk (3) und andere kamen. Damals hat Hugo Kramer, ein religiöser Sozialist, Mitgründer der Zeitschrift, einen Artikel veröffentlicht, in dem er Beweise dafür erbrachte, daß der ganze Rajk-Prozeß ein purer Schwindel war. Mir waren wohl solche Prozesse aus den 30er Jahren bekannt, ich war noch unsicherer als bei den Moskauer Prozessen, doch versuchte ich, ihn irgendwie zu rechtfertigen. Interessant ist, daß mir Woog damals erklärte, ich solle die Existenz des "Zeitdienstes" auf keinen Fall durch innere Konflikte aufs Spiel setzen und ihn gar einstellen: "Wenn Du kannst, so schreib, was wir darüber denken, wenn nicht, dann eben nicht." Das war ein weiser Standpunkt!

Bei der Jugoslawiengeschichte haben wir Stellung genommen für Jugoslawien und gegen die Tito-Diffamierung, mit der diese Prozesse damals im Zusammenhang standen. Die Partei der Arbeit war übrigens eine der wenigen Kommunistischen Parteien der Welt, die auch intern so Stellung genommen hat. 1952 oder 1953 hätte die ganze Partei vom Kominform angeprangert werden sollen, was aber durch Stalins Tod und die Kominform-Auflösung verhindert wurde. Weil aber Woog und andere intern bereits als "amerikanische Agenten" gebrandmarkt worden sind, kam es zu einer Zerreißprobe in der PdA. Zum orthodoxen Flügel, der absolut alles glaubte, was aus Moskau kam, gehörte unter anderen der frühere Sozialdemokrat Nicole aus Genf, der Parteivorsitzende war. Aber die Spaltung blieb auf einige Orte beschränkt und wurde dann überwunden. Woog blieb und die PdA kann sich heute rühmen, daß sie – auch in der Untersuchungskommission, die damals auf Druck hin gebildet wurde – zu dem Schluß kam, daß niemand in der Schweizer Partei und auch keine Leute außerhalb der Partei bewußt Spionage oder sonst etwas im Zusammenhang mit der Affäre Field (4) betrieben haben. Mehr noch: über Field selber könne man kein Urteil abgeben, weil wir die Behauptun-



Theo Pinkus Bild: aus focus

gen nicht überprüfen könnten. Das ist der Partei sehr verübelt worden – heute ist das natürlich eine ihrer positiven Seiten.
Die PdA hat sich dann, wenn auch nicht stark, an den Anti-Atomwaffen-Märschen beteiligt, die eine große Bedeutung hatten und Vorläufer der Studenten-, Lehrlings- und Schülerbewegung waren. Als es dann zum Jahre 1968 kam und sich in der Schweiz interessanterweise stärker als in der BRD auch Lehrlinge an dieser Bewegung beteiligten, und als es in Zürich im Kampf um ein Jugendzentrum zum berühmten "Globuskrawall" kam, da war ich mit Konrad Farner zusammen, ganz an der Seite dieser jungen Leute. Einige dieser Jugendlichen haben dann die antiautoritäre "junge Sektion" der PdA gegründet, eine Sonderorganisation, die in Zürich zwar anerkannt war, aber von der Partei nie ganz geschluckt werden konnte. Da waren Franz Rueb dabei, meine Söhne Marco und André und eine ganze Reihe von Leuten, die heute noch irgendwo in der Arbeiterbewegung oder in der Linken aktiv sind. Der PdA-Parteitag von 1968 fand kurz nach den tschechischen Ereignissen statt und stand natürlich ganz unter deren Zeichen. Die PdA hat sich gegen den Einmarsch gewandt und steht noch heute auf diesem Standpunkt, auch wenn sie nicht allzuviel Gebrauch davon macht.

Grün: *Vielleicht kannst Du noch kurz auf das politisch entscheidende Jahr 1956 eingehen ...*

Pinkus: Ja. Die Partei hatte sich damals gerade wieder ein bißchen erholt. Da kam es zu den Ereignissen in Ungarn. Über 10.000 ungarische Flüchtlinge kamen in die Schweiz, wo sie mit großer Anteilnahme und Begeisterung empfangen wurden, als lebendige Beweisstücke, respektive -menschen dafür, wie fürchterlich das Regime in Ungarn und überhaupt der Sozialismus sei. Alle, die kritisch waren oder sich nicht lauthals von den ungarischen Ereignissen distanzierten, wurden als Kommunisten verfolgt, verloren oft ihre Stellen, wurden teilweise sogar aus den Wohnungen rausgeschmissen. Es kam zu Ausschreitungen und Gewaltakten. Ich weise dazu auf das Büchlein "Niemals vergessen" (5) hin und erinnere nur an den Fall Farner: Konrad Farner, einer der führenden und wenigen marxistischen Intellektuellen, wurde mit seiner Familie regelrecht belagert in seiner Wohnung in Thalwil, im Nachbarsgarten hatte man ein großes Schild angebracht: "Hier wohnt ein Verräter, der unser Land an die Russen verkaufen will" oder so ähnlich. Auch unser Geschäft sollte ruiniert werden: wir wurden rausgeschmissen aus einem gerade erst eingerichteten Laden und aus dem Häuschen, in dem das Antiquariat war. Wir fanden nichts anderes und wußten überhaupt nicht, wie wir weitermachen sollten. Zufällig erfuhren wir von einem verwahrlosten Haus in einer verwahrlosten Trödlergasse, in der Froschaugasse – heute ist sie ja bald eine Boutiquenstraße – das zu haben sei. Aber wir hatten keine Ahnung, wie man ein Haus kauft, und wir wollten auch nie so etwas machen, da es im Widerspruch zu unseren kommunistischen Auffassungen stand. Wir haben uns 30.000 Franken für die Anzahlung zusammengepumpt; die Hypotheken übernahm schließlich die Gewerkschaft VHTL (Verband der Handels-, Transport- und Lebensmittelarbeiter), in der ich damals 25 Jahre Mitglied war. Jetzt waren wir Hausbesitzer! Wir haben eine großartige solidarische Hilfe erlebt: Bauarbeiter- und Schreinergenossen richteten das Haus so her, daß es das Antiquariat aufnehmen konnte. Das war sehr imponierend damals. Auch das Verhalten des VHTL, den man schwer angegriffen hätte, wenn das publik geworden wäre. So bin ich vom Klassengegner nicht nur gezwungen worden, selbständig zu werden, sondern auch noch – in der antikommunistischen Pogromstimmung von 1956 – Hausbesitzer zu werden, was dank gewerkschaftlicher und Genossen-Hilfe gelang. 1971/72 haben wir die Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung gegründet und das Antiquariat in eine Genossenschaft ungewandelt. Wir haben das Haus – dessen Boden inzwischen eine unheimliche Wertsteigerung erfahren hat –, die Bibliothek mit circa 12.000 Bänden und die Firma der Stiftung geschenkt. Die 17 Leute der Firma, Genossenschaftler ohne Anteile, kauften dann der Stiftung die Firma mit der ganzen Einrichtung für 300.000 Franken ab, mit einem Kredit, den ihnen die Stiftung gab. Sie müssen diesen Kredit nie zurückzahlen, er kann laut Verträgen und Statuten gar nie zurückgezahlt werden, sofern sie drei Bedingungen erfüllen: erstens fortschrittliche Bücher vertreiben; zweitens die Selbstverwaltung beibehalten; drittens die Studienbibliothek der Stiftung unterstützen. So lange das funktioniert, bleibt der Kredit als zeitloser zur Verfügung und ist in Form von Büchern an die Studienbibliothek zu verzinsen. So bin ich als Kommunist nach einer 30jährigen Irrfahrt als Kleinkapitalist sozusagen wieder zum Ursprung zurückgekehrt und konnte das, was mir durch die Bodenspekulanten zufällig zufiel – und auch dadurch, daß das Geschäft eine gewisse Größe erhalten hatte – in den Dienst dessen stellen, was ich eigentlich wollte.

Grün: *Gibt es einen Widerspruch zwischen Dir als Parteimitglied und Linken und dem Pinkus als Unternehmer?*

Pinkus: Der Widerspruch zwischen der Mitgliedschaft in einer traditionellen KP und zum Beispiel der Teilnahme an einer Veranstaltung über alternatives Arbeiten und Leben, auf der wir hier sind, löst sich insofern auf, als wir beide, Amalie und ich, immer versuchten, das Private und das Öffentliche in eine Einheit zu bringen. Der Widerspruch, Kommunist zu sein und ein eigenes Geschäft zu haben, störte mich schon sehr, aber wir sind beide relativ leicht damit fertig geworden, weil wir beide immer politisch aktiv waren und weil wir gar nie in eine Luxussituation gekommen sind. Außerdem hatten wir zu Geld und Besitz stets ein sehr distanziertes Verhältnis – außer, wenn wir einmal gar nichts hatten. Daß die Firma sich entwickelte, ist fast unmerklich passiert. Daß das etwas Wohlhabenheit gebracht hat, die ich dann wieder loswerden konnte, das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß ich zur Idee der Selbstverwaltung aus verschiedenen Gründen angeregt wurde. Einmal, weil aus der Geschichte der Arbeiterbewegung das Genossenschaftswesen, die Selbstbestimmung und -verwaltung nicht wegzudenken ist; dann, weil ja bereits bei Marx und Engels das Problem der Entfremdung gründlich behandelt wird und zu einem lehrreichen Dissertationsthema in Ost und West geworden ist. Die Entfremdung wird natürlich nicht am Sankt Nimmerleins-

Das wichtigste Forum gesellschaftlicher und literarischer Hoffnungen nach 1945

OST UND WEST markierte einen Neuansatz nach dem Zusammenbruch des Nazi-Regimes. Im Jahr des 30jährigen Jubiläums beider deutscher Staaten ist die Zeitschrift von großer und unmittelbarer Aktualität. Alle kritischen Hoffnungen der damals z. T. unbekannten und heute maßgeblichen Schriftsteller, Kritiker und Journalisten kamen hier zu Wort.

OST UND WEST
Beiträge zu kulturellen und politischen Fragen der Zeit 1947–1949.
Herausgegeben von Alfred Kantorowicz

Neudruck mit einem Gesamtverzeichnis der Beiträge und einem Autorenregister.

5 Bände mit ca. 3.200 Seiten, im Schuber.

Subskriptionspreis bis 31. 12. 1979:
Paperback: DM 98,– (danach DM 120,–)
Leinen mit Schutzumschlag: DM 198,– (danach DM 240,–)

ATHENÄUM
Herbst 1979

tag aufgehoben, sondern in einem konkreten Lebensbereich: in einer bestimmten Lebenszeit sollte gekämpft und die Entfremdung aufgehoben werden, zumindest teilweise, wenn's gelingt. Ich spreche da vom "Entfremdungsbarometer", das immer möglichst niedrig stehen soll. Das haben wir zwar schon als sogenannte Inhaber zu praktizieren versucht: wir haben genauso gelebt wie die, die bei uns arbeiteten. Aber erst durch eine gründliche Diskussion mit Yvon Bourdet, einem französischen Theoretiker der Selbstverwaltung, der auch die Zeitschrift "Autogestion socialiste" herausgibt, ist mir klar geworden, daß auch ein so kleiner Betrieb mit der merkwürdigen Rolle, die er hat, konkrete praktische Schritte in diese Richtung machen kann. Das haben wir dann versucht. Die Genossin, die die Geschäfte geleitet hat, hielt davon nicht viel: das sei doch eine Zumutung und antigewerkschaftlich, denn wenn die Leute abends aus der Bude nach Hause gehen, so wollten sie nicht noch einmal belastet werden. Als diese Genossin dann in Pension ging, habe ich ein Projekt ausgearbeitet und vorgelegt, über das wir lange diskutiert haben. Inzwischen ist die Genossenschaft gesichert und kann nicht mehr rückgängig gemacht werden.

Die Selbstverwaltung hat sich zu unserer Überraschung viel besser bewährt, als wir selbst erwartet hatten. Und zwar sind drei Dinge ganz wesentlich. Erstens: niemand hatte und hat eine Motivierung, etwas, was er dort geleistet hat, privat wieder herauszunehmen. Die juristische Form macht das eh unmöglich, da ja das eigentlich Kapital, dieser Kredit, bei der Stiftung neutralisiert ist. Natürlich ist das Kapitalverhältnis noch da, und gerade jetzt gibt es wieder Reibungen, zum Beispiel, wenn die Stiftung die Miete erhöht. Das ist jetzt passiert. Solche Spannungen gibt es schon. Ein weiteres wesentliches Element war der Hierarchieabbau im Betrieb durch den Beschluß, daß alle gleich viel verdienen. In Etappen wurden in zwei Jahren die Löhne so angeglichen, bis jeder den damaligen Höchstlohn von 1.600 Franken erreicht hatte, danach wurde nur noch gemeinsam auf den höchsten Tariflohn und ca. 40 Frk. aufgestockt. Die Lehrlinge kriegten den doppelten Lehrlingslohn gleich bei Lehrbeginn. Das Dritte war, daß wir die Arbeitszeit, offiziell im Buchhandel noch bei 44 Stunden, verkürzten auf 38 Stunden. Mit der einmal monatlich stattfindenden Vollversammlung und mit einigen Besprechungen kommt man zusammen so etwa auf 39 bis 40 Stunden. Das alles hat den Betrieb sozusagen zu einem Modell in der Branche gemacht und hat viel mehr bewirkt, als ich je erwartet hätte.

Halberstadt: *Von Deinen eigenen Grundlagen theoretischer und moralischer Art her bist Du zu dieser Art der Selbstverwaltung gekommen. Sind dabei auch Erfahrungen des "realen Sozialismus" mit eingegangen? Dort wird ja noch immer verkündet, die Grundlage des Sozialismus sei die Verstaatlichung. Selbstverwaltung ist aber etwas anderes als Verstaatlichung. Haben diese Erfahrungen auch Pate gestanden bei Deinem Gegenmodell?*

Pinkus: Nein. Dieselbe Antwort, die mir Porst gab, dem ich in einer ausführlichen Diskussion über sein Selbstverwaltungsmodell die gleiche Frage gestellt habe, weil er ja mit der DDR verbunden war und dafür sogar anderthalb Jahre sitzen mußte. Er verneinte. Anregung kam bei mir durch den Fall Wagenbach und das Scheitern, aus dem man lernen mußte. Anregung kam dann durch die Diskussion mit Yvon Bourdet. Im Grunde genommen gründet aber die Entscheidung letztlich in meiner grundsätzlichen Haltung seit meiner Jugend, die eben im Sozialismus tatsächlich die Emanzipation für wesentlich hält, die Aufhebung der Entfremdung, die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit im Rahmen der Kollektive. Und da haben die Anarchisten viel mehr geleistet, theoretisch und in vielen Beispielen, auch die Utopisten der früheren Zeit. Es ist erstaunlich, was die dazu früher gedacht und geschrieben haben – von Leuten aus dem 17. Jahrhundert bis zu Fourier und so – wie die Menschen untereinander vernünftig und sozialistisch leben können. Aber unter den verschiedenen Zwängen und unter der Führung des Staates und der Partei, wobei der Staat nicht etwa langsam liquidiert wird, wie das bei Lenin noch in "Staat und Revolution" ganz eindeutig formuliert ist, wird dort die Selbstverwaltung in dieser Form nicht stattfinden. Trotzdem gibt es auch dort Keime, das muß man sehen. Man unterschätzt das, weil das Selbstbewußtsein der Arbeiter dort durchaus nicht so gering ist, wie man manchmal glaubt.

Halberstadt: *Eine Entsprechung würde ich in den LPGs sehen, zumal da ein Genossenschaftsanteil, der wieder rausgenommen werden kann, ja auch nicht existiert ...*

Pinkus: Ich habe in der DDR einige LPGs studieren können, auch in der Entwicklung, und ich muß sagen, es ist schon sehr eindrucksvoll. Die Bauern sind heute Agroleute und Wissenschaftler etc. geworden im Laufe der Zeit, und da ist schon eine weitgehende Demokratisierung entstanden. Ich glaube, daß da viele Keime sind, die auch zum selben Ziel führen können, die aber immer wieder behindert werden durch die absolute Führungsrolle der Partei und durch die Tatsache, daß man "verantwortungslos" ist, Verantwortung den Höheren zuschiebt und dann wartet, was durchgeführt wird. Das ist ein Hemmnis in der emanzipatorischen Entwicklung der Leute, und das kann nun leider nicht rhetorisch-theoretisch mit gewissen Erziehungsversuchen liquidiert werden.

Fortsetzung folgt

Die konkreten Utopien gesellschaftlicher Arbeit

Arbeitstagung in Fortsetzung der Ernst-Bloch-Tage in Tübingen
am 23./24. November 1979

Programm

Freitag, 23. November, 20.00 Uhr:
Eröffnungsveranstaltung (voraussichtlich mit André Gorz)
Samstag, 24. November:
Arbeitsgruppen

Anmeldung dringend erforderlich beim SZ Tübingen, Münzgasse 13, 74 Tübingen (Name, Adresse und Anzahl der benötigten Schlafplätze)

Anmerkungen:

(1) Die SPS beschloß, sich für die Aufhebung des KPS-Verbots einzusetzen und deren Mitglieder einzeln aufzunehmen.
(2) Léon Nicole (1887-1965), führender Kopf der Genfer Sozialdemokratie, die sich unter seinem Einfluß nach links entwickelte. 1919-1940 Nationalrat. 1933 verurteilt wegen Aufruf zum Widerstand gegen eine Versammlung der faschistischen "nationalen Union", den die Bundesregierung mit Militär zusammenschießen ließ (13 Tote, 70 Verwundete). 1933-1936 Präsident der Genfer SP-Regierung. 1939 aus der SPS ausgeschlossen, weil er den Hitler-Stalin-Pakt als Beitrag zum Frieden feierte. Während der Krieges Verbot der KPS und der Nicolisten, das auch zu seinem Ausschluß aus dem Nationalrat führte. Dann Präsident und Funktionschef der Genfer PdA, 1952 wegen "parteischädigendem Verhalten" ausgeschlossen.
(3) Prozeß gegen den ehemaligen ungarischen Innenminister Rajk. Im Oktober 1949 wurde der einstige Spanienkämpfer, Widerstandskämpfer und KZ-Häftling Rajk hingerichtet als Spion, Verräter, Heuchler und Lügner. Der Prozeß stellte einen Höhepunkt der Diffamierung Titos und Jugoslawiens dar. Die Forderung nach voller Rehabilitierung Rajks und das Staatsbegräbnis für den ehedem als "Staatsverbrecher" Verurteilten haben mit beigetragen, zur Verbreitung der ungarischen Opposition 1956.
(4) Field-Affäre: Der amerikanische Kommunist Noël Field, Sohn eines in Zürich lebenden amerikanischen Beamten und Gelehrten, war von den Unitariern, einer amerikanischen freiheitlichen Bewegung, angestellt, um in Europa von der Schweiz aus Hilfsaktionen für KZ-Insassen zu organisieren. Mit der Hilfe zahlreicher Kommunisten gelang es ihm, ein Netz für Hilfsaktionen v.a. in die französischen Konzentrationslager aufzubauen. Die USA beargwöhnten diese Tätigkeit, weil Field sich auf kommunistische Vertrauensleute stützte. Field war bis 1949 in den USA, kam dann nach Europa zurück und hoffte, in der DDR oder in der Tschochoslowakei Arbeit zu finden. Er wurde als "amerikanischer Agent" verhaftet und in Budapest fünf Jahre in Einzelhaft gehalten. In allen Prozessen, die Moskau damals in Osteuropa inszenierte, war Field der große Agent im Hintergrund, den man aber nie wagte, als Angeklagter oder Zeuge auftreten zu lassen, weil er sich standhaft weigerte, jemanden zu belasten. Nach Stalins und Berias Tod rehabilitiert.
(5) Marta Farner u.a., "Niemals vergessen!" Betroffene berichten über die Auswirkungen der Ungarn-Ereignisse 1956 in der Schweiz, Limmat-Verlag Genossenschaft, Zürich 1976.

Erwähnte Institutionen

Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7, CH-8001 Zürich, betreibt das Antiquariat, den Büchersuchdienst, die linke Limmatbuchhandlung und eine kleine literarische Agentur

"Zeitdienst", Wochenzeitschrift zur sozialistischen Information und Diskussion, erscheint im 32. Jahrgang. Anschrift: Postfach 195, CH-8025 Zürich

Stiftung Studienbibliothek zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Wildbachstr. 48, CH-8008 Zürich. Diese Handbibliothek wurde 1970 gegründet. Sie besteht aus ca. 15.000 z.T. mehrbändigen Werken, einer stattlichen Sammlung von Zeitungen und Zeitschriften sowie aus einem riesigen Archiv, geöffnet täglich von 14.00-18.00 Uhr (Voranmeldung: Ol/554436).

BI – Bibliographische Information. Gegründet von Theo Pinkus und M. Tucek, seit 1972 herausgegeben von der "International Association of Labour History Institutions". Die BI erscheint unregelmäßig und hat sich zur Aufgabe gestellt, über alle die sozialistische, kommunistische und die gesamte Arbeiterbewegung sowie den real existierenden Sozialismus betreffenden Neuerscheinungen in englischer, französischer, deutscher, italienischer und spanischer Sprache zu informieren. Bezug: Pinkus-Genossenschaft, Froschaugasse 7, CH-8001 Zürich.

Salecina, Stiftung. Bildungs- und Ferienzentrum, das sich als Bestandteil der Arbeiter- und sozialistischen Bewegung versteht und offen ist für Bildungs- und Ferienveranstaltungen aller Art. Das erweiterte Bauernhaus hat Schlafplätze für 50-60 Personen. Auch hier wird selbstverwaltet, d.h. selbst gekocht, gespült und gereinigt. Salecina liegt in der Nähe des Maloja-Passes (20 km von St. Moritz, Kanton Graubünden, Schweiz) auf 1815 m ü.M., am Übergang zwischen Engadin und Bergell, einer der schönsten Gegenden der Alpen. Anfragen: Stiftung Salecina, Orden Dent, Postfach 10, CH-7516 Maloja, Tel. 082/43239.

Limmat-Verlag: früher bei der Pinkus und Co; seit 5 Jahren ehrenamtlich funktionierendes Kollektiv von 11 Genossinnen und Genossen (3 aus der Pinkus-Genossenschaft). Prospekte anfordern beim Verlag, Wildbachstraße 48 oder der Limmat-Buchhandlung, Froschaugasse 7 in Zürich.

"Überwindet die Mauern"

Bericht über eine Gefangenenorganisation

Der norwegische Kriminalsoziologe Thomas Matthiesen beschreibt in seinem neuesten Buch "Überwindet die Mauern" den langjährigen Kampf der Gefangenenorganisation "KROM" um "negative Reformen" im Strafvollzug. Was es damit auf sich hat, wollte Helmut Ortner von dem Bremer Kriminologen Karl F. Schumann wissen, der die deutsche Buchausgabe herausgebracht und eingeleitet hat.

Helmut Ortner: *Matthiesen geht ja in seinem Text auf die stets prekäre Fragen von Reformen innerhalb staatlicher Kontroll- und Sanktionssysteme ein. Er unterschiedet hierbei "positive" und "negative" Reformen. Kannst Du das konkretisieren?*

Karl F. Schumann: Positive Reformen sind gleichbedeutend mit Modernisierung und Fortschritt. Es sind Veränderungen, die Grundstrukturen des Bestehenden intakt lassen. Dagegen bedeutet Matthiesens Konzept der negativen Reform, daß Veränderungen durchgesetzt werden, die wesentliche Funktionen des Gegebenen außer Kraft setzen oder Strukturen teilweise aufheben. Eine positive Reform im Gefängniswesen wäre etwa der vielbeschworene Wohngruppenvollzug. Vollzug in kleinen, stabilen Gruppen erlaubt scheinbar eine humanere Existenz als der lange Zellentrakt; aber er vereinfacht und verstärkt auch die Kontrollmöglichkeit. Viele positive Reformen sind Humanisierungen (jedenfalls scheinbar), schon aus legitimatorischen Gründen: alles wird besser und schöner. Negative Reformen scheinen eher inhuman. Z.B. klingt die Forderung nach Entlassung aller Gefängnisärzte, als wolle man die Gefangenen im Stich lassen. Und doch nimmt erst die Beseitigung der Gefängnismedizin (plus Krankenversicherung der Gefangenen, plus freie Arzt wahl) dem Gefängniswesen die Vernebelungsmöglichkeiten für die Gesundheitsschädlichkeit von Haft.

Als negative Reform kann m.E. auch die Garantie von normalem Arbeitnehmerstatus und von gemischten Arbeitsplätzen sein (d.h. Gefangene und Nichtgefangene arbeiten an gleichwertigen Arbeitsplätzen außerhalb der Anstalt oder in Gefängnisbetrieben). Der Sonderstatus (und die Sonderausbeutung) der Gefangenenarbeit wäre damit beseitigt. In diesen Fällen wäre jeweils ein Stück der Mauern, die Gefangene von denen draußen trennen sollen, eingerissen.

Helmut Ortner: *Um einmal ein Beispiel zu nennen: ist das Fordern von einer halben Stunde mehr Besuch im Monat, das Eintreten für bessere Bücher in der Gefängnisbibliothek bereits eine "positive", also letztlich das Gesamtsystem stabilisierende Reform?*

Karl F. Schumann: Mathiesen sagt: Positive Reformen verhelfen dem System zu neuem Glanz. Die beiden Beispiele eigenen sich dafür kaum. Sollen etwa statt 60 Minuten nun 90 Minuten für Besuche von Verwandten und Bekannten insgesamt im Monat zur Verfügung stehen, wird ein sehr unmenschlicher Zustand durch einen kaum weniger unmenschlichen ersetzt – immerhin sind Menschen ja soziale Lebewesen, die von ihren Beziehungen zu anderen leben. Eine derartige "Reform" kann wohl kein Gefängnisdirektor propagandistisch ausschlachten. Und auch mit den altmodisch gewordenen Büchereien läßt sich im Zeitalter der Massenmedien kein moderner Strafvollzug vortäuschen. Ganz anders wäre aber eine Forderung einzuschätzen wie: jedem Gefangenen ein eigener Fernseher. Würde diese Forderung erfüllt, ohne daß die Zellentüren zugleich geöffnet blieben, würde die Isolation der Gefangenen nur verstärkt und die Beruhigung der Gefängnisse statt mit Valium nun mit der Pille TV zuwegegebracht werden. Und trotzdem könnte das Gefängniswesen sich zugleich als besonders großzügig und human darstellen.

Helmut Ortner: *Kann Matthiesens Modell einer Randgruppenarbeit Deiner Meinung nach hier neue Impulse geben oder anders: kann man norwegische Verhältnisse auf die BRD-Situation eigentlich übertragen?*

Karl F. Schumann: Zunächst einmal zum Norwegen-Argument. Die Übertragbarkeitsfrage hat manchmal einen Hauch von Chauvinismus: was in den kleinen Ländern (Belgien, Portugal, Norwegen usw.) möglich ist, paßt für unsere großräumigen Verhältnisse nicht. Das wäre natürlich unrichtig. Z.B. war etwa in den skandinavischen Ländern die Anti-Atomkraft-Bewegung viel früher lebendig als bei uns. Andererseits ist die Frage aber völlig berechtigt. Man denke nur an die Zersplitterung der Gefangenenarbeit in der BRD und ihre Fixierung auf sogenannte "politische Gefangene", die Du einmal "linke Einäugigkeit" genannt hast. Ob der Irrglaube, mit gewöhnlichen Knackies sei nur karitative Arbeit möglich, gegenwärtig überwunden werden kann, ist fraglich.

Und schließlich darf man nicht übersehen, daß der Staat gegen eine Gefangenenbewegung mit Mitteln vorgehen wird wie Verteufelung als Terrorismus-Sympathisanten und Kriminalisierung mit den Mitteln des Strafrechts. Ich kenne eine Reihe von Fällen, wo praktisch unbegründet gegen Gruppen, die Gefangenenarbeit leisteten, Ermittlungsverfahren eingeleitet wurden. Solche Verfahren werden dann irgendwann eingestellt, aber durch Haussuchungen, Beschlagnahme von Unterlagen und Überwachung sind die Arbeitsmöglichkeiten der Gruppe praktisch vernichtet worden. Mit solchen schikanösen Reaktionen wäre wohl zu rechnen.

Andererseits wurde in der BRD die Arbeitsform von KROM ja schon erfolgreich angewandt. Ich denke an die 2. Sitzungsperiode des Russell-Tribunals, wo mit solidem Material in breiter Medienarbeit die bedenklichen Verschärfungen im Strafprozeßrecht dokumentiert wurden. Das Tribunal wurde von bundesweit verstreuten Gruppen vorbereitet; das beweist, daß koordiniert breite Kampagnen gegen staatliche Kontrollpolitik möglich sind. Denkbar wären etwa jährliche Tribunale

über skandalöse Erscheinungen wie Zwangserziehung in geschlossenen Heimen, das Elend der Strafverteidigung, Waffengebrauch durch Polizei, Jugendarrest und Jugendstrafvollzug usw.

Helmut Ortner: *Mathiesens Text ist erfreulicherweise leicht zu lesen, spricht eine verständliche Sprache. Das Buch eignet sich deshalb sowohl zur theoretischen Diskussion, als auch zur direkten Praxisanregung. Wo gibt es exemplarische Ansatzmöglichkeiten einer "Strategie der Negation" – wie sie Mathiesen nennt – hierzulande? Kannst Du Beispiele nennen?*

Karl F. Schumann: Ein gutes Beispiel für strukturaufhebende Arbeit hat die "Ärztegruppe Westberlin für eine ausreichende mezinische Versorgung in den Haftanstalten" zu geben versucht. Sie bot den Gefangenen eine Alternative zur Gefängnismedizin an und schuf sich zugleich eine Kontrollmöglichkeit für die Haftbedingungen. Gerade deshalb ist ihre Arbeit ja auch vehement behindert worden. Dienste für die Gefangenen von außen bereitzustellen, um das Monopol der gefängnisinternen Versorgung zu durchbrechen, wäre möglich im Bereich der Bildung, Berufsbildung und Weiterbildung, der Rechtsberatung, aber auch in der Sozialarbeit. Würden etwa über die nichtstaatlichen Träger der Sozialarbeit in großem Umfang Sozialarbeiter für Gefangene bereitgestellt, hätten diese nicht mehr unter dem Damoklesschwert des Rausschmisses zu arbeiten. Im Ernstfall müßten sie allenfalls den Arbeitsplatz im Knast mit einem draußen vertauschen; ihr Arbeitsverhältnis bliebe bestehen. Eine solche Absicherung der Arbeitsmöglichkeit müßte gewerkschaftlich erkämpft werden. Kurzfristig möglich wären lokale Büros an den Gefängnisorten, die z.B. rechtlichen Rat für Gefangene und deren Angehörige geben und unter Einsatz aller Rechtsmittel bei geeigneten Fällen das Strafvollzugsgesetz ausweiten; sie könnten für eine Maximalzahl von Gefangenen Lockerungen des Vollzugs durchsetzen und – wo nötig – dafür die Voraussetzungen schaffen; sie müßten ein offenes Ohr für Ereignisse im Knast haben, verschiedenste Kanäle nutzen und es verhindern, daß für herausgesickerte und postwendend publizierte Informationen der Nachrichtenspender identifiziert werden könnte.
Schon jetzt realisierbar wären auch sorgfältig vorbereitete Kampagnen gegen Trennscheiben, Behinderung ehrenamtlicher Mitarbeit oder Verwahrung Drogenkranker im Vollzug.

Helmut Ortner arbeitet als Sozialpädagoge mit Familien von Strafgefangenen in Darmstadt. Im Frühjahr 1980 erscheint zusammen mit Reinhard Wetter ein neues Buch bei Klett-Cotta "Sozialarbeit ohne Mauern – außerinstitutionelle Gefangenenarbeit".

Der Koordinationsrat des Arbeitsfeldes Hochschule lädt zu einer Arbeitsfeldtagung ein.
Termin: 20./21.10.1979
Ort: Duisburg, Siegstr. 15
Thema: Krise sozialistischer Hochschulpolitik
Als Referenten werden erwartet: Richard Meng (Juso-hsg); Alo Schmeissner (Basisgruppen).
Anmeldung bis 10.10.1979 bei SHG Duisburg, Siegstr. 15, Tel. 0203/340083

Schwule und Ängste

"Das sind ja äußerst widernatürliche Enthüllungen. Die Homosexuellen fangen an sich zu zählen und zu finden, daß sie eine Macht im Staate bilden. Nur die Organisation fehlt, aber sie scheint bereits im Geheimen zu bestehen. Und da sie in allen alten und selbst neuen Parteien so bedeutende Männer zählen, kann ihnen der Sieg nicht ausbleiben. Krieg den Fotzen, Friede den Arschlöchern! Es ist nur ein Glück, daß wir persönlich zu alt sind, als daß wir noch beim Sieg dieser Partei fürchten müßten, den Siegern körperlich Tribut zahlen zu müssen. Übrigens auch nur in Deutschland möglich, daß so ein Bursche auftritt, und die Schweinerei in eine Theorie umsetzt."
(Briefauszug von Engels an Marx, 1869, Reaktion auf einen Besuch von Karl Heinrich Ulrichs, einem engagierten Linken, erster Einzelkämpfer für die Emanzipation der Homosexuellen, der sich als einer der ersten offen zu seiner Homosexualität bekannte und dessen Gedanken auch heute noch ungemein fortschrittlich erscheinen)

Einige langjährige, überzeugte "links"-Leser, von mir befragt, was die "links" bisher über Homosexualität berichtet habe, antworteten, "bisher so gut wie nichts". Beachtlich für eine Zeitschrift mit ansonsten weltweitem Engagement für unterdrückte Minderheiten, die ca. 5% Schwule mitten unter sich so konsequent publizistisch zu ignorieren. Ihre Informationen zum Thema Homosexualität bezogen die Befragten aus der "Frankfurter Rundschau" und dem SPIEGEL, der in seinen letzten Ausgaben berichtet über das Schwulentreffen Homolulu, die Aufhebung des Einreiseverbotes für Schwule in die USA, den Arbeitskreis "Schwule Sozialdemokraten", das Führen von Schwulenkarteien bei den verschiedenen Überwachungsbehörden, Thomas Mann's Auseinandersetzung mit seiner Homosexualität, Italiens aktive Polit-Schwulengruppen.

Repressive Toleranz und Repression

Man sieht, die Schwierigkeiten der Linken mit den Schwulen haben ehrwürdige Tradition, und das, obwohl die um Emanzipation bemühten Schwulen immer auch Linke waren. Die Abwehr des Themas – von repressiver Toleranz (z.B. bei "links") bis zur massiven Repression (z.B. in dem zitierten Engels-Brief) hat ihre Gründe:

- Homosexuelle stellen durch ihre Existenz die traditionelle Familie in Frage, indem sie sich ihr (notgedrungen) verweigern. Ehe und Familie haben u.a. die Funktion, das Individuum, insbesondere dessen Sexualität, entsprechend den Bedürfnissen der jeweiligen gesellschaftlichen Ordnung zu strukturieren zum Zwecke einer politischen und ökonomischen Stabilisierung des Systems. Homosexualität wird mißverstanden als bewußte Weigerung, sich diesen Zwängen zu unterwerfen.
- Homosexualität (als männlicher Homosexueller beziehe ich mich im wesentlichen auf die Aspekte der männlichen Homosexualität) stellt die traditionelle Männerrolle in Frage. Biologisch ganz offensichtlich Männer, gerieren sie sich oft femininer als Frauen heutzutage und sind auch bereit, sexuell die Frauenrolle zu übernehmen, auf gut deutsch, sich ficken zu lassen, daran Spaß zu haben und das auch noch zuzugeben. Die Aversion gegen die Schwulen ist auch die Angst vor dem Weiblichen.
- Homosexuelle Männer konfrontieren heterosexuelle Männer mit ihren eigenen, meist verdrängten homosexuellen Wünschen. Die Furcht, vielleicht selbst schwul zu sein, läßt sie in den Homosexuellen ihre eigenen, nicht eingestandenen homosexuellen Bedürfnisse verfolgen. Dabei weiß man spätestens seit Freud, daß menschliche Sexualität auch homosexuelle Anteile impliziert, die, bewußt ausgelebt, durchaus eine Bereicherung menschlichen Erlebens sein könnten und schon von der Genese her etwas grundsätzlich anderes sind als die frühkindlich erworbene Homosexualität der Schwulen. Verführung zur Homosexualität (als festgelegte Triebrichtung) ist also nicht möglich, wohl aber zu homosexuellen Handlungen. Das geschieht auch ausgiebig, hauptsächlich unter den Heterosexuellen selbst während der Pubertät und kurz danach. Letztlich kann kein Erwachsener zu etwas verführt werden, was er nicht auch selber will.
- Homosexuelle unterscheiden sich aber nicht nur durch ihre Triebrichtung von Heterosexuellen. Trotz vieler Gemeinsamkeiten durch gleiche Sozialisation bleibt ein Stück unberechenbares Anderssein, das nicht nur aus dem Druck gesellschaftlicher Diskriminierung und juristischer Verfolgung erklärt werden kann.

Diese war seit der Gründung des Deutschen Reiches preußisch und konsequent, wurde unter den Nazis noch verschärft und in der verschärften Form in der Adenauer-Ära – unter Berufung auf das gesunde und christliche Volksempfinden – bestätigt. Der CDU-Strafrechtsentwurf 1962: 3 Jahre Knast für 2 erwachsene Männer, die sich lieben, mit der Begründung "Die Reinheit und die Gesundheit des Geschlechtslebens sind eine außerordentlich wichtige Voraussetzung für den Bestand des Volkes und die Bewahrung der natürlichen Lebensordnung." Der Text stammt nicht aus dem Jahre 1933, sondern 1962.

Homolulu-Demonstration

Der eingangs erwähnte Ulrichs und die sich gerade findende 1. Deutsche Schwulenbewegung kämpften bereits vor der Jahrhundertwende für eine Annullierung des Antischwulen-Paragraphen, die endlich für 1933 vorgesehen war, aber durch die Machtübernahme der Faschisten vereitelt wurde. Eine Änderung des Paragraphen erfolgte erst 1969, im Frühling mancher Reformhoffnung. Aber auch heute noch wird ein Mann bestraft, der einen anderen unter 18 liebt; mit verherenden Folgen z.B. für Schülerfreundschaften, der eine 17, der andere 18 Jahre.

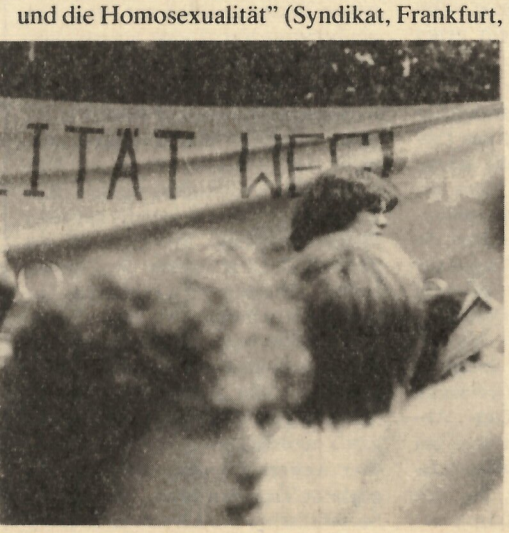
Der gewöhnliche Homosexuelle

Immerhin, die relative Freiheit seit 1969 und die Erfahrung in der Studentenbewegung ermutigte einige Schwule, gemeinsam für ihre Rechte zu kämpfen. 1972 schockte der Film von Rosa von Praunheim "Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt" durch seine rigorore Schwulendarstellung und -kritik. Drehbuch und Ideologie des Films lieferte der Frankfurter Soziologiestudent Martin Dannecker, der sich – Sensation und SPIEGELerwähnenswert vor 7 Jahren – offen zu seiner Homosexualität bekannte. Sicher gab es damals in der Frankfurter Szene bessere schwule Selbstdarsteller, aber sie hatten nicht die Stärke, sich außerhalb der Szene als Schwule zu bekennen.

Andere engagierten sich hautnäher. In den Städten entstanden schwule Emanzipationsgruppen, oft spontan nach Vorführung des Dannecker/Praunheim-Films. Es brach eine regelrechte Emanzipations-Euphorie aus – bzw. das, was man dafür hielt: schwuler Freiheitskampf gegen die Gesellschaft. Wenn auch viele Illusionen zerstoben – daß sich heute viele, auch bürgerliche Schwule, nicht mehr verstecken, daß **offene** Schwulendiskriminierung nur noch von Reaktionären erwartet wird, ist sicher mit ein Erfolg dieser Bemühungen.

Aber auch der Fragen wurden mehr. Wieder war es Martin Dannecker, der zusammen mit Reimut Reiche die erste seriöse Untersuchung vorlegte "Der gewöhnliche Homosexuelle" (Fischer, Frankfurt), inzwischen der soziologische Klassiker über Homosexualität.

Interpretierten wir bis dahin unser Verhalten als Reaktion auf gesellschaftliche Zwänge, stellten Dannecker/Reiche eine Palette von Gemeinsamkeiten, Bedürfnissen, Ängsten und Zwängen fest, die aus frühkindlichem Erleben gespeist schienen und eine kollektive psychische Struktur vermuten ließen. Das Ergebnis seiner Überlegungen legte Dannecker 1976 in seiner Dissertation "Der Homosexuelle und die Homosexualität" (Syndikat, Frankfurt, DM 10,--) vor, u.a. die erste und bisher einzige überzeugende Theorie der Genese manifester Homosexualität und darüber hinaus der Schlüssel zum Verständnis homosexuellen Verhaltens. Dannecker mutet in diesem Buch den Schwulen einiges an Selbsterkenntnis zu und wurde entsprechend angegiftet. Ich halte es für das einzige wirklich Wichtige zum Thema Homosexualität.



Seine These: Manifeste Homosexualität ist eine spezifische Lösungsform frühkindlicher narzistischer Konflikte. Während der später heterosexuell reagierende Junge sich (in der ödipale Phase) von der Mutter löst und sich mit der männlichen Rolle des Vaters identifiziert, bleibt der spätere Homosexuelle mit der Mutter verbunden, heute oft mit den Konsequenzen unausgereifter psychischer Strukturen mit spezifischen Symptomen wie kurzlebige Partnerbeziehungen, Abwertung des Liebesobjektes, Promiskuität, Schwierigkeiten bei der Realitätswahrnehmung, Größenphantasien, Leistungsschwierigkeiten. Daß demgegenüber auch spezifische Stärken und Talente stehen, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Dannecker definiert Homosexualität ebensoviel oder ebensowenig als Krankheit wie Heterosexualität. Zu hinterfragen ist, warum beide, Homosexualität und Heterosexualität heute nicht mehr das leisten, was sie zu leisten angetreten und im Stande sind, nämlich psychisches Wohlbefinden und soziale Leistungsfähigkeit zu gewährleisten, wobei ich Liebesfähigkeit auch unter "soziale Leistungsfähigkeit" subsumiere. Auffallend ist die weitgehende Identität der defekten psychischen Strukturen bei Hetero- und Homosexuellen. Nicht zufällig sind heute Termini wie Infantilgesellschaft und Narzißmus allgemein im Schwange. Narzistische Strukturen und deren Symptome, von Angst bestimmte Verhaltensweisen, werden zwar kollektiv über gesellschaftliche Normen erworben, können aber nur individuell in langsamer und oft schmerzlicher Arbeit an sich selbst korrigiert (zumindest kann jedoch der Umgang mit den Symptomen erlernt) werden.

Lautes Selbstportrait

Die Flucht vor der Konfrontation mit sich und der Arbeit an sich in Forderungen an die heterosexuelle Gesellschaft macht vielerorts perspektivlos. Viele Schwulengruppen treten auf der Stelle oder lösten sich auf. In dieser Situation und in dem berechtigten Bedürfnis nach mehr Kommunikation untereinander entstand Homolulu, offenbar in der Illusion, Quantität könne in Qualität umschlagen. Mit Ausnahme der Lehrer und der Gruppe "Schwule Geschichte", in der die Referate eines engagierten Kenners konsumiert wurden, waren die Teilnehmer nicht vorbereitet. Die Lehrer immerhin setzten sich mit ihrem Verhältnis zu Schulbehörde, Kollegen, Schülern und Eltern auseinander, berieten die Situation schwuler Schüler. Laut machten die Päderasten auf sich aufmerksam. Dieses letzte Tabu scheint jetzt reif zur solidarischen, die Bedürfnisse der Kinder/Jugendlichen hinterfragenden Diskussion.

Beeindruckend schwule Qualität hatten die abendlichen Feste, die ausreichend Gelegenheit boten, den narzistischen Zwang exhibitionistischer Selbstdarstellung auszuleben und der nach außen getragene Höhepunkt der Woche, die bisher größte Schwulendemonstration Deutschlands: knallig, lustvoll, farbig, hektisch, laut, aggressiv und ver-rückt- 1500 Schwule, die ihr Schwulsein lachend und selbstverständlich demonstrierten, zu lautem Rock lachend, singend, tanzend durch Frankfurt zogen, in den Brunnen badeten, mit Pauken und Trompeten, Fummel, Schminke, Seifenblasenwolken, Transparenten, Rollschuhläufern Verwirrung stifteten. Die Frankfurter nahmens gelassen, die Presse berichtete bundesweit beeindruckt und (pflichtgemäß?) freundlich, selbst BILD und FAZ. Vielen Schwulen, auch denen, die selbst ganz gerne Fummel-Feten feiern, machte dieses laute Selbstportrait Angst. Sie hätten sich, wenn überhaupt, eine "anständigere", heterosexuellere Demo gewünscht. Für sie sprach erschrokken einer vom Frankfurter "Blitztip": "Betroffene und Nichtbetroffene wandten sich gleichermaßen angewidert ab ... nicht nur tierische Laute, auch verzückte Schreie ... Kastratentenchöre ... Polizisten hatten sich manch süßem Angriff zu erwehren." Und so weiter. Über die Situation der "Schwulenbewegung" sagten die Parolen auf den Transparenten mehr aus als lange Beschreibung. Daß Leute ihre Dummheit auf Transparenten vor sich hertragen, ist ja ganz menschenfreundlich. Man weiß, woran man ist (überflüssig, diese nur dummen Slogans zu kritisieren). Wenn eine diskriminierte Minderheit sich aber derselben irrationalen, diffamatorischen Sprüche bedient, wie die von ihr gerade deswegen kritisierten Unterdrücker, und das auch noch als Emanzipation zu verkaufen versucht, wird's mehr als ärgerlich. Ich denke an Parolen wie "Heterosexualität weg" oder die der Anti-Atom-Plakette nachgemahte "Heterosexualität – nein danke". Abgesehen davon, daß sich niemand seine Triebrichtung aussuchen kann, wird hier Selbsthaß auf andere, scheinbar Glücklichere, projiziert. Die Geschichte des Fuchses fällt mir hier ein, dem die begehrten süßen Trauben (hier: Hetero-Männer) unerreichbar hoch hängen und sie deshalb als zu sauer, zu minderwertig, erklärt werden. Der Fuchs in der Geschichte war wenigstens noch so human, den Trauben das Existenzrecht nicht zu bestreiten. Politisch unverantwortlich und dem Gegner zugearbeitet ist das mutwillige Kaputtmachen des Anti-Atom-Symbols.

Tröstlich und noch etwas hoffen lassen einige, durchaus sinnvolle Transparent-Slogans, die mir aus der Anfangszeit der Schwulenbewegung vertraut sind: "Verstecken ist Verrat an sich selbst" oder "Schwule, legt Eure Masken ab".

Trotz aller Kritik sicher zu Recht fordern wir Schwulen hier und heute statt repressiver positive Toleranz, d.h. Akzeptanz unserer für manche bedrohliche Andersartigkeit, auch, wenn die Bedürfnisse und Verhaltensweisen unserer kleinen radikalen fünfprozentigen Minderheit nicht nachempfunden werden können. (Nebenbei: wir müssen die restlichen 95% Heterosexuellen auch ertragen.) Emanzipation, nicht nur die der Homosexuellen, kann letztlich nur heißen: Arbeit an sich selbst, Identitätsfindung, Selbstakzeptanz, mit dem Ziel einer Persönlichkeitsstabilisierung, die stärkt, die individuellen und gesellschaftlichen Widersprüche zu sehen, auszuhalten und wenigstens – bald – ein Stück weiter aufzulösen. Veränderung der Gesellschaft setzt veränderte Individuen voraus – die Revolution in uns selbst.

CARL LINDE

Leserbriefe

"Geschmacklos"

In der September-Nummer "links" habt Ihr die nun schon zum Erbrechen bekannte "Photomontage" von Jürgen Holtfreter, dazu noch ausgerechnet in einer Nummer, die des Kriegsausbruchs 1939 gedenkt –, gebracht. Weiß denn niemand unter den akademisch gebildeten Politologen, daß dieses Photo eine Aufnahme nach der Eroberung Okinawa – eine der blutigsten Schlachten des 2. Weltkriegs –, verschandelt, wo US-Soldaten die US-Fahne aufpflanzen nach einem mörderischen Kampf. Das ist eine der beschissensten Geschmacklosigkeiten, die die Gefallenen, Amerikaner und auch Japaner, dieser blutigen Schlacht verhöhnt. Ihr kennt sicher das Photo, wie russische Soldaten nach der blutigen Schlacht von Berlin die rote Fahne aufpflanzen. Das würdet Ihr sagen, wenn ein nazistischer "Photomonteur" auf die rote Fahne das Wort "Wodka" montierte?

A. DAVIDSOHN
Locarno

Zum Tode von Genossen

Wir beklagen viel das Dahinschwinden historischen Bewußtseins. Gleichzeitig betrauern wir das Dahinscheiden von Genossinnen und Genossen, die mit ihrem Leben und Werk jeweils einen Teil jener Traditionen repräsentieren, die wir unter veränderten Bedingungen fortsetzen wollen. Für eine Zeitschrift wie die "links", mit ihrem sehr heterogenen Leserkreis und einem nicht auf eine einzige Tradition innerhalb der 'linken Bewegung' festgeschriebenen Selbstverständnis, ist die allen Interessen und Vorstellungen gerechtwerdende Erinnerung an historische Daten und Persönlichkeiten gewiß nicht einfach. Würde man aller namhaften und namenlosen Menschen gedenken wollen, ohne die Kontinuität und Erneuerung sozialistischer Theorie und Praxis undenkbar ist, würde die "links" kaum noch Platz für die Kämpfe der Lebenden haben. All dieses bedenkend war ich doch ein wenig traurig darüber, wie selbstverständlich auf den Tod von Herbert Marcuse reagiert wurde und wie mit keinem einzigen Wort auf den Tod von Genossen wie Lelio Basso eingegangen wurde. Aber wenn wir auf der immer schwieriger werdenden Suche nach einem glaubwürdigen Sozialismus-Projekt auf Orientierungen angewiesen sind, die vor uns andere erarbeitet und gelebt haben, müssen wir auch versuchen, die ganze Breite zu erfassen. Dazu gehört eben Herbert Marcuses Beharren auf die emanzipatorischen Momente eines seines Namen würdigen Sozialismus genauso wie Lelio Bassos Eintreten für demokratische Legalität als einen nicht verzichtbaren Stützpunkt revolutionärer Gesellschaftsveränderung und Franz Mareks produktive, nicht resignative Verarbeitung seines und vieler seiner Generation vollzogenen Bruches mit der Orthodoxie stalinistischer Parteiapparate.

Die Linke kann nur eine Identität und breitere Überzeugungsfähigkeit gewinnen, wenn sie die Erfahrungen der 'alten' Arbeiterbewegung nicht zugunsten der Ideen neuerer Bewegungen verdrängt und umgekehrt. Dafür stehen alle drei genannten Genossen. Es hätte der "links" gut angestanden, diese Verbindungslinien an den entsprechenden Anlässen auch aufgezeigt zu haben.

CARL-WILHELM MACKE
(Hannover)

Franz Masereel-Ausstellung 26.8.-31.10.1979 Westberlin, Kunstamt Kreuzberg

Erinnerungen, 1921

Wie bin ich rot geworden?

Offene Arbeitsgruppentagung des SB zur politischen Sozialisation – Kassel 10./11. November 1979

Auf dieser Tagung geht es um uns selbst. Die Tatsache, daß wir im SB organisiert sind, zeigt eine Gemeinsamkeit an, von der wir allerdings zumeist nur schwer sagen können, worin sie nun eigentlich besteht und von welcher Basis aus wir versuchen, zu gemeinsamem politischem Handeln fähig zu sein. Ein Schritt, um der Klärung dieser Frage näher zu kommen, scheint uns darin zu bestehen, daß wir uns mit unserer individuellen Verschiedenheit – den Ursachen dafür und den sich daraus für unsere politische Arbeit ergebenden Konsequenzen – intensiver als bisher auseinandersetzen.

Es geht also um die Fragen:

- Wie bin ich rot geworden?
- Auf welchen Wegen bin ich ausgerechnet im SB gelandet?

Es geht dabei nicht um das sattsam bekannte Schmoren im eigenen Saft; was bei einer derartigen Nabelschau herauskommt, ist in der Regel nicht sehr schmackhaft. Es geht auch nicht darum, uns gegenseitig nostalgische Geschichten aus großen APO-Tagen oder anderen Zeiten zu erzählen.

Es geht um das eigene produktive Erinnern.

Produktives Erinnern unterscheidet sich von unproduktivem (nostalgischem) Erinnern dadurch, daß die eigenen Erfahrungen nicht mißbraucht werden zur sowieso unmöglichen Wiederherstellung einer vergangenen Situation. Produktives Erinnern will vielmehr die persönlichen politischen Erfahrungen aufarbeiten mit dem Ziel, die gemeinsame politische Identität (neu) zu bestimmen und politisch handlungsfähiger oder überhaupt wieder handlungsfähig zu werden.

Politisierungsprozesse haben jedoch nicht nur eine gesellschaftliche Seite, sondern werden zugleich als sehr persönliche Veränderungsprozesse erlebt.

Daraus aber folgt: Wenn wir uns unsere individuelle und gemeinsame politische Identität bewußt machen wollen, müssen wir auch unsere Subjektivität ernstnehmen, d.h. uns nicht nur als Träger von Meinungen, Erkenntnissen, Thesen und Theorien, sondern als Träger von individuellen politisierenden oder entpolitisierenden Erfahrungen und Erlebnissen kennenlernen. Ein Ziel dieser Tagung ist es, unsere Sprachfähigkeit über diese persönlichen politischen Erfahrungen zu entwickeln. Die Tagung selbst kann dazu natürlich nur ein erster Schritt sein.

Gearbeitet werden soll vor allem in Arbeitsgruppen. Nach einer szenischen Darstellung, die die Vielfalt der Probleme umreißt, beginnen die Kleingruppen mit dem Ausfüllen eines Arbeitsblattes "Wie bin ich rot geworden?" Davon ausgehend sollen die wichtigsten Bereiche und Phasen der Sozialisation in Erinnerung gebracht werden. Das gegenseitige Berichten, Erzählen, Anregen, Fragen beginnt. Arbeitshilfen zu einzelnen Sozialisationsbereichen sollen die Diskussion produktiv unterstützen. Zum Abschluß gibt's ein großes Palaver – mit anregenden Thesen. Einerseits sind dazu "Experten" eingeladen, die sich beruflich mit Sozialisationsfragen beschäftigen. Andererseits aber gilt: da wir alle eine politische Sozialisation auf dem Buckel haben, sind wir alle Experten. Dies soll beim großen Rundgespräch Mut zum Reden machen.

Diese Tagung ist ein Experiment. In neuen Formen wollen wir versuchen, ein besseres Verständnis unserer eigenen politischen Geschichte und unserer politischen Identität und Handlungsperspektiven zu gewinnen.

Aber es soll an diesem Wochenende nicht nur – wie so oft in der Vergangenheit – diskutiert werden. Eine Gruppe hat sich z.B. bereits mit einer Plakatausstellung "10 Jahre SB angemeldet". Auf freien Stellwänden sollen Gruppen und einzelne Genossinnen und Genossen Texte, Bilder, Materialien usw. anbringen können, die ihre politische Geschichte dokumentieren und andere zu Diskussionen anregen. Und am Samstagabend gibt's natürlich ein Fest.

Wer weitere Informationen über die geplante Tagung wünscht, schreibe an: Sozialistisches Büro, Postfach 591, 605 Offenbach 4.

Roter Terminkalender

Veranstaltungen der Arbeiterselbsthilfe Frankfurt
4.10. Arbeiter-Krimi: "Schneeglöckchen blühen im September" 20 Uhr
6.10. Fabrikbesetzung des Zementwerkes Erwitte, Filmdiskussion mit Betroffenen, 20 Uhr
11.10. "Es herrscht Ruhe im Land", Film über die Situation in Chile kurz nach dem Putsch, 20 Uhr
13./14.10. Ausstellung von Tonwaren nach alten hessischen Mustern mit Fotos und Vorführungen, 10-20 Uhr
18.10. "Bezahlt wird nicht", Film nach Theaterstück von Dario Fo, 20 Uhr
20.10. Okzitanien-Fest, 20.30 Uhr
25.10. Das Brot des Bäckers – Film, 20 Uhr
27.10. AAO – Nun Ko! Die Gruppe IGEF aus Wien stellt sich vor, 20.30 Uhr
Arbeiterselbsthilfe, Krebsmühle, 6376 Oberursel 5, Tel. 06171/73496

Ausstellung
Grafik, Zeichnungen von Norbert Hans aus Polen
14.9.-23.10.1979 in Frankfurt
In der Galerie "Das Bilderhaus", Hermannstr. 41 (Di-Do 16-19 Uhr; Fr 18-22 Uhr, Sa 10-13 Uhr), Tel. 0611/557058

Seminar "Bewegung der Blockfreien Staaten"
5.-7. Oktober 1979 in Bochum
Auf diesem Seminar sollen das Selbstverständnis der Blockfreien Staaten dargestellt, ihre aktuelle Politik und die verschiedenen Ansichten, die hier in der BRD zu der Bewegung vertreten werden, diskutiert werden.
Anmeldung: ESG, Querenburger Höhe 287, 463 Bochum, Tel. 0234/701465

Frauen-Theater "Die Hex brennt"
15.-19.10. in Wiesbaden/Mainz/Frankfurt
Viele Frauen der 'Theaterfabrik Friederika' sprechen nicht, sondern spielen. In der Gestik, den Masken, im Schauspiel liegt die Aussage dieses historisch-aktuellen Stückes. Die Veranstaltungshinweise in den Städten beachten.

Tagungen
Projektbereich "Ausländische Arbeiter"
12.-14.10. "Soziale und berufliche Eingliederung ausländischer Jugendlicher – Eine kritische Bestandsaufnahme – in Melle
19.-21.10. Förderung ausländischer Arbeiterkinder in Schule und Sozialarbeit; in Steineberg
26.-28.10. Ausländerarbeit von Initiativgruppen in Steineberg
Anmeldung: AGG Rheinweg 34, 53 Bonn 1

Nürnberger Frauentage
16.-18. November 1979
Anmeldung bis 15.10. an Frauenbuchladen, Kleinreuther Weg 28, 85 Nürnberg, Tel. 0911/352403

Tagungen der AGG
5.-7.10. Koordinierungstagung der "Aktion Brennpunkt Brasilien" in Waldbreitbach/b. Koblenz
19.-21.10. Was ist neu an der "Neuen internationalen Arbeitsteilung"? in St. Martin/Speyer
9.-11.11. Basisgemeinden in Europa – Kirche und Theologie von unten, in Dormagen
23.-25.11. in Melle/Bielefeld: Wie schwarz ist Gott in Afrika? – authentische Theologie afrikanischer Christen
Anmeldung: AGG, Rheinweg 34, 53 Bonn, Tel. 02221/234021

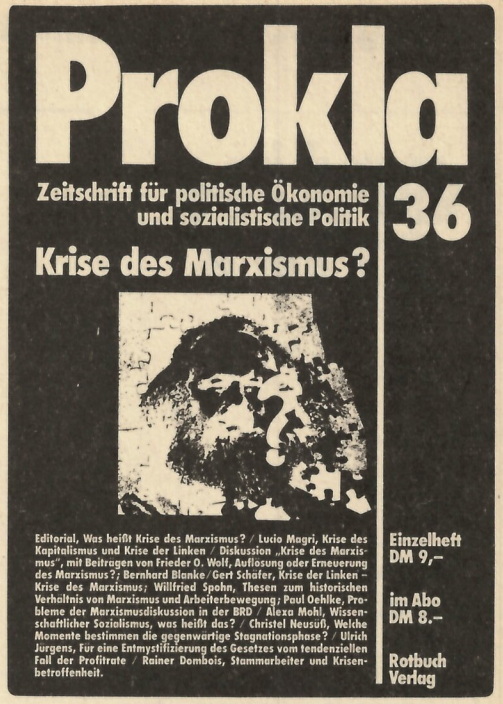
Zentrale Kindergeldaktion
20. Oktober 1979 in Bonn
Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen will mit dieser Aktion die Forderung auf Nichtanrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe in die Öffentlichkeit tragen.
LAG Soziale Brennpunkte, Moselstr. 25, 6 Frankfurt, Tel. 0611/234397

Historischer Materialismus und christlicher Glaube
26.-28.10. in Göttingen
Diese Tagung wird von der ESG Göttingen unter europäischer Beteiligung veranstaltet. Nähere Informationen: Tel. 0551/36416 (Karl-Heinz)

Gedenkfeier und Kundgebung
27.10.79 um 14.30 Uhr im KZ Bergen-Belzen
Zigeuner in Deutschland in Auschwitz vergast – bis heute verfolgt. Dazu sprechen NS-verfolgte Zigeuner aus verschiedenen Ländern und der Präsident des Weltverbandes der Zigeuner.
Gesellschaft für bedrohte Völker, Postfach 159, 34 Göttingen, Tel. 46861

Jugendzentrumstreffen
9.-11.11.79 in Roßdorf
Auskunft: Tiedeke Heilmann, Uelzener Str. 10, 3111 Suhlendorf

Neue Psychiatrie in Italien – Die Lage der Psychiatrie in der BRD
12.-14. Oktober 1979 in München
Aus den Zentren der Neuen Psychiatrie in Italien kommen etwa 20 Ärzte, Krankenpfleger, Sozialarbeiter und Psychologen nach München. In Vorträgen, Seminaren, bei Filmen, Theater- und Musikdarbietungen besteht Gelegenheit zu einem intensiven Meinungsaustausch über Probleme der alltäglichen Arbeit.
Auskünfte gibt: Bayrische Gesellschaft für Soziale Psychiatrie c/o Elke Portugall, Wörthstr. 1, 8 München 80, Tel. 089/4484058



Aus dem Programm der Gegenbuchmesse
8.-14.10.1979
8.10., 19 Uhr
Eröffnung: Prämierung des "Nichterschienenen Buches des Jahres"; Jazz und Lyrik
9.10.-14.10.
Lesungen verschiedener Verlage
10.10., 19.30 - 22.00 Uhr
Diskussion: Alternativbewegung und Gewerkschaften
11.10., 19.00 - 22.00 Uhr
Frankfurter City Blues Band
12.10., 19.00 - 22.00 Uhr
Lesung über und aus dem Knast
13.10., 16.00 - 17.30/19.00 Uhr
Autonome Frauenlesung/Diskussion
13.10. ab 19.00 Uhr
Musikveranstaltung mit Funk Band IK WEZE
14.10., 17.00 - 19.00 Uhr
N. Cobabus berichtet über Zensur in Bibliotheken

5. Schorndorfer Theaterwoche 1980
Ein Jugendtheater-Festival unter dem Motto "was uns betrifft" veranstaltet vom 8.-14. Januar 1980 die Theatergruppe "Hammerschlag" in Schorndorf bei Stuttgart.
An diesem Theater-Treffen, das bereits eine 5jährige Tradition besitzt, können sich Theater- und Musiktheatergruppen mit selbst produzierten Stücken beteiligen. Neben mehreren Aufführungen findet auch ein Workshop mit verschiedenen Arbeitskreisen statt. Über weitere Einzelheiten informiert: **Herbert Federsel, Rathausstr. 30, 7062 Rudersberg**

IMPRESSUM

Herausgeber- und Redaktionsadresse: Arbeitsgruppe Sozialistisches Büro, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006 • Redaktion "links" zur Zeit: Helmut Burgwinkel, Roland Roth, Hanfried Scherer (im Sinne des Pressegesetzes verantwortlich für diese Ausgabe), Jürgen Schmidt, Gudrun Witte • Verleger, Vertrieb und Anzeigen: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, Ludwigstraße 33, 6050 Offenbach 4, Telefon 0611/82006. Verlagssekretär: Klaus Vack • Erscheinungsweise monatlich. Bezugspreis: Einzelexemplar DM 2,00, Jahresabonnement DM 22,00 zuzüglich DM 6,00 Versandkosten, einzuzahlen an Verlag 2000 GmbH, 6050 Offenbach, Postscheckkonto PSA Frankfurt Nr. 61041-604 oder Girokonto Bank für Gemeinwirtschaft Offenbach Nr. 17412695 • Nachruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in "links" wird kein Honorar bezahlt • Druck: hbo-druck Einhausen • Beilagenhinweis: Einer Teilauflage liegen bei: Prospektkarte "links" + "express"; Prospektkarte "Jetzt abonnieren!"; "links"-Extrablatt; Prospekt von Medico International über ein Nicaraguaprojekt mit anhängender Zahlkarte; Bücherzettel des SOAK-Verlags Hannover mit Bestellkarte.

Verlag 2000 + Sozialistisches Büro: Aus unserem Broschürenprogramm

Die kleinste Zeichnung kann mehr sagen als eine Rede, als gedruckte Seiten, als ein Flut von Parolen und Kommuniques.
Im "Grünstift" stellen wir Karikaturen der linken Bauernbewegung in Frankreich aus den letzten 10 Jahren den Karikaturen der Bauernverbandspresse gegenüber, in der die Masse der Bauern trotz Aushöhlung ihrer materiellen Existenz noch fest im Griff staatlicher Agrarpolitik und des großbäuerlich-konservativen Bauernverbandes ist. 120 Seiten, DM 10,--

★

In Thesen wird das grundlegende gesellschaftliche Verhältnis des Militärs im Kapitalismus, die konkrete historische Rolle der Bundeswehr und die Möglichkeiten des antimilitaristischen Kampfes umrissen. Zu den Hauptthesen wurde vertiefendes und differenzierendes Material zusammengetragen: ökomische, außen- und innenpolitische Funktion der Bundeswehr, ihre Rolle als "Schule der Nation", Antimilitaristische Gewerkschaftsarbeit, Antimilitarismus und Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. 104 Seiten, DM 7,–

Besuchen Sie uns auf der Gegenbuchmesse, 8.-14.10.1979

Haus der Jugend (Frankfurt-Sachsenhausen)
und
unsere Veranstaltungen
10.10., 19.30 Uhr Diskussion: Alternativbewegung und Gewerkschaften (mit Betriebsräten, Gewerkschaftern, Wissenschaftlern und Mitgliedern selbstverwalteter Projekte)
8.-14.10. Antikriegsausstellung

Für die Praxis von Sozialisten in Arbeitsfeldern gibt das Sozialistische Büro die Informationsdienste Gesundheitswesen, Schule und Sozialarbeit heraus.
Die Infos werden von Gruppen, die in den Bereichen arbeiten, zusammengestellt. Jedes Heft der Informationsdienste enthält neben einem Schwerpunktthema Darstellungen über die Organisationsmodelle und Basisaktivitäten, Informationen und Analysen aus dem Gewerkschaftsbereich sowie Materialien, Hinweise, Stellenangebote und Kleinanzeigen.

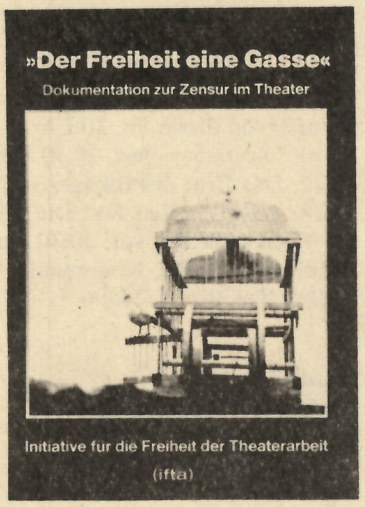
- *Informationsdienst Gesundheitswesen, Heft 14, Schwerpunktthema* **"Alltag im Krankenhaus"** *56 Seiten, DM 4,–*
- *Info Gesundheitswesen, Heft 15, Schwerpunktthema* **"Medizin und Dritte Welt"**, *64 Seiten, DM 4,-*
- *Info Schule, Heft 37, Thema:* **"Alternativpädagogik-Kontroverse"**, *80 Seiten, DM 5,–*
- *Info Schule, Heft 38, Thema:* **"Alltägliche Schulflucht"**, *80 Seiten, DM 5,–*
- *Info Sozialarbeit, Heft 23, Thema:* **"Frauen und Sozialarbeit"**, *144 Seiten, DM 8,–*

Humanisierung des Gesundheitswesens – Berichte – Konzepte – Alternativen
Der 240 Seiten umfangreiche Materialband ist nach folgenden Schwerpunkten gegliedert: Neue Formen der Aus-, Fort- und Weiterbildung im Gesundheitswesen ● Kooperative Praxis und alternative Zielsetzungen ● Verbände, Initiativen und Zeitungsprojekte ● Literaturhinweise
Ein nützliches Handbuch für Sozial- und Gesundheitsarbeiter, Laien, Gewerkschafter, Ausbilder und Auszubildende.
240 Seiten, DM 13,–

★

Weltweit sind die Lebensgrundlagen der Menschheit durch die kapitalistische Art der Naturbeherrschung bedroht. Die Alternative lautet heute nicht mehr nur: Sozialismus oder Barbarei. Sondern: Sozialismus oder Mondwerdung der Erde. Erst spät beginnt die Linke sich dieses Problems bewußt zu werden. "Marxismus und Naturbeherrschung" ist ein Dokument dieses Umdenkens.
Mit Beiträgen von: Negt, B. Schmidt, P. Dudek, B.v. Greiff, G. Armanski, N. Diemer, O. Ullrich, H. Zeltwanger, V. Brandes, H. Sackstetter, W. Hoss u.a.
184 Seiten, DM 10,–

★



Angriffe auf die gesetzlich garantierte Kunstfreiheit werden in den seltensten Fällen offen vorgetragen, erfolgen vielmehr versteckt. Es werden annähernd 45 Fälle an öffentlichen Theatern und freien Theatergruppen untersucht, die das ganze Spektrum wie auch die Hintergründe einer möglichen Einschränkung der Kunstfreiheit am Theater deutlich machen. Die Fälle sind größtenteils von den Betroffenen selbst verfaßt.
152 Seiten, broschiert, DM 9,–

★

Schüleröffentlichkeit – Rosta-Fenster und Schablonendruck
Wie können Schüler mit einfachen Mitteln und in relativ kurzer Zeit ihre Interessen medienvermittelt artikulieren. Die Broschüre zeigt den Schablonendruck, mit technischen und methodischen Anleitungen. In einem Beitrag über Rosta-Fenster werden die historischen Entstehungsbedingungen des Mediums in der Bürgerkriegszeit nach der Russischen Revolution verdeutlicht.
72 Seiten, mit zahlreichen Abbildungen, DM 6,–

Wer sich für sämtliche zur Zeit erhältliche Broschüren aus dem Schriftenprogramm des Verlag 2000 GmbH – Sozialistisches Büro interessiert, findet diese in der aktuellen Broschürenliste Winter 1979/80. Alle Broschüren sind im linken Buchhandel erhältlich, können jedoch auch gegen Vorauszahlung direkt beim Verlag bezogen werden: Verlag 2000 GmbH, Postfach 591, 6050 Offen-